

„Du wirst einfach an den Rand gedrängt“

Individualisierung sozialer Ausgrenzung

Lehrforschungsprojekt am MCI/Studiengang Soziale Arbeit
WiSe 2010/11 bis WiSe 2011/12

Projektgruppe:

Sabine Abwerzger-Erhart, Thorsten Bach, Martina Hirner, Theresa Hutter, Erika Mischitz, Simon Oberhofer, Angelika Obermair, Isabella Preindl, Tobias Rettenmeier, Dominika Rödiger, Katrin Tischler, Gabriele Weigl, Veronika Zangerle

Projektleiterinnen und Herausgeberinnen:

Dr. Alexandra Weiss & Mag. Elisabeth Gensluckner

Innsbruck 2012

Gedruckt mit Unterstützung des AMS-Tirol



Inhaltsverzeichnis

Vorwort und Dank.....	5
1 Theorie, methodische Grundlagen und der Forschungsprozess.....	7
1.1 Einleitung	7
1.2 Theoretisch-historischer Rahmen – politische Hintergründe.....	8
1.3 Verlauf des Forschungsprozesses und methodische Grundlagen.....	12
1.4 Die Situation in Tirol – ein paar Daten	16
2 Erfahrungen sozialer Ausgrenzung: Interviews mit Menschen in der Arbeitslosigkeit... 19	
2.1 Darstellungen der Situation arbeitsloser Menschen	19
2.1.1 Existenzsicherung in der Arbeitslosigkeit.....	19
2.1.2 Tagesablauf	23
2.1.3 Soziale Beziehungen und Reaktionen aus dem sozialen Umfeld.....	26
2.2 Geschlechtsspezifische Aspekte.....	29
2.2.1 Haushalt und Kindererziehung.....	30
2.2.2 PartnerInnenschaft, Ehe, soziale Beziehungen	32
2.2.3 Geschlechterrollen und Selbstbilder.....	34
2.3 Persönliches Erleben und Umgang mit der Situation.....	38
2.3.1 Erklärungsmuster für die eigene Arbeitslosigkeit.....	38
2.3.2 Eigener Umgang mit der Situation.....	42
2.3.3 Persönliches Wohlbefinden.....	45
2.3.4 Handlungsfähigkeit, Ohnmachtsgefühle und Hoffnungslosigkeit	47
2.4 Erfahrungen mit dem Arbeitsmarktservice	50
2.4.1 Positive Erfahrungen mit AMS-MitarbeiterInnen.....	50
2.4.2 Umgang der AMS-MitarbeiterInnen mit den KlientInnen.....	51
2.4.3 Erfahrungen mit (angedrohten) Leistungssperren.....	54
2.4.4 Schuldzuweisungen durch AMS-MitarbeiterInnen.....	56
2.4.5 Erfahrungen mit Kursen	57
2.4.6 Struktureller Druck auf AMS-MitarbeiterInnen	59
2.5 Wahrnehmung von medialen Diskursen	59
2.5.1 Legitime versus illegitime Gründe für Arbeitslosigkeit.....	60
2.5.2 Strategien der Zurückweisung medial vermittelter Schuldzuweisungen	63
2.5.3 „Jeder ist seines Glückes Schmied“	65
3 Politiken gegen Armut und soziale Ausgrenzung	67
3.1 Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Teil der Lösung oder Teil des Problems?	67
3.1.1 Meilensteine europäischer Sozial- und Beschäftigungspolitik bis 2000.....	67
3.1.2 Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik	69

3.1.3	Europäische und österreichische Beschäftigungspolitik ab 2000	70
3.1.4	Die Weiterführung und Umsetzung der Lissabon-Strategie	72
3.1.5	Die Umsetzung der Lissabon-Strategie in Österreich	75
3.1.6	Neue Strategien für Europa	76
3.1.7	Resümee: Österreich in der Krise.....	77
3.2	Aspekte europäischer Sozialpolitik: Armutsbekämpfung und Gleichstellungspolitik.	79
3.2.1	Konzepte und Strategien gegen Armut und Ausgrenzung.....	79
3.2.1.1	Konzeptionelle Überlegungen.....	79
3.2.1.2	Politik gegen Armut und Ausgrenzung auf europäischer Ebene	80
3.2.2	Gleichstellungspolitik auf europäischer Ebene	83
4	Reflexion des Forschungsprozesses durch die Studierenden.....	86
5	Resümee und Ausblick.....	88
	Literatur:.....	93
	Sonstige Quellen:	97
	Anhang	98
	Übersicht über die InterviewpartnerInnen.....	98
	Leitfaden für qualitative Interviews	99

Vorwort und Dank

Die vorliegende Studie *„Du fühlst Dich einfach an den Rand gedrängt. Individualisierung sozialer Ausgrenzung“* wurde von Oktober 2010 bis Jänner 2012 im Rahmen einer Lehrveranstaltung am MCI / Studiengang Soziale Arbeit durchgeführt. Die Studierenden konnten sich hier im Rahmen des Master-Studiums mit sozialwissenschaftlichen Theorien und Methoden vertraut machen und konkrete Sozialforschung betreiben.

Soziale Ausgrenzung ist ein Thema, das – medial und politisch – meist auf einer sehr abstrakten Ebene verhandelt wird. Entsprechende Studien beschränken sich inzwischen meist darauf, Statistiken vorzulegen – qualitative Forschung, die Erfahrungen, persönliches Erleben und die Situation von Betroffenen ins Zentrum rückt, ist selten geworden. Soziale Ausgrenzung und Armut sind aber nicht nur in Zahlen erfassbar. Insbesondere wenn es um politische Maßnahmen geht, ist es vorrangig, die Lebenssituationen der Menschen zu kennen, um die Multi-Dimensionalität des Problems erfassen zu können.

Viel Aufmerksamkeit ist dem Thema auf der Ebene europäischer Politik gewidmet worden. Sowohl in der Lissabon-Strategie als auch der Europa-2020-Strategie nehmen Fragen nach dem sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und dem Umgang mit Armut und sozialer Ausgrenzung eine zentrale Rolle ein. Auch durch das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 erhielt die Thematik eine verstärkte politische und mediale Aufmerksamkeit. Festzustellen ist hier aber, dass zentrale Fragen zu Einkommen und Verteilungsgerechtigkeit kaum zur Sprache kommen bzw. allenfalls von kritischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder ForscherInnen thematisiert werden. Soziale Ausgrenzung und Armut werden in diesem Kontext vor allem als Problem der Anerkennung und der gesellschaftlichen Einbindung von betroffenen Gruppen verhandelt. Einkommen bzw. angemessenes Einkommen ist in unserer Gesellschaft aber sowohl eine zentrale Form der Anerkennung als auch Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe – das wird auch in den von den Studierenden geführten Interviews deutlich, die dem vorliegenden Forschungsbericht zugrunde liegen.

Ist der „Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ nicht mit einer entsprechenden Sozial-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik verbunden, bleibt er leere Rhetorik, ohne positive Auswirkung auf die Lebensverhältnisse der Menschen. Ein leistungsfähiger Sozialstaat und eine Beschäftigungspolitik, die sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Menschen und der Gesellschaft orientieren, anstatt vorrangig auf die Interessen von Unternehmen zu fokussieren, tragen unseres Erachtens wesentlich dazu bei, den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern – im Unterschied zur gegenwärtig zu beobachtenden Politik der Ausgrenzung, der Schuldzuweisung und der Disziplinierung. In diesem Sinn geht es auch um einen Wechsel der Perspektiven: einen Vorrang gesellschaftlicher vor ökonomischen Interessen bzw. einem Vorrang der Politik gegenüber der Ökonomie. Denn es sind letztlich nicht vermeintlich „neutrale“ Sachzwänge, die Politik leiten sollten, sondern Gestaltungswille im Dienst einer demokratischen, solidarischen Gesellschaft.

Wir möchten an dieser Stelle auch jenen Personen und Institutionen danken, die am Gelingen der vorliegenden Studie beteiligt waren. Am wesentlichsten zu dieser Studie beigetragen haben unsere InterviewpartnerInnen. Sie haben uns ihre Zeit zur Verfügung gestellt und von ihren Erfahrungen berichtet. Dafür möchten wir uns sehr herzlich bedanken!

Für ihre Unterstützung bedanken wir uns bei AMS-Landesgeschäftsführer Anton Kern und Helmut Tschigg von der Landesgeschäftsstelle des AMS-Tirol, die uns Zugang zu den Qualifizierungs- und Weiterbildungskursen verschafft haben, die unsere InterviewpartnerInnen zum Zeitpunkt der Interviews besucht haben. Darüber hinaus finanzierte das AMS-Tirol auch den Druck der Studie – herzlichen Dank dafür! Danken möchten wir auch den MitarbeiterInnen des Berufsförderungsinstituts BFI und der Einrichtungen „Die Berater“, „AKI-Fair“, „KAOS Bildungsservice“ und dem WIFI-Schwaz für ihre Unterstützung bei der Kontaktaufnahme mit potentiellen InterviewpartnerInnen. Ein besonderer Dank gilt Edeltraud Ranftl vom Institut für Soziologie der Universität Linz, die mit uns das Forschungsdesign der Studie diskutiert und uns ihr Wissen aus langjähriger Erfahrung in der empirischen Sozialforschung zur Verfügung gestellt hat. Bedanken möchten wir uns auch bei der Firma M-Preis, die uns Gutscheine für unsere InterviewpartnerInnen – als Dank für ihre Bereitschaft zu einem Gespräch – zur Verfügung gestellt hat.

Alexandra Weiss & Lisa Gensluckner
Innsbruck im Jänner 2012

1 Theorie, methodische Grundlagen und der Forschungsprozess

1.1 Einleitung

Alexandra Weiss & Lisa Gensluckner

Im Rahmen des Europäischen Jahres gegen soziale Ausgrenzung und Armut 2010 wurde das Thema soziale Ungleichheit verstärkt in der Öffentlichkeit diskutiert. Die Zunahme von Armut und sozialer Ausgrenzung wird aber von Diskussionen begleitet, die diese Problematiken den Menschen immer mehr als selbst zu verantwortendes, individuelles Versagen anlasten. Nachvollzogen werden kann dies in der Berichterstattung der Medien (Zeitungen, Fernsehen) oder den Reden von Politikern und Politikerinnen, die immer wieder den Missbrauch von Sozialleistungen betonen und / oder soziale Ausgrenzung mit einem mangelhaften Bildungs- bzw. Weiterbildungswillen in Verbindung bringen. In der Sozialpolitikforschung wird diese Entwicklung als Individualisierung struktureller sozialer Probleme analysiert. Parallel dazu kommt es zu einem Um- und Rückbau des Sozialstaates, der einerseits im Zusammenhang mit einem verschärften wirtschaftlichen Wettbewerb (Stichwort: Globalisierung) und andererseits mit einer veränderten Verteilungspolitik gesehen wird.

Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung wird am ehesten über Erwerbsarbeit erlangt, auch wenn durch die Atypisierung und Deregulierung von Arbeitsverhältnissen Arbeit und Existenzsicherung zunehmend entkoppelt werden. Frauen und Männer haben aber sehr unterschiedliche Chancen am Arbeitsmarkt und sind deshalb auch durch sozialstaatliche Leistungen unterschiedlich gut abgesichert. Armutsrisiken, Ursachen von Armut, deren Verlauf und die Chancen, Wege aus der Armut zu finden, sind demgemäß für Frauen und Männer unterschiedlich. Es werden aber auch unterschiedliche Erwartungen an Frauen und Männer herangetragen: So wird von Männern in der Regel erwartet, dass sie eine Familie erhalten können, während von Frauen erwartet wird, sich v.a. auf die Familie zu orientieren und dort anfallende Arbeiten (in der Erziehung, der Pflege oder im Haushalt) zu leisten. Ein zentraler Ausgangspunkt des in dem vorliegenden Forschungsbericht dokumentierten Lehrforschungsprojektes mit Studierenden im Masterstudiengang Soziale Arbeit des Management Center Innsbruck (MCI) war daher die Annahme, dass der Umgang und die Verarbeitungsmuster der von Armut betroffenen Frauen und Männer unterschiedlich sein werden.

Zielsetzung dieses Lehrforschungsprojektes war es, anhand von drei verschiedenen Dimensionen auf Individualisierung einzugehen:

1) Von Armut und sozialer Ausgrenzung *betroffene Menschen* sollen mittels Interviews dazu befragt werden, wie sie mit ihrer Situation umgehen, wie ihr Umfeld auf ihre Situation reagiert, wie sie den Umgang von Institutionen wie dem Arbeitsmarktservice (AMS) mit ihnen und die öffentlichen Debatten zum Thema wahrnehmen.

2) Anhand einer Analyse von Dokumenten der Europäischen Union und Österreichs zur Beschäftigungs-, Sozial- und Gleichstellungspolitik und entsprechender wissenschaftlicher Literatur soll nachvollzogen werden, wie sich die Tendenz der Individualisierung und der neoliberale Diskurs dazu in die politische Programmatik und Lösungsstrategien einschreibt.

3) Anhand einer Analyse von Medienberichten soll die *öffentliche Diskussion* zur Individualisierung sozialer Ausgrenzung analysiert werden. Dieser Teil des Projektes wurde nicht in den Forschungsbericht aufgenommen, er diente vor allem der Sensibilisierung der Studierenden.

1.2 Theoretisch-historischer Rahmen – politische Hintergründe

Alexandra Weiss

Als Individualisierung von sozialer Ausgrenzung verstehen wir im vorliegenden Forschungsbericht die Verlagerung gesellschaftlicher, struktureller Probleme auf die Ebene von Individuen. Problemen wie etwa Arbeitslosigkeit wird immer weniger mit strukturellen Maßnahmen, wie Arbeitszeitverkürzung oder Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, begegnet. Zunehmend werden den Individuen Eigenschaften zugeschrieben, die für die Problematik verantwortlich gemacht werden: mangelnde Beschäftigungsfähigkeit aufgrund fehlender Qualifikationen, mangelnde Leistungsbereitschaft oder Arbeitswilligkeit. Trotzdem in der Forschung zu Arbeitslosigkeit und Armut mittlerweile seit Jahrzehnten gegenteilige Erkenntnisse vorliegen und bekannt ist, welche immense Bedeutung die Integration in den Erwerbsarbeitsmarkt nicht nur für die finanzielle Absicherung, sondern auch für den Selbstwert der Menschen oder für die soziale Integration hat, hat sich – insbesondere seit den 1980er Jahren immer wieder – ein breiter Diskurs über „Arbeitsunwilligkeit“, „Sozialschmarotzertum“ oder die „Soziale Hängematte“ entsponnen. Im Folgenden sollen politische, theoretische und historische Hintergründe für die Individualisierung sozialer Ausgrenzung und Armut skizziert werden und den Rahmen der vorliegenden Studie abstecken.

Die Tendenz der Individualisierung sozialer Probleme ist nicht zuletzt Ausdruck neoklassischer und neoliberaler Theorien, die insbesondere seit den 1980er Jahren wiedererstarkt sind. Mit der Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre wurde deutlich, dass die Vereinbarkeit von Kapitalprofit und Massenwohlfahrt nicht mehr gegeben war. Damit wurde auch die Grundlage für den sogenannten Klassenkompromiss – in Österreich verkörpert durch die „Sozialpartnerschaft“ – brüchig und Sozialstaatlichkeit wurde zunehmend zur Disposition gestellt. Das politische Projekt einer tendenziellen Universalisierung der Mittelklasse, wie sie die Regierung Kreisky verfolgte, wurde in Frage gestellt. Auch wenn tiefe Einschnitte ins Sozialsystem erst Mitte der 1990er Jahre erfolgten, wurde eine symbolische und semantische Wende bereits Mitte der 1980er Jahre vollzogen (Maderthaler/Lutz 2007, 30).

Zwar konnte in Österreich – im Unterschied zu anderen westlichen Industrieländern – bis Anfang der 1980er Jahre die Vollbeschäftigung erhalten werden, die sinkenden Wachstumsraten schlugen sich schließlich aber auch hier in steigenden Arbeitslosenzahlen nieder. Ab 1982 begann die Arbeitslosigkeit drastisch zu steigen und erreichte 1987 eine Rate von 5,6 Prozent.¹ Wenngleich der Wert im internationalen Vergleich gering war und weit unter dem OECD²-Durchschnitt lag, zeigte sich darin doch eine bedenkliche Entwicklung. Trotz Konjunkturaufschwung und Beschäftigungsexpansion zu Ende der 1980er Jahre sank die Arbeitslosigkeit kaum; erstmals musste von einer dauerhaften Sockelarbeitslosigkeit gespro-

¹ Die hier angegebene Arbeitslosenrate wurde nach dem damals üblichen Lebensunterhaltskonzept berechnet.

² Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

chen werden: Es kam zu einer Abkoppelung der Beschäftigung vom Wirtschaftswachstum (Sandgruber 2005 [1995], 491; Penz 2007, 63).

Der Sozialstaat geriet angesichts dieser Situation in eine Zwickmühle: Während einerseits Arbeitslosigkeit zunahm und immer mehr Menschen die Leistungen des Sozialstaates in Anspruch nahmen, fielen andererseits mit der steigenden Arbeitslosigkeit BeitragszahlerInnen aus. Der Druck, der vor allem auf den Umfang des sozialstaatlichen Leistungssystems ausgeübt wurde, war aber nicht nur auf reale Finanzierungsprobleme zurückzuführen, sondern auch – und vielleicht noch mehr – auf den politischen Diskurs (Schröder 1997, 142-143). Die sogenannte „Sozialschmarotzer-Debatte“ der 1980er Jahre steht paradigmatisch dafür (Tálos/Wörister 1998, 237). Der Sozialstaat mit seinem umfassenden Leistungssystem hätte in dieser Situation nur durch eine stärkere Umverteilung von oben nach unten gewährleistet werden können, stattdessen wurde aber der Sozialstaat zunehmend in Frage gestellt. Ideologisch verarbeitet wurde die Demontage des Sozialstaates mit Parolen wie „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“, „Der Sozialstaat ist in Zeiten wirtschaftlicher Krisen nicht mehr finanzierbar“ oder „Jeder, der will, kann arbeiten“. Hinzu kam auf der Einnahmenseite der Sozialversicherungen eine regressive Entwicklung der Löhne und Gehälter, da mit der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage auch Druck auf die unselbstständigen Einkommen ausgeübt wurde. In den 1980er Jahren fiel die Lohnquote und erhöhte sich erst Anfang der 1990er wieder leicht. Die Einkommen der unselbstständig Beschäftigten lagen in Österreich in den 1980er Jahren um rund 14% unter dem Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft (EG) (Schröder 1997, 123). Beobachtet man die Entwicklung der letzten 30 Jahre, so kann festgestellt werden, dass die Lohnquote³ von 77,7% im Jahr 1978 auf 66,8% im Jahr 2008 gesunken ist. Gleichzeitig waren die Abgaben auf Lohn Einkommen deutlich höher als jene auf Gewinn- und Besitzeinkommen und sind in diesem Zeitraum auch stärker gestiegen. Die schwache Lohnentwicklung und der steigende Anteil der Löhne an der Finanzierung der öffentlichen Haushalte haben so die Entwicklung der Nettoeinkommen und damit die Konsumnachfrage gedämpft (Guger et al. 2009, 22-26).

Diese Entwicklung stand im Kontext eines Paradigmenwechsels: von einer keynesianischen (nachfrageorientierten) hin zu einer monetaristischen (angebotsorientierten) Wirtschaftspolitik. Die vom Monetarismus propagierten Reformen bestehen vor allem im Abbau des staatlichen Haushaltsdefizits und einer Verminderung der Geldschöpfung, was mit dem Ende keynesianischer Nachfragepolitik einherging. Staatsausgaben – hier stehen in erster Linie sozialstaatliche Ausgaben zur Diskussion – sowie Lohn- und Lohnnebenkosten sollten reduziert werden. Wenn aber von der Nachfrageseite her (durch Konsum) die Gewinnmöglichkeiten der Unternehmen eingeschränkt werden, müssen von der Angebots- bzw. Kostenseite her neue Bedingungen geschaffen werden. Realisiert wurden die geforderten Kostensenkungen vor allem im Bereich der Arbeitskosten und der Steuern für Unternehmen (Senf 2001, 256-258).

Dass ein zentraler Punkt der Programmatik des Monetarismus auch die Zerschlagung oder zumindest die Minimierung von Gewerkschaftsmacht ist, verweist darauf, dass politisch-demokratische und gesellschaftliche Gestaltungsmacht in der Ökonomie abgelehnt wird (vgl. Friedman 1984 [1962]). Wie die meisten Wirtschaftstheorien beruht auch der Monetarismus

³ Die Lohnquote bezeichnet den Lohnanteil am gesamten Volkseinkommen.

auf abstrakten und vermeintlich wertneutralen Vorstellungen des Marktgeschehens. Im Gegensatz zum Keynesianismus erscheinen Gesellschaft und Politik grundsätzlich als Störfaktoren, deren Einfluss auf die Ökonomie es zu minimieren gilt. Märkte sind aber keine ‚natürlichen‘ oder wertneutralen Sphären, wie dies die Neoklassik postuliert, sondern herrschaftlich durchtränkt: sie haben hierarchische Geschlechter-, Klassen- und ethnische Verhältnisse zur Grundlage (Sauer 2003, 103).

Neoliberale Politik geht so nicht nur mit einer neuen wirtschaftspolitischen Ausrichtung einher, sondern zieht ebenso eine neue politische und soziale Regulierung nach sich. Es kann hier nicht auf alle Hintergründe dieser Entwicklung – von technischen und technologischen Innovationen in Hinblick auf die Produktionsweise, die Erschließung neuer Märkte (Bildung, soziale Dienste etc.) oder die Internationalisierung des Geldkapitals (Stichwort: Finanzmarktkapitalismus) – und deren politische und soziale Folgen eingegangen werden. Wesentlich für die hier vorliegende Studie sind Entwicklungen im Bereich der Arbeitsverhältnisse und der Sozialpolitik, aber auch der Frage staatsbürgerlicher (sozialer) Rechte und gesellschaftlicher Grundwerte.

Die Senkung der Arbeitskosten ging auch mit der Etablierung atypischer Beschäftigungsverhältnisse einher, bei denen in der Regel geringere Lohn- und Lohnnebenkosten anfallen. Damit gerät der Sozialstaat zusätzlich unter Druck bzw. in Finanzierungsschwierigkeiten, während sich Beschäftigte, angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit, zunehmend gezwungen sehen, Arbeit ‚zu jeder Bedingung‘ zu akzeptieren. Konsequenz dieser Politik ist, dass immer mehr Menschen in die Gruppe der working poor abgedrängt werden. Die Auswirkungen sind geschlechtsspezifisch unterschiedlich: zum einen, weil Frauen in Bezug auf ihre (persönliche) Unabhängigkeit und Arbeitsmarktintegration stärker auf den Sozialstaat (soziale Dienste) angewiesen sind als Männer – ein Abbau sozialstaatlicher Leistungen trifft sie daher unmittelbarer –, zum anderen, weil das Segment der neuen (atypischen) Beschäftigungsformen überwiegend weiblich ist. Die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten geht dabei fast ausschließlich auf die Zunahme von atypischen Beschäftigungsverhältnissen zurück, das Beschäftigungsvolumen der Frauen hat sich aber kaum erhöht (Weiss 2011, 97-99). Folge der Zunahme atypischer Beschäftigung ist auch ein überdurchschnittlicher Anteil an NiedriglohnbezieherInnen – 2009 zählten fast ein Viertel (24,2%) der Frauen dazu. Der Anteil lag damit dreimal so hoch als bei den Männern (7,4%). Im EU-Vergleich schneidet Österreich hier besonders schlecht ab, denn neben dem höheren Anteil an atypisch beschäftigten Frauen, sind die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede besonders groß (Geisberger /Knittler 2010, 454, 460).

Festzuhalten ist in Hinblick auf die massive Zunahme der Teilzeit- und atypischen Beschäftigungen auch, dass damit eine reale Arbeitszeitverkürzung – allerdings ohne Lohnausgleich – stattfand. Das bedeutet, dass die Produktivitätssteigerungen der letzten dreieinhalb Jahrzehnte zwar mit Arbeitszeitverkürzungen⁴ einhergingen, diese sich aber vor allem in den neuen, atypischen Arbeitsverhältnissen ausdrücken. Umverteilungsmechanismen zugunsten der abhängig Beschäftigten wurden auch in diesem Bereich außer Kraft gesetzt.

⁴ Die letzte generelle Arbeitszeitverkürzung fand 1975 statt: zwischen 1970 und 1975 wurde die Wochenarbeitszeit von 45 auf 40 Stunden reduziert.

Die Atypisierung von Beschäftigungsverhältnissen bei gleichzeitiger Reduktion sozialstaatlicher Leistungen hat zur Folge, dass Menschen den Risiken des Marktes sehr viel unmittelbarer ausgeliefert sind. Da Frauen überdies von Einkommensdiskriminierung betroffen sind, nach wie vor überwiegend Betreuungs- und Pflegeaufgaben übernehmen und deshalb meist in (schlecht bezahlten) Teilzeitbeschäftigungen stehen, geraten sie auch in eine persönliche Abhängigkeit gegenüber ihrem Partner/Ehemann. Gerade die Organisierung der Bereiche Pflege von alten oder kranken Angehörigen und der Kindererziehung und -betreuung in Österreich machen deutlich, dass hier ganz selbstverständlich Gratis-Arbeit von Frauen inkalkuliert und/oder Armut von Frauen bewusst in Kauf genommen wird.

Die beschriebenen Veränderungen stehen in einem engen Zusammenhang mit dem materiellen Gehalt von staatsbürgerlichen Rechten – d.h. inwiefern sie tatsächlich Bedeutung im Leben der Menschen haben oder rein formal sind – und Grundwerten, die eine Gesellschaft kennzeichnen. Nun berufen sich alle modernen Demokratien auf „Freiheit, Gleichheit und Solidarität“, welches Gewicht diese Werte haben und in welchem Verhältnis sie zueinander stehen, variiert aber erheblich und ist Anlass für soziale und politische Kämpfe. So ist die Frauen- ebenso wie die Arbeiterbewegung angetreten, die ‚gebrochenen Versprechen‘ der bürgerlichen Revolution einzuklagen und die Gültigkeit dieser Werte zu verallgemeinern.

Der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte basierte grundlegend auf Gleichheit und sozialem Einschluss: ein Ausgleich an Macht zwischen verschiedenen Gruppen wurde angestrebt, Verhandlungsprozedere wurden institutionalisiert und die daraus resultierenden Ergebnisse oder Konfliktlösungen wurden rechtlich abgesichert – exemplarisch dafür steht in Österreich die Sozialpartnerschaft. Es ist zwar offensichtlich, dass dieses Modell ein explizit männliches Modell war, denn Frauen erhielten ihre soziale Absicherung als „Reproduktionsarbeiterinnen“ im Haushalt und der Kindererziehung abgeleitet über ihren Status als Ehefrauen. Direkt über den Sozialstaat abgesichert wurden v.a. die Risiken im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit. Dennoch lieferte diese Modell Ansatzpunkte, um Gleichheit und Gerechtigkeit nicht nur auf das Klassenverhältnis anzuwenden, sondern z.B. auch auf das Geschlechterverhältnis auszudehnen. Durch die Neue Frauenbewegung kam es zu einer zunehmenden „Feminisierung“ des Gehalts bürgerlicher, politischer und sozialer Rechte (Jenson 1997, 237-238).

Im Rahmen neoliberaler Staatlichkeit kommt es nun (wieder) zu einer Fragmentierung von Staatsbürgerschaftsrechten, d.h. sie werden stärker abhängig von Faktoren wie Bildung, Einkommen, Region und Mobilität – von Ressourcen also, die entlang von Geschlecht, Klasse und Ethnie ungleich verteilt sind (Sauer 2006 [2001], 69). Gleichheit als Grundwert wird ersetzt durch einen individualistischen Freiheitsbegriff, der Gleichheit nicht mehr als Voraussetzung von Freiheit einschließt. Der Sozialstaat – als Inbegriff der Gleichheit – wird in der neoliberalen Theorie als Beschränkung der persönlichen Freiheit diskreditiert (vgl. z.B. Hayek 1945). Dass Gleichheit und Freiheit als Gegensätze und nicht als sich gegenseitig bedingende Grundwerte erscheinen, kann als ideologischer Erfolg neoliberaler Politik betrachtet werden. Dabei wird auch außer Acht gelassen, dass sich für die meisten Menschen persönliche Freiheit erst durch ein Mindestmaß an Gleichheit und sozialer Absicherung realisiert. Der neoliberale Staat de-legitimiert so Forderungen nach Gleichheit und Gerechtigkeit und gibt seine Verantwortung dafür nach und nach auf: „Statt Gleichberechtigung wird jetzt die Stärkung von marktwirtschaftlichen Strukturen angestrebt. Damit reduziert sich der Raum erheblich, in

dem BürgerInnen gemeinsam, sozial und politisch handeln können“ (Jenson/Phillips 1996, 517).

Der neoliberale Kapitalismus steht aber nicht nur zunehmend im Widerspruch mit der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft, deren Werte fundamental angegriffen werden, er konnte auch die Probleme, zu deren Lösung er angetreten ist, nicht in den Griff bekommen. Massenarbeitslosigkeit und 80 Millionen arme oder armutsgefährdete Menschen in Europa, die ökologische Krise und nicht zuletzt die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise, die uns seit 2008 in Atem hält, sind deutliche Signale dafür.

1.3 Verlauf des Forschungsprozesses und methodische Grundlagen

Lisa Gensluckner

Das Lehrforschungsprojekt mit Studierenden im Masterstudiengang Soziale Arbeit war gekennzeichnet von einem prozessorientierten Vorgehen, bei dem die Studierenden in allen Stadien der Datenerhebung, Transkription und Analyse der Interviews sowie Fertigstellung des Forschungsberichts in möglichst verantwortungsvoller und gleichberechtigter Weise eingebunden wurden. In dem auf drei Semester angelegten Forschungsprojekt wurden jedoch von den Projektleiterinnen – auch aus organisatorischen Gründen – im Vorfeld richtungweisende Entscheidungen für die Konzeption des Forschungsdesigns getroffen. Leitende Fragestellungen und die Auswahl der Methoden im Bereich qualitativer Forschung waren zu Beginn des Lehrforschungsprojekts bereits festgelegt, sie bildeten auch die Grundlage für die Ausschreibung der Lehrveranstaltung im Vorlesungsverzeichnis des Masterstudiums Soziale Arbeit am MCI. In der ersten Phase des Forschungsprojekts stand daher nicht die gemeinsame Erarbeitung einer Fragestellung und die Auswahl von Methoden im Vordergrund, sondern eine Hinführung der Studierenden zu dem bereits vorab entschiedenen Rahmen des Projekts.

Den Studierenden wurde zunächst theoretisches Hintergrundwissen zur Individualisierung sozialer Ausgrenzung vermittelt, insbesondere anhand gesellschaftlicher Entwicklungslinien, die mit den Dimensionen der Modernisierung (Differenzierung, Strukturelle Perspektive / Rationalisierung, Kulturanalyse / Domestizierung, Naturverhältnis / Individualisierung, Persönlichkeitsstruktur) und dem Übergang vom Fordismus zum Postfordismus und im Umbau des Sozialstaates sichtbar werden. Da eine geschlechtersensible Perspektive zentraler Bestandteil des Forschungsprojektes war, wurde mittels theoretischer Inputs zu Geschlecht als Strukturkategorie, zum Ansatz der Intersektionalität sowie zur Bedeutung der Kategorie Geschlecht in Bezug auf Arbeit, Arbeitsmarkt und Prekarisierung Grundlagenwissen der kritischen Geschlechterforschung vermittelt und deren forschungspraktische Relevanz für das gemeinsame Lehrforschungsprojekt herausgearbeitet. Aufgrund der Problematik der „Reifizierung von Zweigeschlechtlichkeit“ (vgl. Gildemeister/Wetter 1992) und damit der Reproduktion unreflektierter geschlechtsspezifischer Zuschreibungen und Annahmen über (vermeintliche) geschlechtsspezifische Unterschiede wurde eine selbstreflexive Einheit zur kritischen Beschäftigung mit eigenen biografischen Erfahrungen integriert. Darüber hinaus erfolgte auch eine Auseinandersetzung mit gesellschaftlich dominanten Diskursen über Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit. Strukturelle Bedingungen sozialer Ausgrenzung, deren Auswirkungen und mitunter geschlechtsspezifischen Verarbeitungsmuster auf individueller Ebene sollten in dieser Phase den Studierenden vermittelt und individualisierende Schuldzuschreibungen und die oftmals bediente Eigenverantwortungsrhetorik kritisch

analysierbar gemacht werden. In diesem Kontext stand auch ein Übungsprojekt im zweiten Semester, das sich v.a. mit diskursanalytischem Handwerkszeug, orientiert an der Kritischen Diskursanalyse (vgl. Jäger 2009; Keller et al. 2006), der Auseinandersetzung mit Medienberichten widmete. Ausgewählt wurde für dieses Teilprojekt die Verschränkung der Debatte zum „Transferkonto“ bzw. der „Transparenzdatenbank“ mit der Debatte zu Mindestsicherung im Zeitraum von 1.10.2009 bis 31.3.2010. Die für das Übungsprojekt verwendeten Medienberichte entstammten den online-Archiven von „Die Presse“, „Der Standard“ und „Kronenzeitung“.

Die Lehrveranstaltungseinheiten in dieser Phase beinhalteten Vorträge mit anschließender Diskussion, Kleingruppenarbeiten zu ausgewählten Texten, Kleingruppengespräche mit selbstreflexiver Absicht, eine Auseinandersetzung mit Bildern zu Armut sowie von den Studierenden verfasste Seminararbeiten zu ausgewählten theoretischen und methodischen Grundlagentexten sowie zu den Ergebnissen ihrer Analyse von Medienberichten.

Nach dieser Phase der Einarbeitung in die Grundlagen des Lehrforschungsprojektes und einer gemeinsamen Präzisierung des Forschungsgegenstandes folgten verfahrensorientierte und auf die praktische Vorbereitung und Durchführung qualitativer Interviews (vgl. Flick et al. 2007) bezogene Lehrveranstaltungseinheiten, die sich mit Interviewplanung, Interviewtechnik und Training beschäftigten.

Zentrales Arbeitspaket für die Interviewplanung war die gemeinsame Erstellung eines Interviewleitfadens für teilstandardisierte Interviews mit von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen. Die Studierenden verschriftlichten zunächst mittels einer assoziativen Vorgangsweise Fragen, die sie ausgehend von ihren eigenen Erkenntnisinteressen den InterviewpartnerInnen stellen würden. In einem mehrstufigen Prozess wurde die Vielfalt an Fragen in Fragebereiche gruppiert, auf ihre Relevanz und ihren inhaltlichen Bezug zu den leitenden Fragestellungen geprüft und Formulierungsvorschläge für konkrete Fragen erarbeitet. Ergebnis mehrmaliger Überarbeitung und gemeinsamer Diskussion war die Endredaktion des Interviewleitfadens (siehe Anhang).

Das zweite große Arbeitspaket in der Interviewplanung bezog sich auf die Auswahl der InterviewpartnerInnen. Aus der Fülle an Vorschlägen, wie InterviewpartnerInnen gewonnen werden könnten, erfolgte eine Eingrenzung auf Personen, die über das Arbeitsmarktservice (AMS) an Weiterbildungskurse vermittelt wurden. Dadurch konnte einerseits der Zugang zu vom Arbeitsmarkt ausgegrenzten, arbeitslosen Personen mit einer breiten Variation nach Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss, Migrationshintergrund und dem Vorhandensein von Kindern gewährleistet werden. Andererseits gerieten dadurch jene von Armut und Ausgrenzung betroffenen Personen nicht in den Kreis der potentiellen InterviewpartnerInnen, für die spezielle rechtliche Rahmenbedingungen oder sozialstaatliche Unterstützungssysteme wie im Fall von AsylwerberInnen oder Menschen mit Behinderungen zutreffen. Aus forschungspraktischen Gründen hätte die Einbeziehung dieser Personengruppen ein eigenständiges oder wesentlich umfangreicheres Forschungsvorhaben erfordert, das im Hinblick auf die begrenzten Ressourcen nicht realisierbar gewesen wäre.

Gemeinsam mit den Studierenden wurden darüber hinaus grundlegende Dokumente für die konkrete Durchführung der Interviews erstellt. Ein Informationsblatt sowohl für jene Weiterbildungseinrichtungen, die uns den Zugang zu InterviewpartnerInnen ermöglicht haben, als auch für potentielle InterviewpartnerInnen wurde in der Anwerbung eingesetzt. Die Vorstel-

lung des Forschungsprojekts erfolgte in zahlreichen Weiterbildungskursen; an einem Interview Interessierte konnten daraufhin einen Fragebogen ausfüllen, der über die Weiterbildungseinrichtungen wieder an die Projektleiterinnen retourniert wurde. Die erste persönliche Kontaktaufnahme und Terminvereinbarung mit den InterviewpartnerInnen erfolgte telefonisch durch die Studierenden. Zu diesem Zweck wurde in Rollenspielen der Erstkontakt erprobt, um eine ausreichende Vor-Information der InterviewpartnerInnen (Informationen zum Forschungsprojekt, zu Datenschutz und Anonymisierung, einzuplanende Dauer des Interviews, Einigung über den Ort der Durchführung des Interviews etc.) zu gewährleisten. Für die konkrete Interviewsituation wurde auch eine schriftliche Einwilligungserklärung erstellt. Der letzte Schritt der Interviewplanung umfasste das Interviewtraining sowie eine Auseinandersetzung mit räumlichen und sonstigen Gegebenheiten während der Interviewsituation (beispielsweise Sitzordnung). Zum Zweck der Schulung in Interviewtechniken wurden Rollenspiele bzw. Probeinterviews mit den Studierenden durchgeführt, häufig auftretende Schwierigkeiten und klassische Fehler beim Interviewen bearbeitet und der Interviewleitfaden endredigiert. Einen besonderen Stellenwert nahm hierbei die Reflexion unterschiedlicher Rollen ein, da die Studierenden den Interviewten nicht als SozialarbeiterInnen, sondern als WissenschaftlerInnen begegneten.

Hinsichtlich verfügbarer Ressourcen waren in der Phase der Vorbereitung und Durchführung der Interviews neun Studierende eingebunden. Sie führten im Zeitraum vom 11. Mai bis 6. Juli 2011 in der Regel in Zweier-Teams insgesamt 22 Interviews durch. Begleitend zur Durchführung und Transkription der Interviews wurden in den Lehrveranstaltungseinheiten die Erfahrungen mit InterviewpartnerInnen und die ersten vorliegenden transkribierten Interviews gemeinsam reflektiert.

Unter den ausgewählten InterviewpartnerInnen (siehe Tabelle im Anhang) befanden sich 9 Männer (8 sind auch Väter) und 13 Frauen (8 Frauen sind auch Mütter, davon 5 Alleinerzieherinnen). Im Hinblick auf das Alter wurden InterviewpartnerInnen ausgewählt, die den ersten Einstieg in den Arbeitsmarkt bereits geschafft haben (20-29 Jahre: 4 Personen; 30-39 Jahre: 4 Personen; 40-49 Jahre: 4 Personen; 50-60 Jahre: 10 Personen). 7 Personen haben einen Migrationshintergrund. Hinsichtlich des Bildungsstandes haben 3 InterviewpartnerInnen die Pflichtschule abgeschlossen, 5 eine Lehre, eine Person sowohl Lehre als auch eine Berufsbildende Mittlere Schule. 6 Personen haben eine Berufsbildende Mittlere oder Höhere Schule abgeschlossen (eine Person darüber hinaus die Sozialakademie). Eine Allgemein Bildende Höhere Schule haben insgesamt 6 Personen besucht (eine davon zusätzlich einen Universitätslehrgang) und eine Person weist einen Universitätsabschluss auf.

Im dritten Semester des Lehrforschungsprojektes erfolgte die Auswertung der Interviews (vgl. Schmidt 2007; Mayring 2007). Zu diesem Zweck wurde von den Projektleiterinnen das gesamte Interviewmaterial nach folgenden Kategorien und Unterkategorien gruppiert:

Kategorie 1: Darstellung der Situation

- 1.1. Existenzsicherung
- 1.2. Tagesablauf
- 1.3 Soziale Beziehungen und Reaktionen aus dem sozialen Umfeld

Kategorie 2: Geschlechtsspezifische Aspekte

- 2.1. Hausarbeit und Kinderbetreuung
- 2.2. PartnerInnenschaft/Beziehung/Ehe
- 2.3. Geschlechterrollen / Selbstbilder

Kategorie 3: Persönliches Erleben und eigener Umgang mit der Situation

- 3.1. Erklärungen / Gründe (individuelle – strukturelle)
- 3.2. Eigener Umgang mit der Situation
 - Selbstbilder
 - Gefühle
 - Strategien
- 3.3 Persönliches Wohlbefinden – allgemeine Aussagen
- 3.4 Handlungsfähigkeit / Ohnmachtsgefühle und Hoffnungslosigkeit

Kategorie 4: Unterstützungssysteme / Erfahrungen mit dem Arbeitsmarktservice (AMS)

Kategorie 5: Wahrnehmung von öffentlichen Diskursen

Den neun Studierenden, die bereits die Interviews durchgeführt haben, lag nun das Datenmaterial vor, das sie in der Regel in Zweier-Teams bearbeiteten. In einem mehrstufigen Verfahren der Verschriftlichung und Diskussion der Textinterpretationen sowohl mit den anderen Studierenden als auch mit den ProjektleiterInnen wurde der erste Teil des vorliegenden Forschungsberichts erstellt: *„Erfahrungen sozialer Ausgrenzung: Interviews mit Menschen in der Arbeitslosigkeit“*.

Im ersten und dritten Semester nahmen an dem Lehrforschungsprojekt vier weitere Studierende teil, die aufgrund eines Auslandssemesters nicht in die Vorbereitung und Durchführung der Interviews eingebunden waren. Sie beschäftigten sich daraufhin im dritten Semester – gestützt auf entsprechende Forschungsliteratur – mit europäischen und nationalen Dokumenten zu Beschäftigungsstrategien sowie zu Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gleichstellungspolitik. Mit einer von den Projektleiterinnen ausgewählten Materialbasis führten sie eine Dokumenten- und Inhaltsanalyse (vgl. Wolff 2007 und Patzelt 1993) durch, deren Ergebnis ebenfalls im Forschungsbericht im zweiten und dritten Kapitel dokumentiert ist: *„Politiken gegen Armut und soziale Ausgrenzung“* sowie *„Aspekte europäischer Sozialpolitik: Armutsbekämpfung und Gleichstellungspolitik“*.

Aus der Sicht der Projektleiterinnen gab es im Verlauf des Forschungsprozesses mehrere kritische Phasen. Zum einen war das konzipierte Forschungsvorhaben immer wieder auf die real vorhandenen wissenschaftlichen Vorerfahrungen sowie Ressourcen der Studierenden abzustimmen. Wichtige Schritte in einem Forschungsprozess wie die Anwerbung von InterviewpartnerInnen oder die Kategorisierung des Interviewmaterials wurden aus Gründen der Arbeitsentlastung der studentischen Projektgruppe daher von den Projektleiterinnen übernommen. Zum anderen war das Forschungsprojekt von Anfang an als Lehrforschungsprojekt konzipiert und somit von einer ungleichen Positionierung und Verteilung von Aufgaben der Lehrenden und Studierenden gekennzeichnet. So wurden auch zentrale Vorentscheidungen in der Konzeption des Forschungsdesigns bereits vorab getroffen, auch die Endredaktion des Forschungsberichts erfolgte durch die Projektleiterinnen. Gleichzeitig ist für das Gelingen eines Lehrforschungsprojektes eine möglichst gleichberechtigte Teilnahme der Studierenden

an den forschungspraktischen und inhaltlichen Entscheidungen eines Forschungsprozesses von großer Bedeutung. Im Verlauf von drei Semestern intensiver Auseinandersetzung und Kooperation ist es der gesamten Projektgruppe gelungen, das Forschungsvorhaben als ein *gemeinsames* Projekt durchzuführen, das auf der Basis von Wertschätzung und gegenseitiger Anerkennung sowie möglichst weitgehender Mitbestimmung der Studierenden zu einem – für ein Lehrforschungsprojekt – respektablem Ergebnis in Form dieses Forschungsberichts geführt hat.

1.4 Die Situation in Tirol – ein paar Daten

Alexandra Weiss

Mit den oben angesprochenen eingeschränkten sozialen und politischen Handlungsmöglichkeiten reduzieren sich auch die Lebenschancen für große Teile der Bevölkerung. In Österreich sind derzeit etwa eine Million Menschen arm oder armutsgefährdet. Die Situation in Tirol soll hier anhand von ein paar Daten umrissen werden und einen Rahmen für die Ergebnisse der qualitativen Untersuchung darstellen.

Tirol rangiert in Hinblick auf die Einkommen der unselbstständig Beschäftigten seit Jahren im Bundesländervergleich auf den hinteren Rängen. 2010 ist Tirol das Bundesland mit den niedrigsten Einkommen, insbesondere die mittleren Nettojahreseinkommen der Frauen liegen nur um 660,- Euro über der Armutsgefährdungsschwelle (60% des Medians für einen Einpersonenhaushalt) (Statistik Austria 2011a und 2011b). Für einen Einpersonenhaushalt lag die Armutsgefährdungsschwelle 2010 bei einem monatlichen Einkommen von 1.031,- Euro bzw. 12.371,- Euro Jahreseinkommen (BMASK 2011a, 35). Eine Tabelle soll den Bundesländervergleich verdeutlichen:

Mittlere Brutto- und Nettojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen 2010 nach Bundesländern

Bundesland	Bruttojahreseinkommen			Nettojahreseinkommen		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
Österreich	24.859	18.433	30.786	18.569	14.873	22.067
Burgenland	25.813	18.662	31.629	19.240	15.086	22.723
Kärnten	24.136	17.578	29.906	18.070	14.311	21.527
Niederösterreich	26.708	19.848	32.503	19.750	15.763	23.182
Oberösterreich	25.544	17.765	32.501	18.992	14.503	23.103
Salzburg	23.354	17.383	29.904	17.607	14.165	21.476
Steiermark	24.281	17.372	30.368	18.201	14.251	21.803
Tirol	22.567	15.915	29.563	17.089	13.031	21.238
Vorarlberg	24.633	16.088	33.681	18.367	13.232	23.679
Wien	24.461	21.508	27.483	18.338	16.620	20.088

Quelle: Statistik Austria 2011a

Die geringen Einkommen in Tirol sind auch auf die vom Tourismus dominierte Wirtschaftsstruktur zurückzuführen. Arbeitsverhältnisse sind hier oft nicht ganzjährig, sondern saisonal. Die Einkommen sind aber nicht nur im Tourismus, sondern auch im Handel sehr gering. Der Einkommensbericht des Rechnungshofes 2010 stellt fest, dass die Branche Beherbergung und Gastronomie mit Abstand das niedrigste Bruttojahreseinkommen aufwies, u.a. weil Teile des

Einkommens (z.B. Trinkgelder) nicht auf dem Jahreslohnzettel aufscheinen, aber auch nicht (voll) angemeldete Beschäftigungen spielen eine Rolle. Außerdem wird festgestellt, dass Tirol im Jahr 2009 (und 2010) die niedrigsten Einkommen bei den unselbstständig Beschäftigten aufwies, sie lagen 9% unter dem mittleren Bruttojahreseinkommen aller in Österreich wohnhaften unselbstständig Erwerbstätigen. Bei den mittleren Jahreseinkommen muss angemerkt werden, dass sie durch Struktureffekte wie Teilzeitarbeit und saisonale Beschäftigung beeinflusst werden. Wird nur die Gruppe der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten herangezogen, erhöhen sich die mittleren Einkommen – am stärksten sind die Erhöhungen in Tirol, Wien und Salzburg, dennoch liegt Tirol an letzter Stelle. Auch die Fraueneinkommen erhöhen sich, werden nur ganzjährig Vollzeitbeschäftigten betrachtet, allerdings verdienen auch in dieser Gruppe Frauen in Tirol am wenigsten (Rechnungshof 2010, 48-49, 126, 128-129).

Tirol weist aber nicht nur die geringsten Einkommen auf, sondern zeichnet sich auch durch besonders hohe Lebenshaltungskosten aus. Laut einer Studie der Österreichischen Gesellschaft für Marketing (OGM) aus 2009 weist Tirol das zweithöchste Preisniveau im Österreichvergleich auf, besonders hoch sind die Lebenshaltungskosten in Innsbruck Stadt und im Bezirk Kitzbühel. In Innsbruck Stadt und zunehmend auch in Innsbruck Land ist das Wohnen teurer als in den restlichen Bezirken (mit Ausnahme Kitzbühels). Wegen der niedrigen Einkommen und der überdurchschnittlichen Preise ist Tirol das kaufkraftschwächste Bundesland (OGM 2009, 139, 27).

Ein weiterer Faktor, der mit Armut und sozialer Ausgrenzung in Zusammenhang steht, ist jener der atypischen Beschäftigung. Dass v.a. Frauen in Teilzeitbeschäftigungen stehen, hat mit einem mangelhaften Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zu tun, so geht die Ausdehnung der Teilzeitarbeit v.a. auf das Konto der Frauen. Insgesamt stieg die Teilzeitquote in Österreich von 16,4% im Jahr 1999 auf 24,5% im Jahr 2009, wobei bei den Frauen eine Steigerung von 33% auf 43,5% und bei den Männern von 3,3% auf 7,3% zu verzeichnen ist. Die Teilzeitquote von Frauen liegt damit deutlich über dem EU-27-Durchschnitt von 31,5% (Statistik Austria 2010; European Commission 2010, 71). In Tirol stieg die Teilzeitquote zwischen 2004 und 2010 von 20,7% auf 27%. Der Frauenanteil ist noch höher als im österreichischen Durchschnitt: So stieg die Teilzeitquote der Frauen im Vergleichszeitraum von 41,1% auf 47,7%, d.h. dass beinahe die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt ist. Auch bei Männern ist ein Anstieg zu verzeichnen: von 4,2% auf 8,9% (Kern 2011, 64).

Vor dem Hintergrund unzureichender Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Betreuungspflichten ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Teilzeitbeschäftigten nicht freiwillig, sondern aufgrund der Rahmenbedingungen in diesen Beschäftigungsverhältnissen steht. In Bezug auf die institutionelle Kinderbetreuung sind nicht nur der vorschulische sondern auch der außerschulische Bereich sowie Jahres- und Tagesöffnungszeiten relevant. Mehr als die Hälfte der Kindertagesheime⁵ (365 von 688) in Tirol hat 12 bis 13 Wochen im Jahr geschlossen. Österreichweit haben nur 3 von 10 Kindertagesheimen 51 oder 52 Wochen geöffnet, wobei sich der Großteil (83,8%) dieser Einrichtungen in Wien befindet. Ganztätig geführt werden inzwischen 9 von 10 Kindertagesheimen in Österreich (Öffnungszeit mindes-

⁵ Unter dem Begriff Kindertagesheime fallen Krippen, Kindergärten, Horte und Altersgemischte Betreuungseinrichtungen.

tens sechs Stunden), von diesen haben wiederum 98% auch über Mittag geöffnet. Einrichtungen, die über Mittag schließen finden sich fast ausschließlich in Tirol und Vorarlberg. Ein Mittagessen bieten in Tirol 51,5% der Krippen, nur 18,3% der Kindergärten und 81,7% der Horte an. Auch die Öffnungszeiten sind in Tirol kurz, so schließen die meisten Kindertagesheime zwischen 13.00 – 14.00 Uhr (204 von 688), zwischen 14.00 – 15.00 Uhr schließen 155 Einrichtungen, bis 18.00 Uhr oder länger haben 68 Einrichtungen geöffnet. Die Betreuungsquote der unter Drei-Jährigen hat sich in Tirol dem österreichischen Durchschnitt (17,1%) angeglichen und liegt bei 16,8%, auch die Betreuungsquote der Drei- bis Fünf-Jährigen liegt mit 89,8% im österreichischen Durchschnitt (90,7%). Ein Einbruch ist aber bei den Kindern ab sechs Jahren zu verzeichnen, in der Altersgruppe von sechs bis neun Jahren sinkt die Betreuungsquote auf 5,9%, während sie für Österreich bei 16,3% liegt (Statistik Austria 2011, 65, 11, 34, 44, 54, 67, 84). Aufgrund der unregelmäßigen Stundenschule ergeben sich aber gerade hier massive Probleme in der Vereinbarkeit von Beruf und Betreuungspflichten.

Auch der Bereich der Pflege von alten oder kranken Angehörigen wird in Österreich v.a. privat im Rahmen der Familie von Frauen geleistet. Etwa 75% der Pflege wird in Österreich in Form von unbezahlter Familienarbeit oder von illegalisiert lebenden Migrantinnen erbracht. Die Struktur des Pflegesystems wurde in den 1990er Jahren grundlegend geprägt. Die Einführung des Pflegegeldes war mit einer ungebundenen Geldleistung verknüpft, die zwar einen Teil der Pflegekosten decken soll, aber keine zwingende Zweckbindung hat. Argumentiert wurde dies mit der „Wahlfreiheit“ in der Organisation der Pflege. Allerdings war das Pflegegeld – aus Gründen der Finanzierbarkeit – von vorneherein nicht kostendeckend konzipiert, d.h., dass Gratis-Arbeit von Frauen einkalkuliert wurde (Völkerer/Pirklbauer 2010, 137). Auch daraus ergeben sich Einschränkungen für Frauen in Hinblick auf ihre Integration in den Arbeitsmarkt bzw. ein erhöhtes Armutsrisiko.

Der Anteil der armen oder armutsgefährdeten Personen in Tirol lag 2009 (Ergebnisse aus EU-SILC 2009) mit 7,1% unter dem österreichischen Wert von 12% der Wohnbevölkerung. 2010 lag die Armutsgefährdungsschwelle in Österreich für einen Einpersonenhaushalt bei 12.371,- Euro Jahreseinkommen (2009: 11.932,- Euro), allerdings ist die Armutsgefährdung sehr unterschiedlich verteilt: So ist die Armutsgefährdungsquote von AlleinerzieherInnen, Einpersonenhaushalten, PensionistInnen oder Arbeitslosen besonders hoch. Die Werte für die Bundesländer nach der EU-SILC Erhebung sind aufgrund der geringen Anzahl der befragten Personen bzw. Haushalte mit Vorsicht zu interpretieren. So wurden für die Erhebung 2009 in Tirol 457 Haushalte bzw. 1.070 Personen befragt. Durch die statistischen Schwankungsbreiten, die sich dadurch ergeben, sind die Werte allenfalls als ungefähre Richtwerte zu lesen. Das zeigt sich auch an der Entwicklung der Armutsgefährdungsquote in Tirol und Österreich zwischen 2005 und 2009: Während sie für Österreich über diesen Zeitraum relativ konstant bei 12% lag, lag sie für Tirol 2005 bei 14%, 2006 und 2007 bei etwa 10%, 2008 bei 11,6% und 2009 bei 7,1% (BMASK 2011b, 45; Amt der Tiroler Landesregierung 2011, 21, 5, 18).

Dieser grobe Überblick über die Einkommenssituation, die Kaufkraft, atypische Beschäftigung, Kinderbetreuung und Armutsgefährdung sind Anhaltspunkte zur Einschätzung der Situation in Tirol und Österreich. Eine ausführliche Analyse von statistischem Material konnte im Rahmen des Forschungsprojektes nicht geleistet werden.

2 Erfahrungen sozialer Ausgrenzung: Interviews mit Menschen in der Arbeitslosigkeit

2.1 Darstellungen der Situation arbeitsloser Menschen

Thorsten Bach & Gabriele Weigl

Der österreichische Sozialstaat ist zwar in vielen Bereichen immer noch sehr effizient, im Bereich der Arbeitslosenversicherung wurden aber in den letzten Jahren drastische Einschnitte getätigt, die die Existenzsicherung von Arbeitslosen zunehmend erschweren. Die derzeitige Nettoersatzrate von 55% liegt nicht nur weit unter den Sätzen anderer EU-Länder, sie ermöglicht für die meisten Betroffenen auch keine Existenzsicherung. Die Gefahr mit Eintritt der Arbeitslosigkeit sehr schnell in Armut oder Armutgefährdung zu geraten, ist dementsprechend hoch, insbesondere, wenn keine Reserven oder kein unterstützendes Umfeld vorhanden sind.

Hintergrund dieser Entwicklung ist ein öffentlicher, politischer Diskurs, der Arbeitslosigkeit im Sinn neoklassischer und neoliberaler Theorien als freiwillig betrachtet, Arbeitsunwilligkeit und Arbeitsverweigerung unterstellt (Stelzer-Orthofer 2011, 148) und den „Missbrauch“ von Sozialleistungen in der Diskussion um die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates in den Vordergrund rückt. Die objektive Veränderung von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsmärkten kommt hingegen kaum zur Sprache und so werden strukturelle Probleme zunehmend in ein individuelles Versagen oder eine „Schuld“ der Betroffenen umdefiniert.

Im folgenden Kapitel wollen wir anhand der von uns geführten Interviews darstellen, wie Menschen in der Arbeitslosigkeit ihre Existenz sichern, wie sie ihren Tagesablauf gestalten und wie sich die Arbeitslosigkeit auf ihre sozialen Beziehungen auswirkt.

2.1.1 Existenzsicherung in der Arbeitslosigkeit

Unsere InterviewpartnerInnen berichten über eine Reihe von Einschränkungen, die sich nicht nur auf kulturelle oder soziale Teilhabe (mit FreundInnen ausgehen, ins Kino gehen oder gemeinsam Sport betreiben) beziehen, sondern auch auf Grundbedürfnisse wie Essen oder Wohnen:

Oftmals essen wir die ganze Woche nur trockene Nudeln, also nur Nudeln ohne Sauce, ohne irgendwas. [...] So kann es ja nicht weitergehen. [...] Ich hab 20 Kilo abgenommen seit ich arbeitslos bin. [...] Ja, [...] da spart man halt da ein bisschen, weil die Rechnung nicht bezahlt wurde und nächstes Monat kommt die Mahnung vom vorletzten Monat, [...] weil ich eben die andere Rechnung bezahlt habe (16, 301-304, 461-466).

Diese Interviewpartnerin bezieht derzeit Notstandshilfe und muss auch noch Raten für einen Kredit zurückzahlen. Auf die Frage, wie sie mit dem zur Verfügung stehenden Geld auskommt, antwortet sie:

Fast gar nicht. Weil ich hab einen Kredit offen, also von früher, mit Raten, als es noch besser ging, da hab ich sie noch zahlen können. Und jetzt krieg ich noch ca. 750 Euro [...] Notstandshilfe, das Kind kriegt [...] 150 Euro Alimente. [...] 220 Euro Mietzinsbeihilfe, die Miete kostet 320, Gas 100 Euro, Strom 70 Euro, Kredit hab ich 300 Euro monatlich und Telefonrechnung und Fernsehen

muss man normalerweise auch haben. Ja, wenn man das alles bezahlt, bleiben im Monat durchschnittlich 150 Euro zum Leben (16, 35-42).

Aufgrund eines laufenden Kredites kam sie mit Eintritt der Arbeitslosigkeit in finanzielle Schwierigkeiten, hat die Miete eine Zeit lang nicht mehr bezahlt und schließlich den Überblick über ihre finanziellen Verpflichtungen verloren. Als sie dann eine Räumungsklage erhielt, ging sie zum Sozialamt. Dort wurde ihr empfohlen, sich an FreundInnen und Bekannte und später an Institutionen wie Arbeiterkammer, Caritas etc. zu wenden, um das nötige Geld aufzutreiben; den Restbetrag würde dann das Sozialamt übernehmen. Erst kurz bevor sie ausziehen hätte müssen, bekam sie das nötige Geld vom Sozialamt (16, 171-193). Gerade Mietkosten sind eine große Belastung, eine andere Interviewpartnerin berichtet, dass sie ihre Miete auch nicht regelmäßig bezahlen kann: *„Gott sei Dank habe ich einen Vermieter, dem egal ist, wann ich die Miete einbezahle, Hauptsache sie kommt“* (5, 258-259). Manche der InterviewpartnerInnen können ihre Situation leichter bewältigen, weil sie auf Ersparnis zurückgreifen können (1,68-70). Betroffene Frauen, die in Partnerschaft leben (4, 42-61; 10, 29-30; 13, 10), sehen ihre finanzielle Situation etwas entspannter. Eine Frau berichtet auch, dass der getrennt lebende Vater ihres Kindes sie unterstützt (8, 22-23). Eine andere Interviewpartnerin erzählt, dass sie eine befreundete Nachbarin mit Lebensmitteln unterstützt:

Bei der bin ich so ein, zwei Mal im Monat, [...] dann setzen wir uns bei ihr zusammen und [...] reden [...] – ist immer volle nett. Weil dann darf ich bei ihr [...] immer den Kühlschrank plündern, darf ich mir Wurstbrote machen und so (lacht). Und dann gibt sie mir immer so Fertigsuppen mit und so Chinasachen, wo [Du] nur heißes Wasser darauf tun musst oder einmal ein Brot (14, 425-430).

Erschwerend wirken für die Betroffenen undurchsichtige Verwaltungsbestimmungen oder die Verzögerungen in der Auszahlung der Transferleistungen, die zu finanziellen Engpässen führen können, weil etwa Miete oder Stromrechnungen zu bestimmten Terminen bezahlt werden müssen: *„Das ist so, dass [man schaut], was als erstes gezahlt wird, und dann wird man einmal schauen, nicht“* (5, 99). Kritisiert wird, dass etwa die Veränderung von Bestimmungen nicht kommuniziert wird und dies die Organisierung des Lebens unter prekären Bedingungen erschwert: *„Mittlerweile ist beim Sozialamt auch wieder was geändert worden, dass einem mehr zur Verfügung stehen darf. Ist halt auch ein ewiges Hin und Her und das jedes Mal aufs Neue“* (5, 100-102).

Insbesondere die Bedingungen für Zuverdienstmöglichkeiten neben dem Bezug von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder Bedarfsorientierter Mindestsicherung sind für manche schwer nachzuvollziehen bzw. manche Beschäftigungsverhältnisse sind nur mit einer tageweisen Anstellung verbunden, was zu Schwierigkeiten bei der Berechnung der Transferleistungen führt. Wenn sich dann Auszahlungen verzögern, gleichzeitig aber regelmäßige Zahlungen fällig werden, kommen die Betroffenen in eine Zwickmühle (5, 278-285). Eine Alleinerzieherin berichtet von einer solchen Situation, die sie sehr in Bedrängnis brachte und verärgerte:

Mit was soll ich einkaufen gehen? Der Kleine von mir braucht Windeln, der Kleine von mir hat Hunger. Ich kann nicht zum Kleinen sagen: „Mach halt zwei

Mal in die gleiche Windel, weil ich habe es jetzt halt nicht. Und mittags machen wir jetzt halt einmal Luftknödel mit Papierschnitzeln, weil ich habe sonst halt nichts. Oder kratzen wir halt den Fensterkitt herunter und denken uns, es seien Spaghetti“ (5, 291-296).

Eine Frau, deren Mann Vollzeit-erwerbstätig ist, betont: *“Ich alleine würde es nicht schaffen, von Monat zu Monat zu kommen“* (10, 30-31). Weil Transferleistungen, wie Arbeitslosengeld, Mietzinsbeihilfe etc., oft die Existenzsicherung nicht gewährleisten, gehen manche der von uns interviewten Frauen einer (geringfügigen) Beschäftigung nach (5, 88-89; 15, 40-43; 17, 85-86).

Um die geringen Transferleistungen aufzubessern, verfolgen die Betroffenen verschiedene Strategien. Eine alleinerziehende Mutter geht etwa einer Beschäftigung bei einer Security-Firma nach. Um dieses Einkommen nicht zu verlieren, geht sie trotz Krankheit zur Arbeit. *„Ich kann mir keinen Krankenstand leisten, weil sonst kann ich meinen Nebenjob auch nicht machen. [...] Es wird halt übergangen [...] Irgendwann einmal schaltet man das dann aus, man spürt es dann halt nicht mehr“* (5, 227-235).

Eine junge Frau von Anfang 20 versucht über Plasma-Spenden zusätzliches Geld zu verdienen (14, 181-184), obwohl sie negative gesundheitliche Auswirkungen spürt (ebd., 181-184) *„Nachdem ich jetzt, seit dem ich arbeitslos bin, extrem viel Plasma spende, teilweise auch zwei Mal die Woche [...], bin ich prinzipiell letschat [Anm.: antriebslos], ausgelaugt, bisschen schwach“* (14, 478-480). Ihre finanzielle Situation lässt ihr aber wenig Alternativen: *„Aber es geht halt nicht ohne das [...]. 20 Euro haben oder nicht haben, das ist halt auch schon wirklich ein Unterschied“* (14, 185-186).

Ist die finanzielle Lage sehr angespannt, spitzt jegliche Zusatzausgabe die Situation noch weiter zu: *„Dann brauchst auch noch ein Monatsticket und dann hab ich [...] noch, [...] mit meinen Allergien, [...] relativ hohe Apothekenkosten und so und das ist halt schon wirklich zack [Anm.: schwierig], wenn man jetzt so drei Wochen nur von Cornflakes lebt“* (14, 164-166). Ein anderer Interviewpartner berichtet über die Kosten von Bewerbungen:

Die machen sich eigentlich gar keine Gedanken, welche Kosten Du hast. Bei acht Bewerbungen im Monat, das sind acht Fotos, [...] das sind dann auch 24 Euro. [...] Dann die acht Euro für das Porto [...], dann für die [...] Mappen, die man da braucht. Ich hab also eine zusätzliche Belastung von 60, 70 Euro im Monat allein für Bewerbungen (2, 424-431).

Die prekäre finanzielle Situation führt bei manchen Betroffenen zu Zukunftsängsten und Resignation. Ein Mann ist nach einem Arbeitsunfall nun seit 16 Monaten arbeitslos, seit vier Monaten lebt er in einem Obdachlosenheim (21, 3, 5). Nach 25 Jahren Arbeit in der Metall-Branche ist er nun zum ersten Mal arbeitslos (21, 11-12, 15). Die lange Arbeitslosigkeit hat sein Leben drastisch verändert: *„In diesem Moment bin ich arbeitslos, ich wohne in einem Obdachlosenheim, ich habe kein Geld. Ich habe keine Arbeit, überhaupt nichts. Ich lebe hier wie ein Tier, wie ein Hund“* (21, 57-58).

Der Verlust der eigenen Wohnung verändert auch das soziale Umfeld und bedeutet einen massiven sozialen Abstieg. Eine drohende Räumungsklage löst deshalb bei einer Interviewpartnerin Angst aus: *„Ich hab geweint, ich hab geschwitzt, Stress, Angst vor dem, dass ich*

kein Dach über dem Kopf hab, also ok es gibt [ein] Frauenheim und so, aber da möchte ich nicht hin, ich bin nicht so ein Fall, oder“ (16, 193-195).

Eine etwas über 50-jährige Frau artikuliert im Interview ihre Befürchtung, dass auch Ausgaben im Fall von Krankheit eine nicht leistbare finanzielle Belastung darstellen würden: *„Ich meine, es darf halt nichts passieren. Ich meine, ich habe das Glück, dass ich gute Zähne habe [...] [Sonst] wüsste ich [...] nicht, was ich täte, wenn ich jetzt Zähne bräuchte oder eine Krankheit [hätte], die kostspielig wäre“ (17, 170-173).*

Dass Erwerbsarbeit nicht unbedingt Existenzsicherung gewährleistet, zeigt sich am Phänomen der working poor, der Armut trotz Erwerbsarbeit, von der überwiegend Frauen betroffen sind. Die geringen Löhne und das v.a. in Tirol mangelhafte Angebot an bedarfsorientierten Kinderbetreuungseinrichtungen sind die wesentlichen Ursachen dafür. Denn ohne eine entsprechende Betreuungsmöglichkeit können die (meist betroffenen) Frauen allenfalls Teilzeitbeschäftigungen annehmen und selbst hier sind Arbeitszeiten und Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen nicht kompatibel.

Eine Frau mit zwei Kindern von sechs und drei Jahren erzählt z.B., dass sie in einem Möbelhaus als Küchenplanerin Freitag nachmittags und samstags (10, 224-225) arbeiten hätte können: *„Das sind dann eh zwischen 8 und 12 Stunden und da verdient man 300 Euro. Ich meine mit 300 Euro im Monat komm ich nicht weiter“ (10, 225-226).* Sie würde zwar gerne wieder arbeiten, es ist aber schwierig Arbeit zu bekommen, bei der sie ein Einkommen erzielen kann, das höher als ihre Notstandshilfe ist.

Auch ein Mann von Mitte 50 kritisiert die Einkommensmöglichkeiten, die, trotz hoher Anforderungen in den angebotenen Stellen (3, 81-85), seine Notstandshilfe kaum übersteigen. *„Es ist einfach schwierig, [...] geh ich jetzt 40 Stunden arbeiten für alles in allem 100 Euro mehr im Monat. Das ist das, was einem [...] schlecht angekreidet wird. So nach dem Motto ‚Na ja, Du willst ja gar nicht arbeiten‘. Was aber [...] wirklich nicht stimmt“ (3, 76-79).* Hier schwingen auch Vorwürfe mit, die Arbeitslosen oft gemacht werden. Dass es nicht rational ist, bestimmte Stellen anzunehmen, weil sich damit die finanzielle Situation noch verschlechtert und eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt wird, wird nicht bedacht. Auch eine Alleinerzieherin, die neben dem Notstandshilfe-Bezug einer Nebenbeschäftigung nachgeht, beschreibt diese Problematik:

Ich [muss] ganz ehrlich sagen, ich kann es mir nicht leisten. Weil wenn ich jetzt wirklich fünf Tage in der Woche vier Stunden arbeiten gehe, dann sind das 20 Stunden oder 25 Stunden. Ich [...] habe einen Tagsatz von 30,93 Euro am Tag, das sind 900 Euro. Ich bekomme keinen Job halbtags, wo ich das Geld verdiene (5, 345-349).

Um ein Einkommen zu erzielen, das über ihrem derzeitigen Bezug liegt, bräuchte sie eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit. Da sie dann auch Kinderbetreuung benötigen würde, würden mit der Erwerbstätigkeit zusätzliche Kosten für die Betreuung, Fahrtkosten und den Kindergarten-Mittagstisch entstehen (5, 353-355). *„Ja und dann verdiene ich vielleicht einen Hunderter weniger als jetzt mit dem AMS und habe aber [...] 250 Euro mehr Ausgaben. So gerne ich arbeiten gehe, ich meine [...] es rentiert sich einfach nicht“ (5, 357-358, 360-361).*

2.1.2 Tagesablauf

Aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Studien ist bekannt, dass Arbeitslosigkeit oft mit einem Verlust der Tagesstruktur einhergeht und die Verwendung der Zeit zum Problem wird. In der ersten und wohl berühmtesten Studie dazu, „Die Arbeitslosen von Marienthal“ von Marie Jahoda, Paul F. Lazarsfeld und Hans Zeisel von Anfang der 1930er Jahre (1975), stellen die AutorInnen fest, dass sich die „Freizeit [für Arbeitslose] als tragisches Geschenk“ erweist, weil losgelöst von Arbeit und dem Kontakt zur Außenwelt die Möglichkeit, die Zeit zu verwenden, eingebüsst wird (Jahoda et al. 1975, 83).

Die Mehrzahl der interviewten Personen erlebt einen Verlust an zeitlicher und auch inhaltlicher Strukturierung durch die Arbeitslosigkeit. Wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird, strukturiert Arbeit unser Leben und unsere Gesellschaft. Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur, dass keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen wird, auch Urlaub und Wochenende verlieren ihre Bedeutung: *„Was dann jedoch passiert ist, dass der Lebensinhalt weg bricht. Du hast dann keinen Urlaub mehr, kein Wochenende mehr, schlimm. Das kann man sich gar nicht vorstellen, wenn man das immer hat“* (1, 116-118). Aus diesem Grund wird der Zeitgewinn von Betroffenen eher als Belastung und nicht als *„paradiesisch“* gesehen:

Ich kann jemanden besuchen, wenn ich das will. Aber das ist kein Lebensinhalt. Für mich. Jemand anderer stellt sich das paradiesisch vor. Menschen sagen zu mir: „Weißt Du eigentlich, wie gut es Dir geht, kannst den ganzen Tag vor deinem Häusel sitzen, kannst nach Wien reisen“ (1, 120-124).

Die Betroffenen nehmen die Situation aber anders wahr, sehen sie eher als Bedrohung. Erwerbstätigkeit hat in der Arbeitsgesellschaft neben der Existenzsicherung weitere zentrale Funktionen, wie soziale Integration, Teilhabe am Konsum, Selbstwert etc.

Einige der InterviewpartnerInnen versuchen die Struktur so gut wie möglich beizubehalten, das heißt z.B. wie gewohnt früh aufzustehen und den Tag mit Aufgaben zu füllen: *„Ja, also ich versuche da möglichst die Struktur beizubehalten, ich habe eine Zeit lang so ein Loch darin gehabt, aber dann ist einfach der Tag kaputt“* (3, 87-88). Eine Frau von Mitte 40 berichtet:

Ich habe eben versucht, eine Struktur hineinzubringen. Also, dass ich von der Zeit her einen regelmäßigen Ablauf habe, das war mir aber auch schon vor der Arbeitslosigkeit wichtig. Auch das Hinausgehen ist für mich sehr wichtig und dass ich mir an jedem Tag überlegt habe, was ich denn heute mache (20, 81-84).

Eine junge Frau beschreibt ihre Versuche den Tag zu strukturieren so:

Jetzt schau ich, dass ich möglichst viel lerne und dass ich um acht auf der [Bibliothek] [...] hocke bis Mittag. Dann schau ich, dass ich irgendwas zum Essen auftreibe, am Nachmittag lerne ich dann noch ein bisschen und gegen späten Nachmittag, Abend habe ich vielleicht einen Termin oder irgendwas ausgemacht mit irgendjemanden (14, 228-231).

Die InterviewpartnerInnen absolvierten, als wir sie interviewten, einen Kurs des Arbeitsmarktservices (AMS) – in dieser Phase wurde die Tagesstruktur auch wesentlich durch die Kursteilnahme geprägt. So werden AMS-Kurse auch als neue Aufgabe bzw. Beschäftigung

gesehen und bieten zudem Abwechslung. Arbeitssuche und Bewerbungsprozedere übernehmen nun die Strukturierung des Tages:

Die letzten zwei Monate waren eben dann die zwei Kurse, also der Computerkurs und der Englischkurs und da war es dann so, dass immer am Ende der Woche eine Prüfung war. So musste man dann jeden Tag am Nachmittag etwas nacharbeiten. [...] Jeden Tag von acht Uhr bis um eins. Und dann ist man eben heimgekommen, hat etwas gegessen und dann habe ich mir das eben noch mal angeschaut. [...] Für mich war es auch wichtig, dass ich einfach ein gutes Gefühl hatte, eine Aufgabe am Tag zu haben und so dann auch eine Struktur und eben nicht einfach so in den Tag hinein leben (20, 87-95).

Ja momentan gehe ich [in einen] Kurs. Lerne etwas Neues. Betriebswirtschaft. Zumindest die Grundbegriffe mache ich derzeit und vorher habe ich einen EDV Kurs gemacht [...]. Dass ich vielleicht einen Bürojob finde und nachmittags tue ich eben herumtelefonieren oder die Zeitungen noch mal durchschauen, ob irgendwelche Stellen sind, und Bewerbungen schreiben und verschicken (22, 74-78).

Bei manchen zeigt sich auch eine Gewöhnung an die neue „Freizeit“, so dass Veränderungen bzw. die Termine durch die Kursteilnahme als schwierig und mühsam empfunden werden:

Ja, das war eine ziemliche Umstellung die Schulung, weil ja die Vormittage nicht mehr frei waren, die ich sonst verwendet habe, ja erstens Hausarbeit zu machen. Oder ich konnte auch einmal etwas für mich machen. Also Fitnesszentrum oder spazieren gehen oder mich mit jemandem zu treffen (13, 34-37).

Vor allem wenn die Arbeitslosigkeit schon länger andauert, haben viele InterviewpartnerInnen Probleme, mit dem entstandenen Vakuum umzugehen. Sie stellen eine einsetzende Antriebs- bzw. Motivationslosigkeit fest, sie verharren, wie ein Betroffener sagt, im „Standby-Modus“ (6, 89-97). Folgende Zitate belegen dies exemplarisch:

Am Anfang ist man noch so im Radl drinnen, das man gehabt hat im Job, dann kommt so der Zeitpunkt, wo man sich denkt, cool, das genieße ich jetzt einmal, oder, so Urlaub unter Anführungsstrichen. Dann wird einem das ziemlich fad und dann sucht man sich irgendetwas, um die Zeit tot zu schlagen. Und je länger man arbeitslos ist, desto mehr sinkt die Motivation, sich dann wieder um eine neue Sache zu bemühen (18, 68-72).

Ja, ich hab ein halbes Jahr gebettelt, ob ich irgendeinen Kurs machen kann, ob ich was tun kann. Weil ganz ehrlich, nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit, Du hast keinen Antrieb mehr, Du bist zwar den ganzen Tag arbeitslos, aber Deine Wohnung versaut sondergleichen, Du hast keinen Antrieb mehr (13, 115-118).

Es hat auch [...] Tage und Wochen gegeben, wo ich wirklich nur daheim in meinem Sauhaufen gesessen bin und die Wände angestarrt habe, weil ich mir gedacht habe „Ich weiß nicht, wie es weiter gehen soll“. Weil man keinen Antrieb gehabt hat (14, 216-219).

Ein Betroffener sagt dezidiert, dass mit dem Verlust der Erwerbsarbeit eine „Grunddynamik“ (die strukturierende Funktion von Erwerbsarbeit) verloren geht und so auch Motivation für Kleinigkeiten wie z.B. Haushalt/Putzen immer schwieriger aufzubringen sei:

Es ist eine Situation, wo man von nirgends woher einen Druck oder eine Aufforderung spürt, um sich zusammenzureißen, um sich zu motivieren. [...] Weißt Du, diese Kleinigkeiten machen es immer schwieriger, sich in diesen Dingen zusammenzureißen. Das tust Du dann natürlich oft einmal, dass Du sagst, das mache ich jetzt, um auch einmal ein Erfolgserlebnis zu haben. [...] Da rauft man sich auch nicht auf – nach einer gewissen Zeit ist man einfach so faul! (1, 206-222).

Diese Interviewpassage macht deutlich, wie zentral eine Einbindung in die Erwerbsarbeit ist. Das Vakuum, das durch die Arbeitslosigkeit entsteht, ist für viele Betroffene eine große Belastung. Wenn auch der Versuch unternommen wird, die gewonnene Zeit neu zu strukturieren, so erzeugt der Zustand der Arbeitslosigkeit auf Dauer ein Gefühl fehlender Sinnhaftigkeit.

Die Arbeitslosigkeit wird von den Betroffenen negativ bewertet, weil sie nicht mehr wie gewohnt an der Gesellschaft teilhaben können. Neben der Problematik der Strukturierung der Zeit treten auch Probleme in Hinblick auf Sinnverlust und Selbstwert auf, die Unbehagen auslösen: *„Und in der Arbeitssuche, ja, da ist es eben gar nicht lustig. Da ist der Tag sehr lang [...] und es ist kein angenehmes Gefühl Arbeit zu suchen. Man fängt auch an, selber an sich zu zweifeln und so – nix Feines“* (7, 52-55).

Zum Schluss soll auf eine Strukturierung der Zeit eingegangen werden, die nicht neu gesucht wird, sondern bereits da ist, nun aber auch als Legitimation gegenüber andern dient bzw. ein mögliches Zeitvakuum gar nicht entstehen lässt. So haben v.a. Frauen mit Kindern weniger Probleme, ihren Tag zu strukturieren, da die Bedürfnisse der Kinder bzw. sie selbst eine Struktur vorgeben: *„Also fad wird mir ganz sicher nicht, (lacht) könnte ich mich jetzt nicht beschweren. Dafür sorgt mein Kind schon, dass ich jeden Tag was zum Aufräumen habe“* (5, 120-122).

Es sind überwiegend Frauen, die davon berichten, wie ihr Alltag mit Kindern die Tageszeit strukturiert:

Also ungefähr um acht Uhr bring ich die Kinder in den Kindergarten, dann bis Mittag ist entweder, man muss in der Stadt irgendetwas erledigen, Behördengänge, oder man räumt einfach daheim auf, bis Mittag. Dann mittags hol ich die Kinder. Dann [am] Nachmittag, also meine Tochter [hat] dreimal die Woche mindestens eine [...] Physiotherapie, dann kommt die Psychotherapie noch dazu. Und der Rest ist so: jetzt gehen wir [auf den] Spielplatz oder einfach mit den Kindern irgendetwas machen. Und am Abend dann, wenn die Kinder [...] im Bett sind, dann kommt noch Haushalt, das alles, was man nicht schon untertags erledigt hat (10, 41-50).

Vormittags bringe ich die Tochter in den Kindergarten, mache Hausarbeit: kochen, putzen, waschen, bügeln. Dann ist meistens schon Mittag. Nachmittags unternehme ich Sachen mit meiner Tochter. Dass wir wandern gehen, dass wir spazieren gehen, Spielplatz und solche Sachen. Und Abendbrot [...] essen, dann lese ich ihr Geschichten vor, dann geht sie schlafen um halb acht und dann habe ich für mich selber zwei Stunden. Fad wird mir nicht untertags, sicher nicht. (lacht) (15, 50-54).

Ein junger Mann von Anfang 20 übernimmt in der Arbeitslosigkeit mehr Betreuungsaufgaben:

Meine Freundin und ich wechseln uns ab, wenn die Kinder aufstehen [...] und der andere schläft halt dann länger ein bisschen. Am Vormittag Wohnung putzen, ganz normal, und am Nachmittag bei dem Wetter eher daheim, aber ansonsten gehen wir auf den Spielplatz, Wandern, dass die Kinder müde werden, dass sie gut schlafen (lacht). Also bei uns ist also wirklich alles auf die Kinder ausgerichtet (9, 24-28).

Bei manchen Interviews wird deutlich, dass Hausarbeit und Kinderbetreuung eine größere Bedeutung bekommt. Diese Tätigkeiten strukturieren v.a. bei Frauen den Tagesablauf nach wie vor relativ stark. Aus der geschlechtsspezifischen Zuweisung der Hausarbeit, der Kindererziehung und -betreuung resultiert eine Differenz in der Zeitstruktur. Gerade für Frauen mit Kindern ergibt sich dadurch nach wie vor ein Sinnzusammenhang mit vielen Orientierungspunkten, Funktionen und Verpflichtungen zur Regelmäßigkeit, wie auch schon in der Marienthal-Studie festgestellt wurde, denn „die Frauen sind nur verdienstlos, nicht arbeitslos [...]. Sie haben den Haushalt zu führen, der ihren Tag ausfüllt“ (Jahoda et al. 1975, 83). Wenn Kinder vorhanden sind, gestaltet sich auch die Haushaltsführung anders, da gewisse Haushaltstätigkeiten – im Unterschied zu Alleinlebenden – nicht vernachlässigt werden können: „*Es weiß jeder, mit einem Kind hat man sowieso genug Arbeit. Also, dass ich die Hände in den Schoß lege, das geht nicht. Das würde ich mir wünschen. Es klingt jetzt blöd, man ist arbeitslos. Aber man hat den ganzen Tag zu tun*“ (15, 137-140).

In der Arbeitslosigkeit übernehmen manche Männer mehr Aufgaben im Haushalt. Ein Interviewpartner gibt an, dass er „zum Hausmann mutiert (lacht)“ (19, 54) sei, das Frühstück macht und sich um den Haushalt kümmert (19, 55), was auch darauf hinweist, dass er das vor der Arbeitslosigkeit nicht als seinen Zuständigkeitsbereich gesehen haben dürfte, denn er betont, dass er das als vorübergehende Situation ansieht: „*Es stört mich nicht, also auf Dauer ist es nichts, aber jetzt als Übergang, also es wird dann sicher wieder feiner für mich, wenn ich was abgeben kann*“ (19, 79-80).

2.1.3 Soziale Beziehungen und Reaktionen aus dem sozialen Umfeld

Der Verlust der Arbeitsstelle und der Status der Arbeitslosigkeit gehen nicht nur mit existenziellen Fragen und psychischer Belastung einher, sondern auch mit unterschiedlichen Reaktionen aus dem persönlichen Umfeld, mit Verständnis oder Unverständnis. Ein großer Teil der Betroffenen sieht sich im sozialen Umfeld mit Vorwürfen und gesellschaftlichen Klischees konfrontiert. Manche bekräftigen auch gesellschaftliche Diskurse, blenden strukturelle Probleme aus und betonen eher vermeintliches Selbstverschulden.

Gerade das Stigma des „Sozialschmarotzers“ wird häufiger aufgegriffen: „*Prinzipiell ist schon eine gewisse Grundstimmung vorhanden, von wegen ‚Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen oder in Urlaub fahren‘ – das sind so die Klischees, die verbreitet sind*“ (6, 164-165), so ein älterer arbeitsloser Mann. Ein junger Mann äußert: „*Ja, sie meinen, ich bin einfach nur ein Sozialschmarotzer, der gar nichts kann*“ (9, 47-48). Diese Vorwürfe rufen Schuld- und Schamgefühle hervor: „*Ja irgendwie geht es dann ja schon auch ans Selbstbewusstsein und an den Stolz*“ (3, 121-122). „*Irgendwo der schräge Blick so, von unten nach oben, ‚So eine bist Du also, ein Sozialschmarotzer‘*“ (14, 399-400).

Der generelle Missbrauchsverdacht, der auch durch einen entsprechenden politischen Diskurs befördert und verstärkt wird, führt bei manchen dazu, dass diese Sichtweise übernommen

wird: „Aber ich tu nicht von mir aus sagen: Ja ich bin arbeitslos und so ein armer Mensch. Weil wenn wir ganz ehrlich sind, arbeitslos müsste keiner sein“ (11, 188-189), meint ein Mann von Mitte 50. Andere InterviewpartnerInnen berichten über Schuldzuschreibungen durch andere. Eine alleinerziehende Mutter von Ende 30 sagt z.B.: „Ja, da fühlt man sich dann nach Gesprächen einfach als Schmarotzer, dass man jetzt nicht arbeiten will“ (10, 112-113). Auch in der Familie wird oftmals Druck ausgeübt: „Also von der Familienseite ist es halt irgendwo das Gefühl von Hoffnungslosigkeit und irgendwo Angst, dass alles, was Du in den Menschen investiert hast, dass das jetzt scheitert und versifft“ (14, 333-335).

Für viele Betroffene sind die Vorwürfe demütigend; offene oder indirekte Vorwürfe wirken sich auch auf das Handeln der Betroffenen aus, sie können zu einem Vermeiden von sozialen Kontakten führen, um dem Rechtfertigungsdilemma zu entfliehen. „Die Freunde lassen es mich nicht so spüren. Wobei ich schon sagen muss, was dazu gekommen ist, ich habe mich ein bisschen zurückgezogen von diesen Leuten. Es hat sich bei mir etwas verändert“ (1, 491-493). So entscheidet ein Betroffener, dass er auf Dauer auch oberflächlichen Kontakten bewusst aus dem Weg gehen will und seine Situation akzeptiert, andere gehen offensiver mit ihrer Situation um:

Frei! Einmal kannst Du sagen: „Ja, heute hab ich frei!“, aber irgendwann. Es gibt solche Leute, hab ich gehört, die gehen einfach den ganzen Tag nicht aus dem Haus. Da hab ich mir gedacht, nein, und irgendwann habe ich das gelernt, dass ich keine Rechenschaft abgeben muss (17, 301-304).

Das direkte soziale Umfeld hat oftmals kein Verständnis für bestimmte Zusammenhänge oder Wirkmechanismen. Dies zeigt sich z.B. in einem Unglauben für die individuellen Ursachen der Arbeitslosigkeit, keinem Verständnis für strukturelle Probleme von Arbeitslosigkeit und einer falschen bzw. verzerrten Bewertung. Arbeitslosigkeit wird entweder als Abwechslung, Freizeit oder als völlige Verfügbarkeit betrachtet, da sowieso nichts zu tun sei. Für viele Betroffene ist die Arbeitslosigkeit jedoch ein Verlust von sozialem Ansehen und an sozialen Kontakten: „Das soziale Umfeld, das ich einmal gehabt habe, war ja riesengroß, bei meiner beruflichen Tätigkeit. Das ist komplett weggefallen muss ich sagen. Das ist zusammengeschrumpft auf zwei, drei Personen“ (11, 165-167).

Einige verweisen auch auf Rückhalt im sozialen Netzwerk, also bei einem Bekanntenkreis, der den Status akzeptiert und sogar unterstützend wirkt (z.B. 15, 88-110), nicht nur in moralischer, sondern auch in materieller Hinsicht. Manche geben auch an, dass sich durch ihre Arbeitslosigkeit in ihrem Umfeld keinerlei Veränderung vollzogen hat.

Unterstützung bzw. weniger Vorwürfe und mehr Toleranz erfahren z.T. Frauen mit Kindern. In diesem Fall wird die Tätigkeit der Kindererziehung gesellschaftlich hoch bewertet: „Weil gerade mein Freundeskreis beziehungsweise mein Familienkreis einfach sagt: ‚Vorrangig ist nun einmal das Kind‘“ (5, 127-128). Zudem fungieren Kinder auch als sozialer Anknüpfungspunkt, so sagt eine Interviewpartnerin: „Mit Kindern ist es eher leichter Anschluss zu finden“ (8, 77).

Viele InterviewpartnerInnen betonen, dass nicht die Arbeitslosigkeit an sich das Problem sei, sondern die mit ihr einhergehenden Einschränkungen, da die finanzielle Knappheit eine negative Auswirkung auf die Möglichkeit für soziale Kontakte hat. Selbst wenn die Arbeitslosigkeit vom Umfeld akzeptiert wird, so stellt sie in Bezug auf gesellschaftliche Teilhabe

dennoch ein Problem dar. Viele soziale und kulturelle Angebote und Freizeitaktivitäten sind mit Kosten verbunden. Da viele soziale Kontakte in Räumen stattfinden, die mit Konsum einhergehen, ist soziale Teilhabe z.T. nur mit Geld möglich. Das heißt, dass Treffen mit FreundInnen in Lokalen, im Kino, in Vereinen etc. stark eingeschränkt werden:

Man kann ja nicht mehr so weggehen, nicht? [...] Beispiel: wir sind früher nach der Arbeitszeit, gruppenweise [...] sporteln gegangen, Kegeln, Tennisspielen, und und und [...]. Das kostet alles einen Haufen Geld, das kannst Du nicht mehr, vermagst Du nicht mehr. Da ziehst Du Dich dann zurück ein bisschen, weil Du kannst ja nicht verlangen, dass Deine Freunde für Dich immer die Tennisstunden zahlen oder das Kegeln und das, das geht ja nicht (11, 168-173).

Problematisch empfinden einige Interviewte, dass das soziale Umfeld auf ihre Situation nicht reagiert, weil Begegnungen etwa nur in Konsumräumen und nicht Zuhause stattfinden oder sie aus falscher Anteilnahme heraus im Vornhinein ausgeschlossen werden: *„Was sich sehr verändert hat, ist das soziale Umfeld, also das schon, [...] ich werde nicht mehr so oft gefragt: ‚Gehst Du mit?‘ Weil sie es vermeiden wollen, dass ich mich peinlich berührt fühl“* (17, 220-222).

Das ist halt so, irgendwann ist es kein Thema mehr, am Anfang, man wird bedauert und so und dann, wenn Du länger arbeitslos bist, ist das gar kein Thema mehr, die Leute denken nicht daran, oder auch im Freundeskreis denken sie nicht daran, dass der an so einer Aktivität nicht teilnehmen kann (18, 116-119).

Manche ziehen sich aus diesen Gründen auch selber aus ihrem Umfeld zurück:

Ja, wenn Du jetzt sagen musst, ok, ich kann jetzt da und dort nicht mitgehen, mitfahren oder sonst etwas, weil ich es mir schlichtweg nicht leisten kann, kommst Du Dir am Anfang einmal nur blöd vor und irgendwann denkst Du Dir eigentlich, Du wirst einfach an den Rand gedrängt. [...] Das Soziale geht zurück, weil Du kannst praktisch nur noch an Aktivitäten teilnehmen, durch die keine Kosten oder keine großen Kosten entstehen. Du musst alles wesentlich mehr einteilen, wie Du etwas machst, [...] zumindest ich hab angefangen, mich da zu isolieren (18, 51-53, 97-100).

Der Verlust der Arbeitsstelle hinterlässt viele Betroffene in einem zeitlichen und inhaltlichen Vakuum. Die Arbeit strukturiert das Leben so tiefgreifend, sei es Wochenende, Urlaub oder grundsätzlich Freizeit, dass die „neugewonnene Freiheit“ oft als Last empfunden wird. Während bei Betroffenen mit Kindern die Betreuung und Erziehung den Tagesablauf strukturieren, füllen andere die Zeit beispielsweise mit Bewerbungen oder AMS-Kursen. Viele haben mit Lethargie zu kämpfen und können der „neuen Freizeit“ keinen Sinn beimessen.

Die Reaktionen aus dem Umfeld bewegen sich einerseits zwischen Vorbehalten, die oftmals gesellschaftlich geprägt sind und die Vorstellung des Arbeitslosen in der „Hängematte“ bedienen, und Verständnis und Unterstützung andererseits. Grundsätzlich verkleinert sich aber das soziale Umfeld. Neben den Kontakten, die durch den Verlust des Arbeitsplatzes wegfallen, schränken sich auch viele Freizeitaktivitäten z.B. mit FreundInnen ein, weil die Kosten dafür zu hoch sind.

2.2 Geschlechtsspezifische Aspekte

Sabine Abwerzger-Erhart & Angelika Obermair

Armut, soziale Ausgrenzung und Erwerbslosigkeit stellen sich geschlechtsspezifisch unterschiedlich dar. Dass Frauen eine höhere Armutsgefährdung aufweisen als Männer, ist inzwischen allgemein bekannt – die Hintergründe dessen sind vielfältig. Deshalb genügt es nicht, auf das Faktum allein hinzuweisen. Die unterschiedliche Situation von Frauen und Männern gilt es zu analysieren, damit politische Maßnahmen wirkungsvoll eingesetzt werden können und nicht geschlechtsspezifische Armutsrisiken reproduziert oder etwa noch verstärkt werden. In der vorliegenden Forschungsarbeit wird ein bestimmter Aspekt dieser Frage behandelt. Hier geht es uns v.a. darum, Prägungen, Denkweisen und Verarbeitungsstrategien (von Ausgrenzung, Armut und Arbeitslosigkeit) der Frauen und Männer darzustellen, denn eine Politik, die Geschlechtergerechtigkeit befördern will, muss sich nicht nur mit institutionellen Rahmenbedingungen auseinandersetzen, sondern auch mit kulturellen Mustern, die unsere individuellen Haltungen mitbestimmen.

Was in den Interviews wie auch in der entsprechenden Forschung deutlich wird, ist, dass die Verteilung der unbezahlten Arbeit in Haushalt und Erziehung (Reproduktion) deutlich zulasten von Frauen geht. Eine hierarchische Ordnung der Geschlechter, die sich in den Beziehungen und Familien auch in der Zuweisung dieser unbezahlten (Sorge-)Arbeit für andere an Frauen manifestiert, geht in der Regel auch mit deren ökonomischer Abhängigkeit einher. Gleichzeitig haben Männer aufgrund ihrer größeren finanziellen Ressourcen eine Machtposition in der Familie. Frauen sind also sowohl in die Erwerbsarbeit eingebunden als auch in die Organisation des Reproduktionsbereiches. Die Soziologin Regina Becker-Schmidt (1987) prägte dafür den Begriff der „doppelten Vergesellschaftung“ von Frauen. Gerade in konservativ strukturierten Wohlfahrtsstaaten wie Österreich wird die Zuweisung des Reproduktionsbereiches an Frauen strukturell unterstützt, weil etwa Kinderbetreuung in erster Linie als familiäre Aufgabe definiert wird und institutionelle Kinderbetreuung und -erziehung, im Vergleich zu den universalistischen skandinavischen Wohlfahrtsstaaten, dementsprechend schwach ausgeprägt ist.

Vor diesem Hintergrund, aber auch verstärkt durch einen konservativen öffentlichen Diskurs, der institutionelle Kinderbetreuung (entgegen pädagogischer Erkenntnisse) abwertet, wählen insbesondere gering qualifizierte Frauen, wenn die Erwerbsarbeitsmarktintegration wenig aussichtsreich ist, die Rolle der Hausfrau und/oder Mutter. Diese „Alternativrollen-Strategie“, wie sie Klaus Dörre (2007) bezeichnet, verstärkt das geschlechtsspezifische innerfamiliäre Machtgefälle und bringt Frauen in Abhängigkeit, steht aber Frauen – im Gegensatz zu Männern – als gesellschaftlich anerkannte Alternative zur Erwerbsarbeit offen. In dieser Alternativrolle finden arbeitslose Frauen eher Anerkennung, während Männer in einer wenig geschlechteregalitären Gesellschaft wie Österreich ausschließlich in der Erwerbsarbeit eine gesellschaftlich anerkannte Rolle finden können.

Die Prägung geschlechtlicher Identitäten ist hier nach wie vor sehr traditionell (vgl. z.B. Dörre 2007), was etwa auch an der Beteiligung von Vätern/Männern an Kindererziehung und Hausarbeit deutlich wird. Die Betreuung von Kindern unter zwei Jahren liegt so nach wie vor fast ausschließlich in den Händen der Mütter, wie auch eine Studie der Statistik Austria zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie feststellt (Statistik Austria 2011, 16). Das drückt sich

auch in der Häufigkeit und der Dauer der Erwerbsunterbrechungen aus, die markante geschlechtsspezifische Unterschiede aufweisen und in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ausmaß und der Übernahme von Kinderbetreuungsaufgaben zu sehen sind. Im Jahr 2010 unterbrachen lediglich 6,4% der erwerbstätigen Männer, aber 87% der erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter acht Jahren ihre Erwerbstätigkeit, um für das jüngste im Haushalt lebende Kind zu sorgen. Auch wenn Männer ihre Erwerbstätigkeit unterbrachen, um die Kinderbetreuung zu übernehmen, taten sie das nur für kurze Zeit (ebd., 17).

Im Folgenden gehen wir in der Analyse der von uns geführten Interviews auf die Verteilung der Hausarbeit und der Kinderbetreuung und -erziehung ein. Wir fragten unsere InterviewpartnerInnen aber auch danach, wie sich ihre Arbeitslosigkeit auf ihre Partnerschaft bzw. Ehe und andere soziale Beziehungen auswirkt und haben Fragen zu Selbstbildern und damit einhergehenden geschlechtsspezifischen Unterschieden gestellt.

Unter den interviewten Personen befinden sich neun Männer und 13 Frauen, wobei fünf Personen in gemeinsamen Haushalten mit der Partnerin oder dem Partner leben, vier davon mit deren Kindern. Drei der Interviewten haben erwachsene Kinder, welche bereits außer Haus wohnen, und fünf der befragten Frauen sind alleinerziehende Mütter. Fünf der alleinlebenden Männer sind Väter, wobei die Kinder nicht bei ihnen wohnen.

2.2.1 Haushalt und Kindererziehung

Auch wenn das traditionelle Modell der Familienerhalter/Hausfrauen-Ehe schon seit geraumer Zeit erodiert, existiert es dennoch modernisiert weiter und bleibt in der Denkweise der Menschen und der Organisation ihres Alltags dominant. Frauen sind sehr viel stärker in den Erwerbsarbeitsmarkt integriert als etwa vor 20 oder 30 Jahren, an der Verteilung der unbezahlten Arbeit hat dies aber wenig verändert. Nach wie vor leisten Männer in Österreich nur etwa ein Viertel der unbezahlten Arbeit in Haushalt und Kinderbetreuung. Insbesondere wenn Kinder zu betreuen oder Angehörige zu pflegen sind, etabliert sich sehr rasch wieder eine traditionelle Rollenteilung, in der Männer die Familienerhalterrolle und Frauen die Pflege- und Erziehungsarbeit übernehmen (Bundesministerium für Frauen und Öffentlichen Dienst 2010, 429, 434). Hintergründe dafür sind einerseits sowohl strukturelle Bedingungen (Einkommensunterschiede, Ausrichtung der Kinderbetreuung) als auch individuelle Verhaltensweisen.

Auch bei den von uns interviewten Personen ist in dieser Hinsicht eine deutliche Differenz zwischen Frauen und Männern zu erkennen. Für Frauen ist es selbstverständlich und meist kaum erwähnenswert, die Haushaltsführung und Kinderbetreuung/-erziehung zu übernehmen. Männer betonen hingegen diese Arbeit, insbesondere neu erworbene Fähigkeiten im Haushalt sehr viel mehr: „*Natürlich, an das Bügeln habe ich mich gewöhnen müssen, also die erste Zeit haben die Hemden zerknitterter ausgeschaut nach dem Bügeln als wie frisch aus der Waschmaschine*“ (3, 99-101). Ein anderer Interviewpartner erzählt, dass er in der Arbeitslosigkeit die Hausarbeit übernommen hat, während seine Freundin erwerbstätig ist (2, 175-179). Ein 50-jähriger Mann betont: „*Früher war ich der Hausmann schlechthin (lacht). Habe sogar gebügelt und alles*“ (6, 124). Inzwischen lebt er allein und führt seinen Haushalt eher „*minimalistisch*“ (6, 126). Eine Frau von Ende 30 erzählt, dass die Hausarbeit in ihrer Partnerschaft auch vor der Arbeitslosigkeit ausschließlich ihr Zuständigkeitsbereich war: „*Ab und zu tut er was, dann wieder nicht. [...] Wenn es jetzt sein muss, dann tut er schon Staubsaugen*

oder irgendsowas“ (10, 66-68). Ein junger Mann, dessen Freundin erwerbstätig ist, übernimmt nun mehr Hausarbeit, sieht das aber als Übergangslösung während der Zeit seiner Arbeitslosigkeit (19, 69-80). Für eine junge Frau hat sich mit der Arbeitslosigkeit in der Verteilung der Hausarbeit kaum etwas verändert. Auch vorher war sie für die Hausarbeit allein verantwortlich, außer in bestimmten Ausnahmesituationen: „Wenn es einmal ist, [...] dass ich krank bin und es nicht schaffe, dann hilft er auch mit“ (4, 74-75). Die gleiche Interviewpartnerin berichtet, dass sich die Arbeitsteilung so eingespielt habe, seit sie wegen dem gemeinsamen Kind nicht mehr erwerbstätig ist (4, 79-83). Dass Arbeit von Männern im Haushalt als „Mit-Hilfe“ bezeichnet wird, macht deutlich, dass dies nicht die Normalität widerspiegelt, sondern eine Ausnahme ist. Frauen stellen in den Interviews ihre Verantwortung für den Haushalt kaum in Frage, während Männer ihre Haushaltstätigkeit besonders betonen oder als außergewöhnlich herausstellen.

In öffentlichen, politischen Diskursen ist die Verteilung der unbezahlten Reproduktionsarbeit kaum noch präsent. So wird auch die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in erster Linie als „Frauenproblem“ diskutiert und nicht als Frage der Verteilung zwischen den Geschlechtern. Das schlägt sich auch in den Aussagen der interviewten Frauen und Männer nieder. Nur ein junger Mann von Anfang 20 erzählt, dass er sich nicht nur die Hausarbeit, sondern auch die Kindererziehung mit seiner Partnerin aufteilt: „Meine Freundin und ich wechseln uns ab, wenn die Kinder aufstehen [...] und der andere schläft halt dann länger ein bisschen“ (9, 24-25).

Seine Partnerin ist nach der Karenz auch arbeitslos geworden. Wenn das Kind alt genug ist, um in die Krabbelstube zu kommen, soll sie sich um eine Teilzeitstelle bemühen, er möchte einen Vollzeitjob (9, 79-89). Die partnerschaftliche Teilung in Hausarbeit und Kinderbetreuung dürfte also als Ausnahme während der Arbeitslosigkeit verstanden werden. In anderen Interviews wird deutlich, dass die Kinderbetreuung eindeutig Aufgabe der Frauen ist und Männer eher Freizeitaktivitäten mit Kindern setzen: „Er geht normal arbeiten, von halb acht bis fünf, bis er dann daheim ist, ist es halb sechs, sechs. Dann tut er meistens noch ein bisschen etwas mit den Kindern“ (10, 63-65; vgl. auch 4, 65-68). Die Routinetätigkeiten wie das Kind anziehen, Essen kochen, in den Kindergarten bringen, Gänge zu ÄrztInnen oder TherapeutInnen mit den Kindern sind in der Regel die Tätigkeiten, die Frauen übernehmen (4, 63-64; 10, 42-48, vgl. auch Kammer für Arbeiter und Angestellte 2006, 64-70).

Gerade was die Kinderbetreuung und -erziehung anbelangt, ergeben sich Probleme, nicht nur aufgrund des Mangels an Einrichtungen, sondern auch aufgrund eines entsprechenden gesellschaftlichen Diskurses, der institutionelle Kinderbetreuung abwertet. Eine alleinerziehende Mutter von Anfang 30 erzählt, dass sie selbst von ihrer Großmutter betreut wurde, die selbstständig tätig war und so ihre Zeit selbstbestimmter einteilen konnte, was in ihrem Fall nicht möglich sei: „Ich muss ihn [Anm.: ihren 3,5-jährigen Sohn] wirklich mehr oder weniger abschieben“ (5, 77-78). Der Begriff „abschieben“ verweist auf den gängigen gesellschaftlichen Diskurs, aber auch darauf, dass die Situation einen inneren Konflikt für die Interviewpartnerin darstellt und sie die Betreuung ihres Kindes gerne anders lösen würde. Weiter erzählt sie:

Ich stecke mein Kind nicht den ganzen Tag in irgendeine Betreuung oder vom Kindergarten dann [zur] Tagesmutter [...], wo er mich dann vielleicht in der Früh gerade einmal eine halbe Stunde sieht, wo ich sage „komm, zieh Dich an,

tu weiter“, und hetzen und stressen, und dann den ganzen Tag bei irgendwem ist, der dann in dem Sinn die Erziehung übernimmt. Und dann am Abend darf ich ihn um sechs wieder haben und um sieben geht er ins Bett. Dann haben wir genau noch eine Stunde[...]. Und dann ist es gerade noch Essen, Duschen, Zähneputzen, ins Bett. Dazu brauche ich nicht Mama sein, tut mir leid (5, 130-138).

Für Probleme, wie übermäßigen Alkoholkonsum von Jugendlichen, macht sie die Betreuung und Erziehung von Kindern durch institutionelle Einrichtungen verantwortlich. Eine Ganztageskinderbetreuung kommt für sie deshalb nicht in Frage:

Die Erziehung von meinem Kind möchte ich schon selbst übernehmen. [...] Weil das ist meine Überzeugung und auch die von meiner Mama und von meiner besten Freundin, dass das eigentlich [...] das Hauptproblem ist, warum die mit 13 rotzbesoffen durch die Gegend fliegen. Weil, es ist keiner daheim (5, 138-144).

Eine andere Interviewpartnerin, die in einer Lebensgemeinschaft lebt, berichtet, dass ihr in einer Frauenberatungsstelle empfohlen wurde, eine Kinderbetreuung zu suchen, um nach viereinhalb Jahren wieder einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können: *„Aber ich weiß nicht, ich komme mir irgendwie vor wie eine Rabenmutter, die ihr Kind abschiebt“* (4, 265-266).

2.2.2 PartnerInnenschaft, Ehe, soziale Beziehungen

Die Umstände rund um die Arbeitslosigkeit verbunden mit der permanenten Ablehnung in Bewerbungsverfahren, die Umstrukturierung der zur Verfügung stehenden Zeit etc. beeinträchtigen das psychische Wohlbefinden und belasten mitunter auch die zwischenmenschlichen Beziehungen.

Sind in einer Partnerschaft beide von Arbeitslosigkeit betroffen, kann sich das sowohl negativ wie auch positiv auswirken. Diese Ambivalenz drückt ein junger Mann aus, indem er die Situation seiner arbeitssuchenden Freundin sehr einfühlsam beschreibt und auch zu erkennen gibt, wie gut der gemeinsame Alltag und die gemeinsame Sorge um das Kind funktioniert. Einige Zeilen später im Interview sagt er jedoch, dass die vielen erfolglosen Bewerbungen auch frustrierend für die Beziehung sind und sie deshalb eine Partnerberatung in Anspruch nehmen, da sie *„einfach 24 Stunden lang, 7 Tage in der Woche aufeinander kleben“* (9, 393-394).

Ähnlich ambivalent schildert ein 50-jähriger Mann seine Situation. Bei ihm ist zu erkennen, dass er das Verhalten und die Erfahrungen seiner seit kurzem ebenfalls erwerbslosen Frau idealisiert – *„Was sie anfängt gelingt ihr“* (2, 164) –, während er seine eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse in Bezug auf die Erwerbsarbeit als schlecht und unbrauchbar empfindet:

Alles was ich erreicht habe – musste ich kämpfen dafür. Kämpfen, kämpfen, kämpfen. Und meine Frau hat es irgendwie leichter. Vielleicht auch durch den Optimismus. [...] Ich schreibe Bewerbungen, ich schreibe keine schlechten Bewerbungen, ich habe keine hochqualifizierten Zeugnisse wie es meine Frau hat zum Beispiel. Also die hat Zeugnisse, die lesen sich, als ob sie in einem Studienabschluss den Professor gemacht hätte. Ich muß sagen, sie ist immer sehr, sehr, sehr gut beurteilt worden. Also sie hat Zeugnisse, da träumen viele davon nur (2, 164-166, 525-530).

Er ist zum Zeitpunkt des Interviews bereits ein Jahr arbeitslos. Arbeitslos wurde er aufgrund eines Burn-Out-Syndroms (2, 8), das er so begründet:

Durch das, dass ich vorher schon arbeitslos war, und ich dann gedacht habe, das ist die letzte Chance für mich zu arbeiten – mit fast 50 Jahren. Ich habe mich dann [...] total hineingekniet bei der Firma, bei der ich da war, habe das auch ganz gut hingekriegt [...]. Bin aber dann letztendlich in der Luft hängen lassen worden – ich habe das einfach nicht geschafft. Nicht mehr geschafft in dem Sinn, dass ich mich einfach übernommen habe (2, 10-16).

Obwohl er ein liebevolles Verhältnis zu seiner Frau beschreibt, berichtet er auch von Aggressionen gegenüber seiner Partnerin, die ihm, wie auch die lange Arbeitslosigkeit, zu schaffen machen:

Ich war gerade vorgestern bei der Psychiaterin, weil ich einfach mit der Situation, wie sie jetzt ist, nicht mehr zurecht komme. Ich brauche Hilfe von außen. Meine Frau kann mir nicht helfen. Das Problem ist nämlich, dass ich meine Frau selber angehe, also verbal, ich bekomme dann sehr aggressive Ausraster, sie dann de facto für viele Sachen verantwortlich mache, die weder haltbar noch in Ordnung sind (2, 31-36).

Eine Frau von Anfang 50 mit gesundheitlichen Problemen erzählt, dass ihr Partner ihr zu Beginn ihrer Erwerbslosigkeit unterstellte, dass sie nicht arbeiten wolle. „*Der hat am Anfang, wo wir uns kennen gelernt haben, auch gemeint, das geht vorbei, das ist halt nur ein paar Monate, (lacht) das ist jetzt 7 Jahre, 6, 7 Jahre [her]*“ (17, 269-270). Sie hat schließlich immer wieder Jobs angenommen, um dann feststellen zu müssen, dass sie aufgrund ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigung nicht dazu geeignet ist. Nach sieben Jahren vergeblicher Suche nach einer geeigneten Arbeitsstelle sieht auch ihr Partner die Problematik (17, 271-277).

Als unterstützend beschreibt eine junge Frau das Verhältnis zu ihrem Freund. Beide sind nicht erwerbstätig und in Ausbildung bzw. einem AMS-Kurs, sie motivieren sich gegenseitig und lernen gemeinsam (14, 916-924):

Ja, und es ist halt einfach einfacher, wenn man jemanden hat [...] der Dich in den Arm nimmt und sagt: „He, das wird schon alles, mei, Du bist halt arbeitslos, aber Du bist kein schlechter Mensch deswegen.“ Und das Gefühl hat man, glaube ich, viel zu oft (14, 933-934).

Ein junger Mann berichtet, dass sich die Situation in seiner Partnerschaft durch die Zusage einer Ausbildungsfinanzierung durch das AMS entspannt hat:

Dadurch dass sich das ganze stabilisiert hat und ich jetzt weiß, was in den nächsten zwei Jahren los ist, ich mein, was ist und ich die Ausbildung finanziert bekomme, heißt das, dass wir jetzt beide beruhigt sind. Davor war es sehr belastend, da man nicht weiß, wie geht es jetzt weiter, vor allem finanziell. Aber seitdem es abgesichert ist, dass ich die Ausbildung finanziert bekomme, seitdem ist es wieder ok für mich (19, 93-97).

Eine Frau, deren Partner nicht in Österreich lebt, berichtet, dass sie sich nicht mehr oft sehen können (22, 124). Für eine Reise ins Ausland müsste sie sich beim AMS abmelden und würde für die Zeit des Auslandsaufenthaltes den Bezug des Arbeitslosengeldes verlieren (22, 82-86).

Eine andere Interviewpartnerin schildert das Ende ihrer Beziehung zum Vater ihrer Kinder folgendermaßen:

Ja, er hat mich ziemlich unter Druck gesetzt immer, dass ich halt arbeiten gehen soll, weil man halt das Geld braucht und das Leben teuer ist. Aber ich wollte nicht, weil ich bei den Kindern bleiben wollte, vor zwei Jahren überhaupt, da war die Kleine erst neugeboren bzw. überhaupt ganz klein, dann wollte ich das auf keinen Fall (8, 92-95).

Aufgrund dieses Konfliktes entschied sich die Frau, ihren Mann zu verlassen und nach einem 20-jährigen Auslandsaufenthalt mit ihren Kindern nach Österreich zurückzukehren.

Auch die Beziehung zu den Kindern wird mitunter belastet. Ein Ende 30-jähriger Mann, der von der Mutter seines Sohnes getrennt lebt, erzählt, dass er sich die Besuche bei seinem Sohn nicht mehr leisten könne, obwohl dieser nur 100 Kilometer entfernt wohne (18, 88-89). Gemeinsame Freizeitaktivitäten sind auch nur mehr eingeschränkt möglich:

Wenn ich mit ihm schwimmen gehen will, will ein Kind natürlich meinetwegen ein Eis oder Pommes oder keine Ahnung was, und das muss man ihm dann mehr oder weniger verweigern, weil man es sich schlichtweg nicht leisten kann. Das hat zur Konsequenz, dass man sich drei Mal überlegt, ob man überhaupt noch etwas unternimmt (18, 90-94).

2.2.3 Geschlechterrollen und Selbstbilder

Unter unseren InterviewpartnerInnen zeigt sich überwiegend ein eher traditionelles Rollenverständnis, es wird aber auch Kritik daran geübt, dass etwa die Arbeitsteilung, insbesondere was die Kinderbetreuung anbelangt, traditionellen Mustern folgt. Ein älterer Mann drückt seine Anerkennung dafür aus, wie viele Frauen, die er kennengelernt hat, schwierige Situationen bewältigen: *„Meine Achtung vor den Frauen ist gestiegen. [...] Was Frauen heutzutage noch stemmen, was die machen. Alle allein mit den Kindern und das Finanzielle“* (1, 514, 526-527). Er übt auch Kritik an Männern, die ein konservatives Rollenverständnis haben, und meint, ein Problem sei,

dass viele Männer sich noch nicht auf den Weg gemacht haben. Und da können schon die Frauen mal sagen: „Es reicht jetzt“, diese Dominanz, die da ist. [Die Frauen] packen dann wirklich mit kleinen Kindern zusammen [...] und stemmen das Leben allein, ohne Mann. Die Männer sind dann meistens [...] einfach nicht mehr präsent. Außer vielleicht alle 14 Tage, [um] die Kinder zu verwöhnen und schauen, dass sie sie auf ihre Seite ziehen können. Das ist schon gesellschaftlich sehr [...] schade. [...] Aber, ich kann jetzt auch nicht sagen „Frauen, seid’s selber schuld. Hättet’s Euch in den 60igern oder 70igern nicht aufgemacht in die Emanzipation“. Ist halt so. Da muss man damit umgehen, wenn das Rollenspiel nicht mehr definiert ist (1, 560-568).

Diese Position stellt aber eher eine Ausnahme unter den InterviewpartnerInnen dar. Ein junger Mann von Anfang 20 betont, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen heute ganz selbstverständlich sei, er betont aber auch deren „Freiwilligkeit“: *„Ich finde, dass auch Frauen arbeiten gehen sollten, wenn sie wollen“* (9, 268-269). Er kritisiert auch die Diskriminierung von Frauen mit Betreuungspflichten (9, 270-271), bemerkt dann aber: *„Ich meine, ich möchte jetzt nicht, dass mir eine Frau meinen Job wegnimmt. Okay, aber wenn Frauen arbeiten wollen, sollen sie arbeiten gehen“* (9, 271-273). Die Konkurrenz, die Frauen am Arbeitsmarkt dar-

stellen, wird wahrgenommen, es erscheint dem Interviewpartner aber weniger legitim, wenn ihm eine Frau und nicht ein Mann „den Job wegnimmt“, weil er in der Erwerbstätigkeit von Frauen offenbar keine existenzielle Notwendigkeit erkennt. Diese erscheint mehr als eine Frage des Wollens und weniger der Existenzsicherung. Wie sich sowohl das Selbstverständnis von Frauen als auch gesellschaftliche Bedingungen (Familienkonstellationen, Arbeitsverhältnisse, Verdienstmöglichkeiten etc.) verändert haben, wird hier nur z.T. zur Kenntnis gekommen, ökonomische Abhängigkeit von Frauen und deren Konsequenzen werden nicht als Problem wahrgenommen. Ein anderer Mann von Mitte 50 hat eine ähnliche Haltung, wenn er meint: *„Wenn ein Familienvater, ein junger, arbeitslos wird, das ist dann schon grausig“* (11, 275). Existenzsicherung wird – nicht nur von diesem Interviewpartner – grundsätzlich als Aufgabe von Männern betrachtet. Auch eine 44-jährige Frau meint, dass die Arbeitslosigkeit von Frauen weniger gravierend sei als die von Männern – *„das wäre schlimmer, als wenn eine Frau keine Arbeit hat, mit Familie“* (8, 129).

Dementsprechend artikulieren auch manche der interviewten Frauen, dass Männer in der Arbeitslosigkeit einem größeren gesellschaftlichen Druck ausgesetzt sind als Frauen (17, 336-340; 20, 172-173): *„Ich glaub, Emanzipation hin oder her, es ist noch schlimmer, wenn der Mann nichts arbeitet in unserer Gesellschaft [...]. Und ich glaube, als Frau kannst Du immer noch die Schwache spielen, na ja spielen, es bleibt Dir ja nichts anderes über“* (17, 339-343). Hier klingt zwar Kritik an den Rollenbildern durch, dennoch wird die „Schwäche“ von Frauen als gegeben und nicht als gesellschaftlich konstruiert gesehen und es werden sehr klischeehafte Stereotype reproduziert: *„Mit einem Mann, mit der Männlichkeit verbindet man ‚stark‘ und ‚er kann anpacken‘. [...] Als Frau kannst Du immer noch einmal zum Weinen anfangen“* (17, 346-347, 351-352). Dass Frauen erfolgreich agieren können, indem sie Schwäche zeigen und ihnen damit eher Hilfe zuteil werden würde, meint auch ein 56-jähriger Mann. Grund für seine Annahme ist, dass er glaubt, dass Männer sich von Frauen leicht beeinflussen lassen würden, da sie in ihnen schutzbedürftige Personen sehen würden (11, 456-459):

Eine Frau findet ja zehnmal leichter jemanden, der sie unterstützt als ein Mann. [...] Eine Frau – [...] schön und lieb und zärtlich, da kann ihr gar nichts mehr passieren auf der Welt. [...] Ich will jetzt da nicht – wie soll ich sagen – die Frau dadurch nieder machen oder was, aber es ist einfach einmal eine natürliche, gegebene Sache (11, 476-482).

Dass Hilfe bzw. die Rolle der zu Beschützenden auch mit Abhängigkeit, Autonomieverlust und einer hierarchischen Geschlechterordnung einhergeht, wird hier nicht erkannt, auch nicht was es bedeutet, als Frau „Charme“ („schön“, „lieb“ und „zärtlich“ sein) einzusetzen oder einsetzen zu müssen, um z.B. die Existenz zu sichern. In gewisser Weise widerspiegelt sich dieses Verständnis auch in den Grundstrukturen sozialstaatlicher Politik. Soziale Risiken, die Frauen aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung tragen, sind deutlich schlechter abgesichert (z.B. der Rückzug aus der Erwerbstätigkeit wegen Kindererziehung oder Pflege). Frauen werden hier auf die Ehe oder Partnerschaft als „Institutionen“ sozialer Sicherheit verwiesen – freilich um den Preis der Abhängigkeit.

Der Druck, den Männer verspüren, wenn sie die Rolle als Familienerhalter nicht mehr oder nicht ausreichend erfüllen können, wird von Männern mehrfach thematisiert (3, 245-246, 253-257; 6, 150-152, 154-155; 11, 157-159; 18, 90-94) – aber auch von Frauen (8, 134-136; 12, 743-746; 17, 339-340; 20, 172-173). Eine 50-jährige Interviewpartnerin meint, dass Männern

in der Arbeitslosigkeit weniger Verständnis entgegengebracht werde (12, 745-746) und sie eher Anerkennung von Außen, durch die Berufsarbeit, brauchen würden als Frauen. Sie glaubt, dass ein

Mann schon irgendwie [...] eher eine Arbeit braucht, wo er zupacken kann [...] wo er gefordert wird und [...] Selbstwert bezieht als eine Frau. Weil eine Frau ist zum Beispiel in dieser ehrenamtlichen Tätigkeit, wenn man dann zu Kindern geht oder so, dann erfüllt einem das als Frau schon mehr [...], also zumindest bei mir ist das so, dass man dann gar nicht so diese Anerkennung vom Beruf braucht (12, 749-754).

Die Problematik, dass Frauen durch die Norm des männlichen Familienerhalters und durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung oft nicht in der Lage sind, ihre Existenz eigenständig zu sichern, wird nur von wenigen explizit thematisiert. Eine 40-jährige Frau sieht deshalb die einzige Chance ihre Situation zu verbessern in einer Beziehung: *„In der nächsten absehbaren Zeit werde ich eben Sozialempfänger bleiben. [...] Und aus diesem Rad werde ich in absehbarer Zeit nicht mehr raus kommen. So lange ich alleine bin, weil ich keine Beziehung führe, habe ich keine Chance raus zu kommen“* (15, 123-128). Vor allem alleinerziehende Frauen kritisieren, dass die Verantwortung für Kinder den Frauen zum Nachteil gereicht (15, 195-202):

Bei Männern wird nicht geschaut, ob jetzt Kinder in der Familie sind oder nicht. Das nimmt man leider da in Österreich als selbstverständlich, dass das die Frauen, also die Mütter machen [...]. Das ist ganz anders, wenn [...] ein Mann kommt mit Familie, [...] als wenn man sich als Frau bewirbt für den Job und auch eine Familie hat. [...] Bei Männern läuft das nicht so. Da nimmt jeder an, die Partnerin, also die Mama, wird sich um die Kinder kümmern und nicht einer selber (10, 187-191, 198-200).

Die zu geringen Betreuungsmöglichkeiten werden von vielen InterviewpartnerInnen kritisiert, mehr Verantwortungsübernahme von Männern wird aber weder von Männern noch von Frauen in Betracht gezogen oder als Wunsch artikuliert. Ein junger Mann von 21 meint: *„Ich meine, die Mutter muss sich ja auf den Kindergarten einstellen beziehungsweise auf die Krabbelstube und nachher auf die Arbeitszeiten“* (9, 289-290). Um dieses Problem zu lösen, wünscht sich die überwiegende Zahl der interviewten Frauen eine Halbtagesstelle. Eine Mitte 40-jährige alleinerziehende Frau mit zwei Kindern betont, dass es zu wenige Möglichkeiten gibt, Kinderbetreuung und Arbeitszeit zu vereinbaren; auch sie kritisiert, dass es zu wenige Halbtagesstellen gebe (8, 258, 262), denn *„die Halbtagsstellen sind ja total gefragt, denn jede Mutter wäre daran interessiert“* (8, 269). Eine 40-jährige Alleinerzieherin befindet sich in einer Zwickmühle: Sie sucht eine Halbtagesstelle, weil sie die Betreuung ihrer 5-jährigen Tochter sonst nicht regeln kann. Gleichzeitig betont sie, dass sie ohne Ganztagesjob aus ihrer Situation – sie bezieht derzeit Notstandshilfe – nicht herauskommen könne; auch weil die Betreuungsangebote für Kinder im Schulalter, v.a. in den Ferien, mangelhaft seien (15, 18-19, 112-122). Das heißt, dass alleinerziehende Frauen mit betreuungsbedürftigen Kindern oft eine finanzielle Mangelsituation in Kauf nehmen müssen. Auch sozialwissenschaftliche Studien belegen immer wieder, dass Frauen in Teilzeitbeschäftigung arm oder armutsgefährdet sind, wenn sie keinen Partner haben, problematisch sind aber auch die – in Tirol besonders – geringen Einkommen (vgl. AK-Tirol 2010).

Kinderbetreuungsaufgaben dienen auch der Legitimation, ihre Arbeitslosigkeit wird den Betroffenen kaum zum Vorwurf gemacht. Deshalb sehen v.a. jene Frauen mit Kindern ihre Arbeitslosigkeit anders als Männer oder Frauen ohne Betreuungspflichten. Das spiegelt ihnen auch ihr Umfeld und die Gesellschaft wider: „Über Arbeitslosigkeit sprechen wir nicht direkt, weil es weiß jeder, mit einem Kind hat man sowieso genug Arbeit“ (15, 137-138). Eine 23-jährige Mutter, die mit ihrem Freund zusammenlebt, berichtet, dass ihr Freundeskreis akzeptiert, „dass ich daheim bin, sie sehen auch, dass ich auch daheim etwas zu tun habe“ (4, 134-136). Eine Alleinerzieherin berichtet:

Viele [sehen] das jetzt gar nicht als Arbeitslosigkeit an [...], weil ich ja mit den Kindern daheim bin. Viele sagen ja, wenn ich jetzt sage, ich bin auf Arbeitssuche [...], ja bei Dir ist das jetzt gar nicht so wirklich relevant, dass Du jetzt gleich gehst, weil die Kleine ja doch erst drei ist (8, 60-63).

Sie selbst möchte aber dennoch möglichst schnell wieder Arbeit finden,

weil je später das wird, ich bin auch schon 42, [...] desto schwieriger wird das dann wieder, was zu finden. Auch wenn ich jetzt nur halbtags was suche, möchte ich schon schauen, dass ich wieder reinkomme [...]. Jetzt bin ich schon über sechs Jahre heraus aus dem Berufsleben und deswegen merk ich, dass es schon ziemlich schwierig ist, dass man wieder reinkommt (8, 63-68).

Kinderbetreuung und Haushaltsführung scheinen eine Alternative zur Erwerbsarbeit, die die Arbeitslosigkeit – im Gegensatz zu Männern – legitimieren. Damit wird aber auch eine hierarchische Geschlechterordnung verfestigt bzw. ökonomische Abhängigkeit bzw. im Fall von alleinlebenden Frauen Armut reproduziert.

Manche Frauen beschreiben aber auch, dass es ihnen zum Vorwurf gemacht wird, dass sie Kinder haben. Eine 23-jährige Mutter berichtet, dass ihre Familie ihr vorwarf, dass sie nur ein Kind bekommen habe, um nicht arbeiten gehen zu müssen (4, 149-152). Auch eine Alleinerzieherin von Anfang 30 berichtet, dass ihr gesagt wurde: „Du hast ja auch nur ein Kind bekommen, damit Du nicht arbeiten gehen musst“ (5, 23-24). Bei der Wohnungssuche wurde das Faktum, dass sie ein Kleinkind hat, zum Problem gemacht (5, 24-26). Sie hat auch das Gefühl, dass ihr angelastet wird, dass der Vater des Kindes sie verlassen hat (5, 379-379, 391-393), und kritisiert, dass sich der Vater ihres Kindes nicht für ihr Kind interessiert und keine Alimente bezahlt (5, 363-368). Eine 40-jährige Frau berichtet, dass ihr ein Bekannter vorwarf: „Wieso hast Du Dir auch ein Kind andrehen lassen?“ (15, 308), da sie ohne Kind leichter Arbeit finden würde. Frauen sind hier mit widersprüchlichen Anforderungen konfrontiert. Denn einerseits sind kinderlose Frauen oft massiver Kritik ausgesetzt, es wird ihnen Egoismus, „Karriere“-Sucht oder Ähnliches vorgeworfen. Andererseits sind Frauen mit Kindern – wenn sie keinen Partner haben – ebenso mit Kritik konfrontiert, insbesondere, wenn sie in eine existenziell schwierige Situation geraten, wie in der Arbeitslosigkeit. Die Empörung darüber wird bei manchen der interviewten Frauen sehr deutlich (4, 148-160; 5, 28-38, 363-388).

2.3 Persönliches Erleben und Umgang mit der Situation

Tobias Rettenmeier & Theresa Hutter

Vor dem Hintergrund der Individualisierung sozialer Ausgrenzung im Sinne der Zuschreibung von Eigenverantwortlichkeit und Schuld und damit der Umwandlung von strukturellen Problemen in persönliches Versagen wurden die InterviewpartnerInnen dieses Forschungsprojektes auch dazu befragt, worauf sie selbst ihre Arbeitslosigkeit zurückführen und wie sie sich ihre jetzige Situation – auch im Hinblick auf die persönliche Biografie – erklären. Wie im ersten Abschnitt der folgenden Auswertung der Interviews ersichtlich wird, spielen individuelle Gründe bei der Suche nach Ursachen und Erklärungen für die eigene Situation der Arbeitslosigkeit zwar eine Rolle, es überwiegen aber von den InterviewpartnerInnen angeführte strukturelle Gründe. Die jeweiligen Gründe werden oft ausführlich beschrieben und in den Erzählkontext eines kohärenten, plausiblen Erklärungsmusters eingebunden. Aus der Perspektive der Betroffenen wird somit die eigene Arbeitslosigkeit nicht auf individuelles Versagen reduziert.

Aus den 22 geführten Interviews wurden auch jene Aussagen zusammengefasst und anschließend im zweiten Abschnitt dieses Kapitels interpretiert, die Hinweise darauf enthalten, wie von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen mit ihrer Situation umgehen und welche Selbstbilder, Gefühle und Strategien hier zum Tragen kommen.

Die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf sehr persönlicher, individueller Ebene finden sich insbesondere in den Antworten auf die Frage nach dem persönlichen Wohlbefinden, die im dritten Abschnitt dargestellt und interpretiert werden. Zur ohnehin schwierigen Situation der Arbeitslosigkeit müssen oft zusätzlich noch psychische und physische Folgeerscheinungen bewältigt werden.

Dieses Kapitel schließt mit der Frage, ob und welche Handlungsmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven von den InterviewpartnerInnen gesehen werden.

2.3.1 Erklärungsmuster für die eigene Arbeitslosigkeit

Die Analyse und Interpretation der Interviews lässt erkennen, dass es drei Erklärungsmuster für die eigene Arbeitslosigkeit gibt. Das erste Muster zieht ausschließlich individuelle Ursachen als Erklärungen heran, im zweiten Muster werden ausschließlich strukturelle Argumente angeführt. Am häufigsten ist allerdings das Muster, das individuelle und strukturelle Gründe kombiniert.

Individuelle Gründe

Bei den (vorrangig) individuellen Gründen wurden die Faktoren Krankheit, Sinnverlust, fehlende Qualifikation und Kinder genannt. Selbst in dieser Kategorie von Erklärungen werden aber nicht ausschließlich individuelle Gründe genannt. Es ist auch eine Frage der Perspektive, ob eine fehlende Qualifikation oder der subjektive Sinnverlust an der eigenen Arbeit rein individuelle Faktoren sind oder ob dies nicht zu kurz greift und möglicherweise das Schulsystem oder die Gestaltung des Arbeitsplatzes oder der Tätigkeit dabei als strukturelle Faktoren ebenso eine Rolle spielen.

Vor allem die Frage nach dem Sinn der eigenen Arbeit scheint für die InterviewpartnerInnen sehr relevant zu sein. Ein Interviewpartner reduziert das eigene Arbeiten sogar auf die Sinn-

frage: „Ja aber ich kann dann schon noch 10, 20 Jahre arbeiten – wenn es Sinn macht. Das ist keine Geldfrage für mich, das ist eine reine Sinnfrage“ (1, 106-107).

Ein anderer Interviewpartner stellt ebenfalls die subjektive Sinnhaftigkeit der Arbeit an erste Stelle und betont nachdrücklich, dass er nicht ausschließlich für Profitmaximierung arbeiten möchte:

Und beschlossen habe ich, wenn ich jetzt noch einmal einsteigen würde, bräuchte ich etwas Sinnvolles, das mir selbst etwas gibt und das auch anderen Menschen etwas gibt und nicht nur irgendwelche Bonzen füttert (6, 67-69).

Nachdem eine Interviewpartnerin feststellte, dass sich ihre Unzufriedenheit „körperlich geäußert“ (20, 37-38) hatte, formuliert sie ihre subjektive Suche nach dem Sinn der eigenen Arbeit folgendermaßen: „In meinem Fall war es immer von innen heraus mein Wunsch der Veränderung, weil ich gemerkt habe, dass ich nicht am richtigen Platz bin“ (20, 44-45). Diese hier angesprochenen „körperlichen Äußerungen“ haben sich bei einer Interviewpartnerin auch zu einer akuten Krankheit verfestigt (17, 282-293).

Ein weiterer individueller Faktor, der als Erklärung für die Arbeitslosigkeit verwendet wird, ist die fehlende Qualifikation. Im Falle einer Interviewpartnerin, die diesen Grund anführt, liegt zwar eine abgeschlossene Allgemeinbildende Höhere Schulbildung vor, jedoch sind keine weiteren formalen beruflichen Qualifikationen vorhanden. So stellt die Interviewpartnerin schlicht fest: „Ich meine, mein Problem ist, dass ich überhaupt keine Qualifikation in dem Sinn habe“ (6, 256-257).

Der Faktor „Kinder“⁶ als angeführter Erklärungsgrund ist sehr vielseitig. Zum einen geht es um Möglichkeiten der Kinderbetreuung, was aber ein struktureller Faktor ist, zum anderen wurde bei den Interviews aber auch der unbedingte Wunsch geäußert, die eigenen Kinder selbst zu betreuen und zu erziehen. Diesem Wunsch und damit der Ablehnung einer umfangreicheren Fremdbetreuung wurde der Vorrang gegenüber einer Berufstätigkeit gegeben. Eine Interviewpartnerin beschreibt die Anforderung der Berufstätigkeit und den dazu im Widerspruch stehenden eigenen Wunsch, als Mutter selbst für das Kind zu sorgen, mit folgenden Worten:

„Aber sobald Du das Kind bekommst, wirst Du dann wohl bald wieder arbeiten gehen nach den acht Wochen“. Da habe ich gesagt: „Entschuldigung? Ich brauche kein Kind, dass ich es abschiebe“. Und mir ist aufgefallen, es wird halt einfach ignoriert, dass man Mutter ist (5, 36-38).

Außerdem wurde als weiterer individueller Erklärungsfaktor die zeitliche Gebundenheit genannt, beispielsweise im Fall einer Mutter, deren Kind wöchentliche Logopädiestunden erhält (4, 4-7).

Strukturelle Gründe

Bei dem Erklärungsmuster, das die strukturellen Gründe in den Mittelpunkt rückt, werden v.a. die Überlastung am Arbeitsplatz, die Beschaffenheit des Arbeitsmarktes, insbesondere das Nicht-Vorhandensein von Teilzeitstellen und die Diskriminierung von älteren ArbeitnehmerInnen, Defizite bei der Kinderbetreuung, ein schlechtes Klima und die Auflösung der

⁶ Vgl. dazu auch die Auswertung zu 2.2 „Geschlechtsspezifischen Aspekte“.

Organisation genannt. So stellt einer der Interviewpartner fest: *„Zur Arbeitslosigkeit, ja, ist es gekommen weil die letzte Firma in Konkurs gegangen ist, dort war ich Büroleiter, Ökobau und Handel“* (3, 17-18). Als weitere strukturelle Schwierigkeiten werden oft die Schnittstellen zwischen Karenz und Beruf sowie Arbeitslosigkeit und Wiedereinstieg genannt.

Die Überlastung am Arbeitsplatz wurde in dem Absatz, der die kombinierten Erklärungsmuster behandelt, schon erwähnt. Allerdings gehört dieser Faktor primär zu den strukturellen Gründen, auch wenn individuelle Komponenten hinzukommen können. Die Überlastung führte bei einigen InterviewpartnerInnen zu körperlichen Symptomen (2, 46-52), Burn-Out (2, 8), Kündigung aus Selbstschutz (6, 55-56) oder auch zum Verlust der Motivation an der eigenen Tätigkeit (6, 63-64).

Das Problem der Beschaffenheit des Arbeitsmarktes taucht in mehreren Facetten auf. Eine Interviewpartnerin, die ein vierjähriges Kind hat, kritisiert beispielsweise die mangelnde Flexibilität seitens der Arbeitgeber: *„Und da hat die Chefin auch gesagt: ‚Nein, ich brauche Dich entweder den ganzen Tag oder gar nicht‘“* (4, 22-23). Später stellt sie fest, dass sie dieses Problem auch bei anderen potentiellen ArbeitgeberInnen hat:

Ja eben, das ist ja das Problem. Ich war mich schon vorstellen bei Firmen, da habe ich gesagt, da ich ein Kind habe, kann ich nur beschränkt arbeiten. Für Nachmittag habe ich niemanden. Da hat man mir schon die Bewerbung ins Eck geschmissen, hat gesagt, tut mir leid, wir melden uns wieder (4, 103-105).

Eine andere Facette der Beschaffenheit des Arbeitsmarktes betrifft den Umgang mit den älteren ArbeitnehmerInnen. Sehr deutlich bringt das ein 50-jähriger Interviewpartner auf den Punkt, wenn er sagt:

Mit 50 ist man, ich sage mal, ein Beiwerk, das man günstig bezahlen kann, [oder das man] [...] irgendwo parkt wie zum BFI. Man [steht] mit 50, wenn man nicht gerade ein Bankdirektor ist oder einen Titel hat oder nicht irgendwo Vitamin B hat, [...] dann irgendwo auf verlorenem Posten da (2, 38-40).

Der Faktor „Alter“ wird von vielen InterviewpartnerInnen genannt, einmal ist sogar von einem *„Herausmobben“* aufgrund des Alters die Rede: *„Zuerst wird man gemobbt, dann schauen die Chefs, dass die Nerven nachlassen und dass man so geht“* (7, 234-235).

Auch Kindertagesbetreuung steht nicht flächendeckend und in ausreichendem Maß zur Verfügung, was auch mit dem Wunsch nach Teilzeitstellen in Zusammenhang steht. Dazu eine Interviewpartnerin: *„Die Ganztageskinderbetreuung fängt jetzt erst am 7. November an bei uns im Dorf, sonst wäre es [Anm.: ein Stellenangebot] von meiner Seite aus kein Problem“* (4, 115-116).

Das oben angesprochene Schnittstellenproblem äußert sich auf verschiedene Arten. Immer wieder berichten v.a. alleinerziehende Mütter, dass sie nach der Karenz arbeitslos werden (8, 4-6), auch ein Vater hat das Problem, nach der Karenz keinen Anschluss mehr zu finden (9, 174-182). Eine andere Interviewpartnerin erzählt von Problemen beim Übergang von der Langzeitarbeitslosigkeit in eine Vollzeit-Weiterbildung, weil sie von *„praktisch Null Stunden Arbeitszeit“* (12, 49) wieder ohne Übergangszeit auf *„mit der Fahrzeit [...] dann 48 oder 49 Stunden in der Woche“* (12, 51-52) aufstocken musste.

Zusammenfassend lässt sich aus diesen Aussagen schließen, dass hier eine Individualisierung bezogen auf die Ursachenzuschreibung bei den von Arbeitslosigkeit Betroffenen nicht oder nur sehr begrenzt zu erkennen ist. Es sind zwei Erklärungsmuster sowie eine Kombination aus beiden erkennbar. Insgesamt überwiegen die strukturellen Erklärungen sowie die Mischformen.

Allerdings ist auch zu beachten, dass einige Faktoren sowohl eine individuelle als auch eine strukturelle Komponente beinhalten. Teilweise ist nicht eindeutig ersichtlich, welche Seite betont wird, die individuelle oder die strukturelle. Als Beispiel sei hier der Faktor „Alter“ angeführt: Am Arbeitsmarkt werden ältere Menschen benachteiligt, aber es sind die einzelnen Menschen selbst, die das jeweilige Merkmal erfüllen. Demnach könnte eine Individualisierung hier auch in der Form stattfinden, dass die betroffenen Menschen sich selbst für ihr Alter die „Schuld“ geben und weniger die strukturelle Komponente wahrnehmen. Ein Anzeichen für diese Uneindeutigkeit findet sich beispielsweise in der Aussage eines Interviewpartners über die Belastung am Arbeitsplatz: *„Das war noch die Zeit, wo es nur um husch husch ging, wie soll ich sagen, da musste ich immer die Augen zudrücken, einfach das Klima, da bin ich einfach zu alt dafür“* (1, 111-112). Der Interviewpartner gibt sich letztlich selbst die Schuld für seine geringere Leistungsfähigkeit im höheren Alter. Würde die strukturelle Komponente der Diskriminierung älterer ArbeitnehmerInnen in den Vordergrund rücken, würde beispielsweise eine Rücksichtnahme in Bezug auf Arbeitsanforderungen an ältere ArbeitnehmerInnen betont.

Kombination aus individuellen und strukturellen Gründen

Ein Beispiel für dieses Muster ist die folgende Aussage eines Interviewpartners, der die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 auch als seine persönliche Krise beschreibt:

Da war dann nichts mehr – da hätte ich kämpfen müssen, um einen Auftrag zu bekommen. Das war für mich dann nicht mehr sinnvoll. [...] Es waren auch private Umstände, die mich sehr strapaziert haben. Der Vater ist gestorben, die Beziehung ist auseinandergegangen, der Lebensinhalt war plötzlich weg (1, 15-19).

Die Wirtschaftskrise wird als belastender Faktor angeführt, die Auslöser für die Arbeitslosigkeit waren dann aber schließlich private Gründe.

Auffallend oft wird in den Interviews auch eine Überlastung am Arbeitsplatz genannt, die zu psychischen oder somatischen Symptomen führt. Dieser angeführte Grund ist primär struktureller Natur, allerdings erwähnen die InterviewpartnerInnen oft auch eine individuelle Komponente, weshalb dieser Faktor auch in das „kombinierte Erklärungsmuster“ fällt. Beispielhaft für diese Erklärung ist die Aussage eines Interviewpartners, wonach die Sanierung der Organisation, die Folgen eines Unfalls, die persönliche Einstellung und eine Suchtproblematik zur Arbeitslosigkeit geführt haben:

Also vor ziemlich genau drei Jahren habe ich einen Unfall gehabt und die Heilung hat ein bisschen zu lange gedauert. Die Firma war auch [...] im Umbruch, Sanierungsphase oder wie man das nennt. [...] Und da haben sie einen neuen Chefsanierer bekommen, der [...] hat mir dann den Vorschlag gemacht, ich soll auf Entzug gehen [...], dann kann ich meinen Job auch wieder haben, wenn ich wieder gesund bin. Mir ist das dann ein bisschen viel geworden. Zu viel der

Demütigung. [...] Dann habe ich mich ein bisschen stur gestellt. Abgesehen davon war ich damals auch ziemlich abgearbeitet (6, 3-11).

Auch das Burn-Out-Syndrom wird als Erklärung genannt. Der betreffende Interviewpartner gibt dabei primär seinem eigenen Perfektionismus die Schuld, gleichzeitig hat er sich vom Arbeitgeber durch nicht gehaltene Versprechen allein gelassen gefühlt:

Ich habe es nicht geschafft. [...] Ich wollte es einfach perfekt machen. [...] Und da bin ich einfach in der Luft gehängt. Und dann hat es bei mir Klack gemacht. Dann war ich in der Klinik und da hat es mich während der Untersuchung zusammengehauen, ich habe nur noch geweint, ich habe gesagt, ich kann nicht mehr (2, 15-16, 27-30).

Weil das Burn-Out-Syndrom grundsätzlich aus einer Wechselwirkung zwischen persönlichen und organisationalen Gründen entsteht⁷, wurde die Arbeitslosigkeit aufgrund von Burn-Out diesem Erklärungsmuster zugeordnet.

2.3.2 Eigener Umgang mit der Situation

Die Unterkategorie „Eigener Umgang mit der Situation“ wurde ausgehend von der Analyse der Interviews in drei Dimensionen unterteilt: die Selbstbilder der InterviewpartnerInnen, die mit der Arbeitslosigkeit verbunden Gefühle und die Strategien im Umgang mit der eigenen Arbeitslosigkeit.

Selbstbilder

In Bezug auf die Selbstbilder hat die Arbeitslosigkeit v.a. auf den Selbstwert einen großen Einfluss. Ein 38-jähriger Vater berichtet beispielsweise davon, dass *„es immer enger wird“* und die Arbeitslosigkeit anfängt *„am Selbstwertgefühl zu nagen“* (18, 149-150). Einen besonders krassen Wandel des Selbstbildes lässt einer der Interviewpartner erkennen. Er beschreibt sich als ehemals *„gesunder, vitaler, dynamischer, erfolgsverwöhnter Mann mit lässiger Partnerin und coolem Auto“* (1, 24-25), durch seine Arbeitslosigkeit wurde er aber *„sehr betrübt [und] leicht depressiv“* (1, 30). Auch andere InterviewpartnerInnen erwähnen diese Problematik (3, 170; 6, 303). Die neuen Lebensumstände müssen individuell verarbeitet werden: *„Früher war ich ein absolutes Arbeitstier und jetzt bin ich zum Nichtstuer geworden“* (6, 41-43). Einmal wird das Selbstwertgefühl auch als *„Stolz“* beschrieben, später aber wieder umbenannt: *„Ja, vielleicht müssen wir dieses Wort mit Selbstwert ersetzen. Stolz ist tatsächlich hier negativ behaftet“* (17, 185-186).

Viele InterviewpartnerInnen scheinen auch eine Art „typischen Arbeitslosen“ im Kopf zu haben, von dem sie sich abzugrenzen versuchen. Das eigene Selbstbild wird entgegen gängigen Klischees über Arbeitslose entworfen. Dies veranschaulicht beispielsweise die Aussage eines Interviewpartners bezüglich der Kurse des AMS: *„Man hört ja so einiges über die Typen, die da drin sitzen“* (1, 63-64). Ein anderer Interviewpartner sagt über seine (tätowierten) Mit-Kursteilnehmer:

Das ist das, wo es auch krankt meiner Meinung nach. Die haben natürlich auch ein Recht auf Hilfe, aber ich kann mich doch nicht – ich mein, ich bin auch tätowiert. Aber – Du hast nichts davon gesehen?! Und das ist es (2, 458-459).

⁷ Vgl. beispielsweise <http://www.das-burnout-syndrom.com/ursachen.htm> [Zugriff 27.10.11].

Und weiter: „*Nein, da muss ich sagen, die nutzen – also wenn wir da sagen, Soziale Hängematte, dann muss ich schon sagen: Die ja. Die nutzen es schon aus*“ (2, 462-464). Offensichtlich gibt es also nicht nur eine Ausgrenzung der Arbeitslosen, die ebenso in medialen und politischen Debatten vertreten wird, durch jene, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sie wird z.T. auch von den Arbeitslosen selbst übernommen und reproduziert.⁸

Gefühle

Abgesehen von den bereits beschriebenen negativen Auswirkungen auf Selbstwertgefühl und Stolz äußern sich die InterviewpartnerInnen auch über Gefühle der Überforderung und Hoffnungslosigkeit, Scham, Schuld und über das „schlechte Gewissen“.

Depressionen bzw. depressive Verstimmungen werden öfter erwähnt (1, 30; 3, 170) und es kann auch eine gewisse Passivität festgestellt werden. Einer der Interviewpartner bezeichnet sich selbst als „*unvermittelbar*“ (1, 242). Eine Interviewpartnerin berichtet vom Gefühl der Überforderung durch den Arbeitsmarkt und das AMS, was zu Hoffnungslosigkeit führt: „*Man liest und liest [Anm.: Stellenanzeigen] und denkt: ‚Ich kann das alles nicht‘*“ (12, 377-378). Eine Hypothese dazu wäre, dass dieses Gefühl der Überforderung u.a. daher kommt, dass eine wichtige Quelle des Erlebens der eigenen Kompetenz – ein Arbeitsplatz – fehlt. Es könnte also eine wechselseitige Verstärkung vorliegen.

Ein anderes oft genanntes Gefühl ist die Scham. Eine Interviewpartnerin äußert sich z.B. in Bezug auf das Modell des Grundeinkommen folgendermaßen: „*Dann wäre das nicht so, beschämend, sagen wir.*“ (12, 456-457). Eine andere Interviewpartnerin berichtet, dass sie sich aus Scham nicht von der Rezeptgebühr befreien lässt, obwohl sie dazu berechtigt wäre (14, 939-945). In einem dritten Beispiel berichtet eine Interviewpartnerin davon, dass sie sich früher eine Zeit lang nicht mehr getraut hat, während der „*normalen*“ Arbeitszeiten den Aufzug ihres Hochhauses zu benutzen, weil sie dort Nachbarn treffen könnte, die dann Fragen stellen würden (17, 297-306).

Auch negative Zuschreibungen⁹ werden im Zusammenhang mit den Gefühlen angesprochen, das „schlechte Gewissen“ muss also nicht immer von „innen“ kommen, es wird auch an die Betroffenen herangetragen und dann von ihnen selbst übernommen: „*Ja, da fühlt man sich dann nach Gesprächen [Anm.: mit Bekannten] einfach als Schmarotzer, dass man jetzt nicht mehr arbeiten will. [...] Das spürt man schon und dann kriegt man doch ein schlechtes Gewissen*“ (10, 111-117).

Auf der anderen Seite zeigen sich InterviewpartnerInnen auch sehr widerstandsfähig¹⁰ und optimistisch. Eine Interviewpartnerin scheint zwar zu akzeptieren, dass sie an der Situation an sich nichts ändern kann, aber sie gibt an, nach dem Motto zu leben: „*Das Beste daraus machen aus dem, was man hat*“ (5, 542). Weiter gibt sie an, „*halt das Positive heraus zu ziehen*“ und „*die Zeit auch dafür [zu nutzen], dass der Kleine was davon hat*“ (5, 526-527). Ein

⁸ Vgl. dazu auch die Auswertung zu 2.5 „Wahrnehmung von medialen Diskursen“.

⁹ Der dafür verwendete Begriff des „Etikettierens“ kommt aus dem soziologischen Labeling-Approach und bezieht sich darauf, dass nach einer wahrgenommenen primären Abweichung eine Zuschreibung von Eigenschaften stattfindet und das Subjekt sich dann auch diesen Zuschreibungen und Erwartungen entsprechend verhält (Peters 2009, 113).

¹⁰ Aus psychologischer Sicht wird in diesem Zusammenhang der Begriff der Resilienz verwendet, der sich auf die relative Widerstandsfähigkeit bezieht, die sich nach überwundenen Lebenskrisen aufbaut und die Person befähigt, sich gegen schädigende Einflüsse und Umstände zu schützen (Hagen/Röper 2009, 15).

weiterer Interviewpartner betont ebenfalls eine gewisse Akzeptanz der eigenen Situation: „*Ich bin zwar arbeitslos, aber ich bin zufrieden mit meinem Leben. Das Leben ist einfach so, wie es ist*“ (21, 84-85).

Strategien

In Bezug auf den Umgang mit der Arbeitslosigkeit lassen sich mindestens fünf verschiedene Strategien identifizieren. Bei der ersten Strategie geht es darum, dass man sich durch das Einbezahlen in die Sozialversicherungen das Recht „verdient“, auch Leistungen zu bekommen. Das ist genau der Versicherungsgedanke, der auch hinter den Leistungen steht. Allerdings bietet das Faktum des Einbezahlens darüber hinaus für die Betroffenen selbst eine Bewältigungsstrategie¹¹: „*Also da ist ein bisschen Geld in die Sozialkasse geflossen, die mir moralisch so a bisserl a Ausrede bietet, ich kann vom Staat schon a bisserl was zurückbekommen*“ (1, 77-79). Gleichzeitig dient das Einbezahlen auch als „Rechtfertigung“ gegenüber dem sozialen Umfeld: „*Weil ich gesagt habe, für Arbeitslosengeld habe ich bezahlt*“ (6, 74). Am deutlichsten wird dies in folgender Interviewpassage:

Wissen Sie, wenn ich ehrlich sein darf, ich habe 25 Jahre in diesem Land gearbeitet, ich habe auch Steuern bezahlt. Und jetzt brauche ich halt auch Hilfe. Ich habe 25 Jahre auch anderen mit meinen Steuern geholfen. Es beruht alles auf Gegenseitigkeit (21, 102-204).

Eine zweite Strategie, die man Bilanzierung nennen könnte, stellt die Abwägung der Erträge des Arbeitens mit dem damit verbundenen Aufwand in den Mittelpunkt. Dabei können verschiedene Argumente in die Waagschale geworfen werden. Ein Argument für die Position „Eigentlich muss ich ja gar nicht arbeiten“ ist folgende Aussage: „*Ab einem gewissen Alter hat man dann das Wohnthema oder sonstige, das Kinderthema oder so was, nicht mehr, Du hast ja kaum mehr finanzielle Belastungen*“ (1, 271-273). Auch die Sinnfrage kann Teil der Bilanzierung sein (1, 107), sie ist eine mögliche Strategie im Umgang mit Arbeitslosigkeit, bei der die Norm („Man muss arbeiten gehen“) in Frage gestellt wird.

Die dritte Strategie, die im Laufe der Interpretation identifiziert wurde, ist die Abgrenzung von anderen Arbeitslosen bzw. sogar deren Abwertung, die auch bei den Selbstbildern wirksam wird.¹² Eine mögliche Funktion dieser Strategie könnte die Rechtfertigung nach innen und außen sein, d.h. die Rechtfertigung vor sich selbst und vor dem sozialen Umfeld, um nicht zu den „faulen“ oder „schlechten“ Arbeitslosen zu gehören. Eine Interviewpartnerin sagt beispielsweise über die „Sozialschmarotzerdebatte“, dass sie sich nicht betroffen fühlt, und führt folgende Begründung an: „*Weil ich von mir aus sagen kann, mit bestem Gewissen, dass ich mich echt bemühe, es ist jetzt nicht so, dass ich jetzt sage, ich nutze das jetzt aus*“ (8, 221-223). Hier wird also implizit zwischen „guten“ und „schlechten“ Arbeitslosen unterschieden, nämlich solchen, die sich bemühen, und solchen, die sich nicht (genug) bemühen.

Diese Strategie wird allerdings nicht nur als Erklärung und/oder Rechtfertigung verwendet, sie dient auch zur eigenen Motivation, man könnte sagen als „aktive Abgrenzung“. Der Gedanke dahinter könnte etwa so formuliert werden: „Ich will nicht so sein wie die anderen“. Man orientiert sich also am „typischen Arbeitslosen“, wie er in Medien und gängigen

¹¹ Der Begriff der Bewältigungsstrategie (auch: Coping) meint das Zurechtkommen mit inneren und äußeren Stressoren (Zimbardo/Gerrig 2008, 478).

¹² Vgl. dazu auch die Auswertung zu 2.5 „Wahrnehmung von medialen Diskursen“.

Klischees dargestellt wird, und verhält sich dann bewusst anders. Ein Beispiel hierfür: „*Man darf nicht nur herumliegen und jammern: ‚Arbeitslos, und im Fernsehen ist auch wieder ein Blödsinn, was soll ich machen?‘ Ich meine, das ist ein Vegetieren, aber kein Leben*“ (11, 422-424).

Eine vierte Strategie ist der dritten (Abgrenzung von anderen Arbeitslosen) sehr ähnlich. Plakatativ ließe sich diese Strategie als „Andere bekommen noch viel mehr als ich“ beschreiben. Eine Interviewpartnerin bringt das folgendermaßen auf den Punkt:

Ob das ein Alkoholkranker, ob das ein Drogenkranker ist, die dann Pension beantragen und so viel Geld bekommen, dass, ich habe es ausgerechnet, sieben allein erziehende Mütter monatlich davon leben könnten, also fühle ich mich absolut nicht als Sozialschmarotzer (15, 317-320).

Die fünfte Strategie könnte als „Flucht nach vorn“ bezeichnet werden. Ein Kursteilnehmer erzählt etwa, er habe nach dem Verlust seiner Arbeit begonnen, „*mit dem Rucksack zu pilgern, Jakobsweg und solche Dinge, das hat mich durch Österreich geführt in die Schweiz raus*“ (1, 31-33). Später ist er dann „*nach Neuseeland – war dort einige Monate unterwegs – getrampt, extreme Sachen gemacht*“ (1, 35-37). Hierbei handelt es sich um eine Strategie, bei der versucht wird, mit der Zeit etwas möglichst Sinnvolles anzufangen und etwas Neues zu probieren – eine Strategie, die möglicherweise viele vorhandene Ressourcen, z.B. von hochqualifizierten arbeitslosen Menschen, voraussetzt.

2.3.3 Persönliches Wohlbefinden

Arbeitslosigkeit kann sich gravierend auf das persönliche Wohlbefinden auswirken. Betroffenen Menschen wird auf der ganz persönlichen, individuellen Ebene abverlangt, die psychischen und physischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit zu bewältigen. Im folgenden Abschnitt werden zunächst die Aussagen zusammengefasst, die die psychischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit, insbesondere Depressionen betreffen. Im Anschluss daran werden die Hinweise auf körperliche und psychosomatische Beschwerden im Überblick dargestellt und interpretiert.

Psychische Auswirkungen

Auf die Frage nach dem Wohlbefinden reagiert niemand der Interviewpersonen positiv. Es wird von körperlichen, psychosomatischen, psychischen und sozialen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit gesprochen, die die Lebensqualität erheblich beeinträchtigen. Die am häufigsten genannte psychische Erkrankung ist die Depression (vgl. z.B. 11, 354-360). Zwei ihrer Symptome, die depressive Stimmung und der gehemmte Antrieb (Dörner et al. 2002, 195), werden in den Interviews mehrmals erwähnt:

Du bekommst alles mit, aber Du nimmst einfach nicht mehr teil. [...] Du fällst da rein und es ist sehr schwer, da raus zu kommen. Du magst nicht mehr. Du denkst ans Sterben. Du magst nicht mehr aufstehen, Du magst nur mehr liegen, schlafen, bist müde, kaputt, Kopf leer (2, 262-268).

Was ich immer auch gemacht habe [...] ist, dass ich einfach ganz viel geschlafen habe. Weil ich einfach weg wollte aus der Welt und anders ist es nicht gegangen. [...] Drei Wochen habe ich so viel geschlafen, dass ich dann mal zwei Tage wach war, weil ich nicht mehr schlafen hab können. Das war schon [...] echt schlimm, wenn Du dann wirklich 48 Stunden in deinem Leben gefan-

gen bist und nicht einmal die kleinste Rückzugsmöglichkeit mehr hast (14, 524-530).

Eine Interviewte, die früher eine Führungsposition inne hatte, berichtet von Burn-Out-Symptomen nach dem Verlust ihrer Arbeit (7, 130-131), zwei der Frauen haben während ihrer Arbeitslosigkeit einen Nervenzusammenbruch erlitten (14, 513-515; 16, 293-296) und eine Interviewpartnerin leidet unter Panikzuständen (12, 369-371).

Einer der interviewten Männer leidet unter starken Konzentrationsstörungen (21, 36-38) und zwei berichten davon, während ihrer Arbeitslosigkeit Psychotherapie und psychiatrische, also medikamentöse Behandlung in Anspruch genommen zu haben bzw. derzeit in Behandlung zu sein (1, 23; 1, 29-31; 2, 31-33):

Ich schau, dass mir extern geholfen wird, weil intern ist es schwer, ich merke es, mit einem psychisch kranken Menschen umzugehen – und das bin ich eben nun mal, das könnte ich schön reden wie ich will, es wäre gelogen (2, 255-258).

Auffallend ist bei dieser Aussage der Hinweis auf das „Schönreden“, der darauf schließen lässt, dass dieser Mann sehr wohl in Erwägung zieht, seine Depression zu verleugnen. Derselbe Interviewpartner spricht zu einem späteren Zeitpunkt die mit der psychischen Erkrankung verbundene Stigmatisierung an. Er grenzt sich gegen diese Stigmatisierung ab und glaubt, sich rechtfertigen zu müssen: *„Einer, der depressiv ist, der ist nicht verrückt! Der ist psychisch krank, aber kein Psychopath, er ist kein Mörder, er ist kein Schläger – er ist einfach krank“* (2, 632-633).

Körperliche und psychosomatische Beschwerden

Etwa ein Drittel der InterviewpartnerInnen klagt nicht über eine Verschlechterung ihres körperlichen Zustandes seit Eintritt der Arbeitslosigkeit (8, 248-250; 11, 325-327; 12, 360; 13, 120; 15, 165; 18, 127-128; 19, 133-136; 21, 67-71). Zwei Drittel geben hingegen an, sehr wohl unter körperlichen Beschwerden verschiedenen Ausmaßes zu leiden, von allgemeinem Unwohlsein (7,133-135) über ständige Kopf- und Magenschmerzen (16, 283-289; 22, 180-183) bis hin zu schwerwiegenden Erkrankungen und Störungen.

Einige der Befragten berichten davon, keine Energie mehr zu haben, körperlich völlig „leer“ (2, 604) zu sein, so auch diese junge Frau:

Wenn dann wieder irgendetwas nicht gut gelaufen ist, dann bin ich [...] am Heimweg und dann [...] merke [ich], wie mein Kreislauf und meine Psyche irgendwie alles nur runter drückt. Und da muss ich wirklich kämpfen teilweise mit mir, dass ich nicht mitten in der Stadt umfliege, weil ich mir denke, ich kann nicht mehr (14, 495-503).

Zu beachten ist, dass manche der körperlichen Beschwerden bereits vor Eintritt der Arbeitslosigkeit aufgetreten sind (17, 282-293), ja oft sogar der Auslöser davon waren, wie z.B. die Folgen eines schweren Autounfalls bei einem der Befragten:

Bei jeder falschen Bewegung hat es mir einen Stich gegeben. Ich bin dann ein bisschen zu der Philosophie gekommen ‚Besser tue ich nichts als was Falsches‘. Das kann auch nach hinten losgehen. Und gar nichts tun ist auf die Dauer nicht lustig. Das kann auch nicht jeder. Kann auch zu Verrücktheit führen (6, 206-210).

Ein anderer Interviewter erzählt von seinen psychosomatischen Hautbeschwerden als Ausdruck für darunterliegende psychische Überlastung:

Weil so viele Leute herumrennen, die, so wie ich auch, eben nicht hundertprozentig happy sind. Bei vielen wirkt sich das dann körperlich aus. Bei mir teilweise auch, das kenne ich schon, vor allem bei der Haut. [...] Da siehst Du plötzlich das Symptom und wenn Du dann die Ursachen siehst und das Leben änderst, ist das mit der Haut plötzlich kein Problem mehr (1, 347-351).

Generell sind psychische und körperliche Beschwerden nicht voneinander trennbar, Ursachen und Auswirkungen greifen ineinander. Einen bedeutenden Faktor stellt in dieser Hinsicht auch das Gesundheitsverhalten (6, 398-401) der von Arbeitslosigkeit Betroffenen dar, insbesondere das Suchtverhalten:

Ich habe wieder relativ stark geraucht dann. Hatte es eigentlich [ge]lassen vor zehn Jahren und dann wieder angefangen, Rotwein hat mir auch zu schmecken begonnen und da merkst Du irgendwann mal – das geht nicht. Das machst Du eine gewisse Zeit und dann... Dann ist es natürlich gut, wenn man eine Basis hat vom früheren Leben her, davor! (1, 606-610).

Interessant ist hier der Hinweis auf das „*frühere Leben*“, also die Unterteilung des eigenen Lebens in ein Leben vor und nach Eintritt der Arbeitslosigkeit, die als Ausdruck der Distanzierung und des Persönlichkeitsverlustes gedeutet werden kann.

Ein 21-jähriger Interviewter zieht scherzhaft eine Organspende als Möglichkeit der Bewältigung seiner schwierigen finanziellen Situation in Betracht. Er berichtet von seinen zahlreichen Leiden, wobei nicht klar ist, ob das Lachen am Ende der Bemerkung von seinem zu sorglosen Umgang mit seinem Körper zeugt oder ob er damit seine Besorgnis überdecken möchte:

Ich sollte nicht Organspenden gehen. Ich habe einen zu hohen Blutdruck, ein belastetes Herz, ich habe eine Trinkerleber, [...] ich habe ein Zwölffingerdarmgeschwür, meine Lunge ist auch kaputt vom Rauchen und so irre, wie ich bin, braucht mein Hirn auch keiner (lacht) (9, 321-324).

2.3.4 Handlungsfähigkeit, Ohnmachtsgefühle und Hoffnungslosigkeit

Abschließend werden nun Aussagen zusammengefasst, die von der Hoffnungslosigkeit und dem Gefühl der Handlungsunfähigkeit und Ohnmacht der Befragten zeugen. Im Anschluss wird ein Überblick über die Berichte gegeben, die auf die Hoffnung und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Interviewten schließen lassen.

Hoffnungslosigkeit und Ohnmachtsgefühle

Die Hoffnung gibt man nicht auf, die Hoffnung stirbt zuletzt heißt es. Aber ich sage, inzwischen bin ich so abgestumpft, dass ich mich eher wieder zurück ziehe und eher wieder sage: meine Pension und dann tut, was ihr wollt. Was soll es (11, 428-430).

Die Frage, ob sie das Gefühl haben, ihre Situation aktiv beeinflussen zu können, verneint etwa die Hälfte der InterviewpartnerInnen sehr bestimmt (vgl. z.B. 10, 175-178; 17, 333; 15, 179-180; 18, 260-262). Auf die Frage, ob er glaubt seine Situation ändern zu können, antwortet einer der Interviewten etwa: „*Ja, wie denn? Wenn ich keine Arbeit habe, werde ich kein Dach*

über dem Kopf haben. Wie kann ich das ändern, wie? Ich hoffe einfach, dass ich Arbeit bekomme“ (21, 72-74).

Des Weiteren berichten viele der Befragten von einem Gefühl der „*sinnlosen Leere*“ (1, 53-55; 1, 310-311) und einem „*lähmenden Ohnmachtsgefühl*“, das sie dazu zwingt, in abwartender Untätigkeit zu verharren (1, 237-238; 6, 492-394):

Vor drei Jahren, als ich den Unfall gehabt habe und mehr oder weniger mit Schmerzen zu Hause gelegen bin, da habe ich das Gefühl gehabt, jetzt ist es vorbei, die Show ist gelaufen. [...] Ich meine, mittlerweile bin ich dazu übergegangen, mich nicht mehr so fertig zu machen oder fertig machen zu lassen, sondern es einfach... quasi mit buddhistischer Geduld zu ertragen, dieses Nichts (lacht) (6, 99-104).

Dieses Gefühl der Handlungsunfähigkeit geht sogar so weit, dass dieser Interviewpartner, der zuvor noch seine Hoffnungslosigkeit mit einem zynischen Lachen überdeckt hat, zu einem späteren Zeitpunkt angibt, die Kontrolle über sein eigenes Leben komplett verloren zu haben: „*Man wird gelenkt, geführt, gepresst und irgendwie weiß ich auch gar nicht, wie ich mich wehren soll*“ (6, 204-205).

Eine 23-jährige Frau erzählt von ihrem „*Gefühl der Haltlosigkeit*“, das ihr „*manchmal den Boden unter den Füßen wegzieht*“ (14, 507-509). Auch sie gibt an, ihr Leben als sinnentleert zu empfinden und gar keine Möglichkeit der aktiven Einflussnahme mehr zu sehen:

Du kannst gar nichts machen. Kannst eigentlich nur hoffen und betteln, dass Du irgendwo einen Job findest oder dass sich irgendwie eine kleine Türe auftut, dass Du Dein Leben noch irgendwo rettest und einen Sinn gibst, dem Ganzen (14, 516-519).

Handlungsfähigkeit und positive Zukunftsperspektiven

Einige der Befragten haben aber sehr wohl das Gefühl, ihr Leben selbst in die Hand nehmen zu können (4, 200; 8, 139-142). Sie suchen täglich nach neuen Inseraten von Arbeitsstellen und schreiben Bewerbungen (22, 194-202). Weiters berichten sie über gezielte Maßnahmen, um sich in der Phase der Arbeitssuche nicht zu isolieren und um eine Tagesstrukturierung nicht zu verlieren:

Ich denke mir, wenn ich sie [die Situation] verändern kann, dann sowieso nur selber. Klar ist durch [den Kurs] eine gewisse Unterstützung da, weil ich mache es jetzt auch so, dass ich außerhalb der Kurszeiten zum [Zentrum] hinunter fahre und ins Internet schaue. Einfach, damit ich die Struktur behalte, also in der Früh aufstehen und um 9.00 sitz ich im [Zentrum] hinter dem Computer und da geht es auch um den sozialen Kontakt (3, 215-219).

Die alleinerziehenden Mütter geben an, aufgrund ihrer Mutterschaft (5, 32-38; 15, 184-188) Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche zu haben:

Man hat halt gemerkt, wenn ich gesagt habe, ich habe ein Kind und ich kann wegen dem Kind nicht länger arbeiten: „Ja, wir melden uns bei ihnen“. Da merkt man halt danach, man geht an die ganze Geschichte ein bisschen negativer heran als sonst (4, 204-207).

Dennoch ist diese Mutter sehr zuversichtlich, was ihren aktiven Einfluss auf die Zukunft betrifft, und sagt zu einem späteren Zeitpunkt im Interview: „*Ja sicher, ich werde schon*

irgendwo gehindert, aber ich probiere jetzt soweit [...] es geht, meine Zukunft aufzubauen. Trotz Kind“ (4, 329-330). Hier verarbeitet die Interviewte eine Erfahrung, die sie eigenen Aussagen zufolge im Umgang mit dem Arbeitsmarktservice und mit potentiellen Arbeitgebern gemacht hat: Dass ein Kind auf dem Arbeitsmarkt als Hinderungsgrund gilt und dass alleinerziehende Mütter ihren Weg zurück ins Arbeitsleben „trotz Kind“ und nicht „mit Kind“ schaffen müssen.

Manche der Befragten sehen ihre Handlungsunfähigkeit nur als vorübergehend an und haben Hoffnung, dass sich die Umstände in nächster Zeit für sie ändern werden. So erzählt beispielsweise ein Interviewter: *„Wenn ich das Geld hätte, könnte ich sie [die Situation] aktiv verändern, ja. Weil ich mir dann nämlich selber die Kurse zahlen könnte“* (9, 197-198). Dieser 21-jährige zweifache Vater erklärt im Anschluss, das Arbeitsmarktservice habe ihm die Finanzierung einer zweiten Lehre sowie eines Aufbaulehrgangs verwehrt (9, 198-200), was ihn sehr frustriert habe. Auch eine andere Interviewpartnerin klagt darüber, dass sie nur aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel momentan nicht in ihre Situation aktiv eingreifen könne (16, 306-307).

Eine 55-jährige Interviewpartnerin ist zuversichtlich, bald wieder eine Führungsposition inne zu haben, da in ihrer Wohngemeinde derzeit ein Einkaufszentrum gebaut wird (7, 144-149). Ein weiterer Interviewpartner, der früher in einer führenden Stelle tätig war, erlebt sich selbst in seiner jetzigen Position *„als Arbeitsloser“* (11, 379) bedingt handlungsunfähig, äußert aber seinen Plan, demnächst parteipolitisch tätig zu werden (11, 385-387). Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich Menschen, die früher in höheren Positionen waren und höhere Qualifikationen aufweisen, selbst als handlungsfähiger erleben als andere. Sie verlieren trotz lang anhaltender Arbeitslosigkeit offenbar nicht so schnell die Zuversicht, ihre Situation positiv beeinflussen und am Arbeitsmarkt wieder Fuß fassen zu können.

Eine 23-jährige Mutter gibt an, sie wolle nun eine Zusatzausbildung beginnen und sie sich notfalls auch selbst finanzieren, um sich selbst und anderen zu beweisen, dass sie dazu fähig sei. Sie haben die abwertenden Aussagen zweier Männer dazu bewogen, aktiv zu werden:

Ich kann dann sagen: „Schau ich habe das gemacht und ich habe das geschafft.“ [...] Mein Partner und noch einer [haben] mir direkt in das Gesicht gesagt: „Das schaffst Du nie im Leben“. Dann habe ich gesagt: „Und jetzt mach‘ ich den Facharbeiter und [...] wenn ihr lang deppert tut, dann mache ich den Meister danach auch noch, dann bin ich gescheiter als wie ihr“ (4, 345-350).

Auch eine andere junge Frau mit 23 Jahren erzählt von großer Entschlossenheit und den damit verbundenen Mühen, ihre Situation zum Positiven zu verändern:

Ich setze mich jetzt auch hin und lerne wie eine Hohle [...] und stress‘ mich da jetzt volle [...] ab, dass ich das schaffe, dass ich dann studieren gehen kann, dass ich dann in drei Jahren vielleicht einmal einen Job habe, wo ich halbwegs gut verdiene. Und das ist jetzt meine Hoffnung, für die ich jetzt alles tu‘, weil so geht es nicht weiter. Das macht mich kaputt und ich bin ein junger Mensch (14, 192-197).

Ob eine Person in einer als ausweglos erlebten Situation die Hoffnung aufgibt oder nicht, hängt von einer Reihe interner und externer Faktoren ab. Extern spielen z.B. die Dauer dieser Situation, bestimmte Anlassereignisse, die Regeln des sozialen Umfeldes sowie die allge-

meinen strukturellen Bedingungen in ihrer Umgebung eine Rolle. Interne Faktoren sind beispielsweise das Selbstbild, Handlungs- und Konfliktbewältigungskompetenzen, die subjektive Selbstwirksamkeit¹³ oder die Verarbeitung früherer Erfahrungen. Vorherige berufliche Positionen und Qualifikation spielen ebenfalls eine bedeutende Rolle. Personen, die auf frühere Erfolgserlebnisse zurückblicken können, fühlen sich viel handlungsfähiger und sind durchwegs zuversichtlich, dass sie ihre Position zukünftig wieder ändern können. Solche persönlichen Erfolgserlebnisse können demnach als wichtige Ressource im Leben von Arbeitslosen gesehen werden.

In Bezug auf Hoffnungslosigkeit lässt sich in den Interviews kein Unterschied zwischen Frauen und Männern erkennen, ebenso wie beim Anteil derer, die unter körperlichen, psychischen und/oder psychosomatischen Beschwerden leiden. Diejenigen, die sich selbst noch als handlungsfähig erleben und Hoffnung für die Zukunft haben, zeichnen sich jedoch durch ein gemeinsames Merkmal aus: Sie alle haben eine Motivation, die ihrem Streben Sinn verleiht. Dies kann beispielsweise ein Kind sein, wie es bei fast allen Müttern beobachtet werden kann, oder auch eine neu entdeckte Spiritualität eines Interviewpartners (1, 332-336).

2.4 Erfahrungen mit dem Arbeitsmarktservice

Erika Mischitz & Simon Oberhofer

Das zentrale Unterstützungssystem für Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, ist die Arbeitslosenversicherung, Anlaufstelle ist das Arbeitsmarktservice (AMS). In diesem Kapitel werden die Erfahrungen der InterviewpartnerInnen mit dieser Institution sowie mit den besuchten Weiterbildungskursen analysiert. Sowohl die unterschiedlichen als auch die sich ähnelnden Eindrücke, welche die Interviewten vom AMS als Institution, vom dort bereitgestellten Service, von den MitarbeiterInnen und dem Kursangebot haben, sollen hier dargestellt werden. In den Interviews wurden u.a. Fragen danach gestellt, inwieweit die Betroffenen das Gefühl haben, vom AMS jene Unterstützung zu erhalten, die sie ihrer Ansicht nach benötigen, inwieweit auf ihre Bedürfnisse eingegangen wird und ob sie auch Erfahrungen mit Sanktionen oder mit Schuldzuweisungen seitens der MitarbeiterInnen des AMS gemacht haben.

2.4.1 Positive Erfahrungen mit AMS-MitarbeiterInnen

Von einer überwiegend positiven Erfahrung mit dem AMS berichtet ein Fünftel aller Interviewten. Darunter sind ausschließlich Personen, die zwischen 45 und 59 Jahre alt sind. Von ihnen werden v.a. die MitarbeiterInnen positiv erwähnt und deren Freundlichkeit, deren Verständnis, Bemühen und Kompetenz hervorgehoben: *„Die sind alle sehr, sehr hilfsbereit, sehr qualifiziert, sie sind eigentlich eine sehr große Unterstützung, muss ich sagen“* (7, 112-113), oder: *„Da war eben Freundlichkeit vorhanden und dass nicht das Gefühl da war, die Wertigkeit sei eine andere zwischen Arbeitenden und Nicht-Arbeitenden“* (20, 181-183).

Neben der empfundenen Freundlichkeit werden jedoch gleichzeitig strukturell bedingte Problematiken geortet, welche den als förderlich erlebten Bezug zu den AMS-MitarbeiterInnen etwas relativieren. Dies verdeutlichen folgende Interviewpassagen: *„[D]iesen Eindruck [Anm.: dass Verständnis von den AMS MitarbeiterInnen da ist] habe ich schon. Ich*

¹³ Selbstwirksamkeit ist die Überzeugung, dass man in einer bestimmten Situation angemessene Verhaltensresultate erzielen kann (Zimbardo/Gerrig 2008, 528).

habe noch in keinster Weise irgendeinen Vorwurf gehört“ (3, 278), oder: „Generell, ich hab eigentlich immer nur positive Erfahrungen mit ihnen [den MitarbeiterInnen des AMS] gemacht“ (8, 191). Beide InterviewpartnerInnen fügen jedoch noch folgende Kritikpunkte hinzu:

[F]ür mich ist es klar, wer an einem Tag 70 Arbeitslose Fließband-mäßig abfertigen muss, ob er will oder nicht, dass der irgendwann oder sehr schnell auf Durchzug stellt, ja der hat nicht die Möglichkeit, auf die Einzelnen einzugehen (3, 261-263).

Mir kommt es quasi so vor, die tun eigentlich zu wenig. Meine Daten hab ich wohl hinterlassen [...] Ich könnte mir vorstellen, dass es sicher mehr Stellenangebote geben würde, mit denen sie mich konfrontieren könnten (8, 192-197).

Trotz überwiegend guter Erfahrungen dieser InterviewpartnerInnen mit den MitarbeiterInnen des AMS gibt es eine gewisse Unzufriedenheit mit den AMS-Strukturen, dem Druck zur Vollzeitwerbstätigkeit sowie mit langen Phasen ohne Stellenangebote durch das AMS (3, 260-263; 8, 197-208).

2.4.2 Umgang der AMS-MitarbeiterInnen mit den KlientInnen

Die meisten Befragten haben nicht nur positive, sondern sehr unterschiedliche Erfahrungen mit AMS-MitarbeiterInnen gemacht. Die Umgangsformen von Seiten der MitarbeiterInnen seien sehr verschiedenartig – werden teils als unterstützend, aber auch als abfertigend oder respektlos empfunden. So beschreibt mehr als die Hälfte der InterviewpartnerInnen, mit den AMS-MitarbeiterInnen bzw. mit den Strukturen Probleme zu haben. Vor allem folgende Kritikpunkte werden genannt:

- **Das Gefühl, in einem Apparat abgewickelt zu werden**

Von den InterviewpartnerInnen wird mehrmals angeführt, dass die MitarbeiterInnen des AMS zu wenig Zeit für individuelle Unterstützung haben. Ein „*Fließband-mäßig[es]*“ Abfertigen (3, 261-263) bzw. der Eindruck, das AMS sei eine „*Abwicklungsagentur*“ (2, 302-304) wird von KlientInnen genannt – sie kritisieren, wie schnell und unpersönlich ihre Termine verlaufen und dass das AMS dem Auftrag, eine „Service“-Stelle zu sein, nicht gerecht wird:

Ich meine, die Arbeitslosensituation ist einfach nun einmal gegeben momentan und dass dann halt einfach hunderttausend Leute hinein marschieren – Okay, verstehe ich, dass man sich da nicht für jeden einzelnen interessieren kann [...]. Aber so, wie sie tun, bräuchte es vielleicht zehn Mitarbeiter, die die Hunderttausend einfach abfertigen. Eintippen, passt, der nächste [...] So einfach ist das. Ist meine Meinung (9, 131-135).

Also da ist im Prinzip gar nichts, das ist nur hingehen und abstempeln und wieder heimgehen. Das ist überhaupt kein Service, das man da bekommt (19, 204-206).

Die kurze Dauer, die man bei dem/der AMS-BeraterIn im Büro verbringt bzw. auch die dabei erledigten, rein formellen Tätigkeiten werden von mehreren InterviewpartnerInnen genannt: „*Auf jeden Fall heißt es immer nach zwei Minuten: ‚Ok, besten Dank, bis zum nächsten Mal‘*“ (19, 184-187; vgl. auch 14, 734-737).

- **Mangelndes Feingefühl und Verständnis für arbeitslose Menschen**

An den MitarbeiterInnen des AMS wird auch kritisiert, dass sie zu wenig Feingefühl für die schwierige Situation arbeitsloser Menschen aufbringen würden und es somit an einem ‚menschlichen‘, von Verständnis geprägten Umgang mangeln würde. Dies veranschaulichen folgende Textstellen:

Ich denke das AMS ist eine Institution von Leuten, die nicht mit Leuten umgehen können (14, 670).

‚Leutln, seit ihr wirklich Massenverwalter, aber mehr nicht?‘ (2, 485-486).

Die sind nicht ausgebildet für das, was sie tun. Ich will nicht sagen, dass er grundsätzlich blöd ist, aber für diesen Job ist er nicht geeignet [...] [D]ie haben einfach einen stumpfsinnigen Job, sage ich. Und sind – heute muss ja jeder Psychologe sein – die sind psychologisch nicht ausgebildet. Die können sich auf die Leute nicht einstellen (11, 513-515, 520-522).

[W]ie wenn ich ein Arzt wäre und ich mag die Leute nicht. Da kann ich nicht Arzt werden. Dem haue ich eine Spritze hinein, dass er gerade so jault, und bin nicht feinfühlig, weil der Mensch mich ja gar nicht interessiert. Ist ja nur meine Arbeit. Das geht ja auch nicht. Genauso ist es da (11, 525-528).

- **Missachtung von Bedürfnissen, Wünschen und individuellen Möglichkeiten**

Über die Hälfte aller Interviewten kritisiert, dass ihre Bedürfnisse durch das AMS nicht beachtet werden. Eine Interviewpartnerin gibt beispielsweise an, dass auf ihre Bedürfnisse von Seiten des AMS nicht eingegangen wurde, denn sie hätte sich mehr Rücksicht auf ihre psychische Erkrankung gewünscht. Vor allem Frauen, die Kinder betreuen, fühlen sich in ihrer Situation nicht angemessen unterstützt. Sie berichten über mehrmalige Vermittlungen zu Stellen, die in ihrer Lebenssituation als ungeeignet oder unmöglich angesehen werden, beispielsweise wenn alleinerziehenden Müttern Vollzeitstellen zugeteilt werden, die zeitliche Flexibilität erfordern. Eine Interviewpartnerin ärgert sich z.B. darüber, dass ihre jetzige Betreuerin ihr Stellen von 11 bis 23 Uhr übermittle hätte und in ihrer Akte nicht einmal gelesen hätte, dass sie schon bei „Frauen im Brennpunkt“ gewesen und eine Kinderbetreuung in ausreichendem Ausmaß nicht organisierbar sei (16, 382-396).

Eine andere Interviewpartnerin ist ebenfalls über das AMS verärgert, da auf ihre Bedürfnisse als Alleinerzieherin nicht eingegangen werde (5, 37-38). Man hätte ihr eine Kinderbetreuung vorschreiben wollen und sie hatte daraufhin den Eindruck, das AMS hätte am liebsten nur Vollzeit-arbeitende Mütter. Von Müttern werde erwartet, Stellen anzunehmen, obwohl keine geeignete Kinderbetreuung während der Arbeitszeit zu finden sei (16, 373-377).

Für eine andere Interviewpartnerin bedeutet der Druck, eine Arbeitsstelle annehmen zu müssen, eine enorme Belastung und Überforderung, da sich Familie und Beruf nicht so leicht vereinbaren lassen:

Ich bekomme immer nur Vollzeitstellen zugewiesen und das geht neben den Kindern einfach nicht. Eine Vollzeitstelle bedeutet für mich totalen Stress neben den Kindern, da ich eine Ganztagesbetreuung organisieren muss, und das kann ich mir einfach nicht leisten (8, 196-210).

Im Unterschied zu Frauen, die im Kontext der vorherrschenden Geschlechterverhältnisse nach wie vor die Vereinbarkeit von Beruf und Familie alleine bewältigen müssen, betonen männliche Interviewpartner ganz andere Bedürfnisse, die aus ihrer Sicht keine Berücksichtigung fanden. Ein Interviewpartner berichtet über mehrere unpassende Stellenangebote, die er vom AMS zugeschickt bekommen hätte und betont, dass die MitarbeiterInnen des AMS wüssten, dass er keinen Führerschein hat. Trotzdem hätten sie aber von ihm eine Bewerbung für eine Stelle, die einen Führerschein voraussetzt, erwartet (andernfalls bekäme er eine Leistungssperre). Ähnliche Erfahrungen teilen auch andere Männer (9, 101-104; 11, 621-626). Es herrsche ein Desinteresse an den Bedürfnissen der Betroffenen und die Qualifikationen für übermittelte Stellen hätte man oft nicht, muss sich jedoch trotzdem bewerben. Bewirbt man sich beim selben Dienstgeber ein paar Mal, dann sei es wahrscheinlich, dort letztendlich gar nicht mehr ernst genommen zu werden (18, 188-193).

- **Unzureichende Unterstützung bei der Suche nach Stellenangeboten**

Abgesehen von dieser Kritik, dass ausgewählte Stellenangebote als unpassend erscheinen, äußern sich auch mehrere InterviewpartnerInnen über das Ausmaß an Unterstützung bei der Suche nach Stellenangeboten. Ein Interviewpartner meint etwa, sein AMS-Betreuer sei in Hinblick auf Ausbildungsmöglichkeiten nur mangelhaft informiert. Die Bezeichnung „Service“ sei aus seiner Sicht daher für das AMS unpassend (19,190-194, 204-206). Ein anderer, schon älterer Interviewpartner spricht die Problematik an, von der Politik immer wieder ein Lob über ältere, erfahrene Arbeitskräfte und ihre guten Chancen am Arbeitsmarkt zu hören, das AMS könne ihm jedoch keine Informationen bzw. Jobangebote geben (22, 266-272).

Einer der Interviewpartner sucht sich alle Informationen selbst heraus – er ginge nur aus Pflicht zum AMS, aber bekäme dort keine brauchbaren Informationen (19, 198-206). Die Eigenverantwortung bei der Arbeitssuche wird auch von anderen festgestellt (22, 40-42, 46-48; 10, 263-264). Es käme „*sowieso vom AMS nur alle halben Jahre ein Zettel!*“ (15, 287-288). „*[W]enn Du wartest, bis Du vom AMS was kriegst, da wirst Du grau*“ (14, 757-758).

- **Häufiger Wechsel der BetreuerInnen**

Einige InterviewpartnerInnen äußern den Wunsch nach konstanten Bezugspersonen am AMS, die über ihre Situation bereits Bescheid wissen und mit denen sie auf der Basis eines vertrauensvollen Betreuungsverhältnisses zusammenarbeiten können. Ein häufiger Wechsel der zuständigen Betreuungspersonen wird von den Betroffenen daher als negativ erlebt:

Also es ist so, man hat anfangs immer wechselnde Betreuer, das dauert lange, bis man zu einem kommt, bei dem man dann bleibt. Dadurch, dass es immer wechselnde sind, kannst Du auch kein Vertrauensverhältnis direkt zu dem aufbauen (18, 180-183).

Ich habe eine Betreuerin momentan. Aber die wechseln ja alle Halbjahre oder alle Vierteljahre einmal. Das finde ich auch so absolut unnatürlich. Ich meine, wenn ich einen Mitarbeiter habe, den ich ansprechen kann, dann ist das ja viel besser. Der weiß, wie es mir geht. [...] Nicht, dass ich alle Vierteljahre da jemand anderen habe (9, 125-129).

Ich habe jedes Mal jemand anderen. [...] Jetzt haben die wieder gewechselt und die jetzt für mich zuständig ist, die habe ich noch nie gesehen (22, 249-253).

- **Hierarchie und abwertende Haltungen von BetreuerInnen**

In manchen Interviews wird davon berichtet, dass zwischen den MitarbeiterInnen des AMS und den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen des Öfteren ein Machtgefälle spürbar wird:

Und dann sind oft welche dabei, die behandeln Dich von oben herab und Du hast das Gefühl, Du bist eine Nummer, ein Durchlaufposten, die interessiert eigentlich gar nicht, was Du für Sorgen, Probleme oder sonst was hast (18, 183-185).

Eben bei einer Begegnung war das. [...] Einfach wo mir halt die Umgangsform überhaupt nicht gefallen hat. Da hatte ich einfach das Gefühl, von oben herab behandelt zu werden und das war eigentlich nicht in Ordnung (20, 187-189).

- **Unterschiedliche Umgangsformen der AMS-MitarbeiterInnen**

Von den InterviewpartnerInnen wird mehrfach angeführt, dass es auch eine Frage der Persönlichkeit des jeweiligen AMS-Mitarbeitenden ist, wie mit arbeitslosen Menschen umgegangen wird. Folgende Textstellen veranschaulichen dies exemplarisch:

Ich denke immer, dass kommt, egal wo man ist, ob beim AMS oder beim Sozialamt, es kommt immer auf den einzelnen Mitarbeiter darauf an (15, 274-276).

Einen hab ich gehabt, der war halbwegs motiviert, bei dem bin ich jetzt leider nicht mehr. Dann habe ich jetzt eine gehabt, die war furchtbar (14, 678-680).

[A]uf jeden Fall die geht, sie ist einfühlsam, also sie geht wirklich auf mich ein und versteht mich auch und das Ganze, das ist mir bei dem Letzten nicht so vorgekommen (4, 254-255).

2.4.3 Erfahrungen mit (angedrohten) Leistungssperren

Die Hälfte der InterviewpartnerInnen gibt an, dass sie noch nie mit einer Leistungssperre bzw. einer Streichung des Arbeitslosengeldes konfrontiert gewesen seien. Über ein Viertel aller Befragten berichtet von Erfahrungen mit Sperren und einige erzählen von Erfahrungen mit angedrohten Leistungssperren und der damit verbundenen Angst.

Eine Interviewpartnerin, alleinerziehende Mutter von zwei kleinen Kindern, berichtet von ihrer Weigerung, eine Vollzeitstelle anzunehmen. Daraufhin sei ihr eine Leistungssperre angedroht worden, was sie sehr unter Druck setzte (8, 201-208). Andere haben reale Erfahrungen mit Leistungssperren gemacht. Einem Interviewpartner wurde der Arbeitslosengeldbezug einmal gesperrt, da er sich nicht für eine vorgeschlagene Stelle beworben hatte. Er fühlte sich nicht kompetent genug für den Posten als Außendienstmitarbeiter bei einer Tischlerei. Zuvor hatte er einen fünfmonatigen Buchhaltungskurs besucht (3, 265-273).

Psychische Krankheit

Einige InterviewpartnerInnen berichten von der Problematik, aufgrund psychischer Erkrankungen den gestellten Anforderungen, z.B. einer Kursteilnahme, kaum gewachsen zu sein: „Du musst den Kurs durchziehen. Du musst den einfach durchziehen! Weil wenn ich den Kurs nicht durchziehe, streichen die mir das Geld, dann bekomme ich die nächsten 6 Wochen gar nichts mehr“ (2, 97-299).

Dass eine Kursteilnahme durch eine psychische Krankheit schwerer fällt, wird diesem Interviewpartner zufolge von den AMS-MitarbeiterInnen nicht beachtet. Er sieht keine Alternative, denn bei Verweigerung der Kursteilnahme hat man mit einer Geldsperre für sechs Wochen zu rechnen. Diese Bedrohung flößt ihm offensichtlich Angst ein (2, 296-312).

Eine Geldsperre wurde gegen eine Interviewpartnerin verhängt, da sie aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage gewesen wäre, an einem Arbeitsprojekt für Langzeitarbeitslose teilzunehmen. Vom AMS erhielt sie daraufhin für ein paar Wochen keine Leistungen mehr (12, 549-562).

Diese Erzählungen lassen den Eindruck entstehen, dass hier kaum auf die speziellen Bedürfnisse von psychisch kranken Menschen eingegangen wird und sie unter Umständen mit Anforderungen konfrontiert sind, die sie nicht erfüllen können. Damit werden Menschen, die überwiegend ohnehin in einer prekären finanziellen, gesundheitlichen und mitunter auch psychischen Situation sind, einer Belastung ausgesetzt, die schwerwiegende Konsequenzen haben kann. Generell ist aber festzuhalten, dass Motivation kaum über „Strafe“ oder Drohung herzustellen ist.

Mangelhafte Informationsweitergabe

Zwei Interviewte kritisieren einen schlechten Informationsaustausch zwischen Krankenkassa und AMS, wenn es um Krankmeldungen geht. Das hätte bei einem Interviewpartner (19, 208-220) beinahe einmal zu einer Leistungssperre geführt:

Also, ich hätte zwar pünktlich so eine Art Bestätigung gebracht, weil ich hätte mir gedacht, da hätte ich den Kurs anfangen müssen, nur leider Gottes, ich war jetzt der Meinung, dass ich so wie in der Schule eine Bestätigung brauche für das, aber ich hätte da eine richtige Krankmeldung gebraucht und dadurch haben sie mir eine ganze Woche gestrichen. Das waren 143 Euro, da sind sie sehr streng vom AMS (4, 281-285).

Ein anderer Interviewpartner sei oft gar nicht mehr in den Krankenstand gegangen, da dies schon mehrmals das Problem verursacht hätte, sowohl von AMS als auch von der Krankenversicherung abgemeldet worden zu sein (17, 411-412):

Das Zusammenspiel zwischen AMS und Krankenkasse – das ist zermürbend, das ist zermürbend [...] Du bist krank, gibst bei der Krankenkasse eine Meldung ab und Du sagst dem AMS, Du bist krank. So, mehr kannst Du nicht tun, dann gehst Du nach 14 Tagen hin, Kontrollmeldung: „Ja Sie hängen in der Luft, Sie sind nicht gemeldet, beim AMS nicht und bei uns auch nicht“ (17, 410-411, 414-417).

Eine Interviewpartnerin kritisiert Gleichgültigkeit seitens des AMS in Bezug auf die rechtzeitige Information über eine Geldsperre und über neue Gesetze:

Und da habe ich dann auch schon beim AMS angerufen und gesagt, ich bekomme [keinen] Brief, dass mir das Geld gestrichen worden ist – Da habe ich am 5. März einen Brief bekommen, dass ich seit 1. Februar gesperrt bin. [...] „Ja, da kann er jetzt nichts machen. Die Gesetze sind geändert worden.“ Da habe ich gesagt: „Es wäre vielleicht nett, wenn man das erfährt. Dann kann man das dementsprechend organisieren.“ Ich meine, wenn die Gesetze geändert sind, dann geht es dann halt eben anders. Aber Information? Die haben eine E-Mail-Adresse von mir, die haben eine Postadresse von mir, die haben eine Telefon-

nummer von mir. Ich meine, es kann nicht zu viel verlangt sein, den Hörer abzunehmen (5, 276-278, 285-290).

Im Gegensatz dazu kann eine andere Interviewpartnerin den Umgang mit Informationsweitergabe beim AMS von früher und heute vergleichen und sieht darin eindeutige Verbesserungen:

Ja, weil früher hast Du das nicht gemerkt, da haben sie gar nichts gesagt, keine Warnung, nichts und auf einmal willst Du das Geld abheben – das bekommst Du eh erst zwischen 7. und 10. – nichts. Und jetzt wird man gewarnt mit einem Brief: ‚Sie wurden abgemeldet vom Bezug...‘ Da kann man dann was tun (17, 402-405).

2.4.4 Schuldzuweisungen durch AMS-MitarbeiterInnen

Die InterviewpartnerInnen wurden auch dazu befragt, ob sie schon einmal mit Schuldzuweisungen von AMS-MitarbeiterInnen konfrontiert waren. Dem Großteil der InterviewpartnerInnen wurde noch nie direkt vermittelt, sie seien selber an ihrer derzeitigen Situation Schuld. Jedoch fast die Hälfte aller Interviewten erzählt von indirekten Schuldzuweisungen und Unterstellungen, einige berichten auch von direkten Schuldzuweisungen. Eine Interviewpartnerin erzählt z.B., dass sie von ihrem Betreuer in Bezug auf die Notstandshilfe „schwach angesprochen“ worden sei, was sehr unangenehm für sie war (8, 103-108).

Erfahrungen mit direkten oder indirekten Schuldzuweisungen sind bei Frauen und Männern sehr unterschiedlich und müssen vor dem Hintergrund vorherrschender Geschlechterverhältnisse gesehen werden. Frauen mit Kindern und insbesondere alleinerziehende Frauen berichten von Vorwürfen, die sich auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie beziehen (beispielsweise nicht genug Einsatz bei der Suche nach einer adäquaten Kinderbetreuung zu zeigen) – eine Problematik, für die nach wie vor Frauen als zuständig erklärt werden. Der Mutter einer pflegebedürftigen Tochter wurde z.B. vermittelt, sie sei selber Schuld, keine Arbeit zu finden, da sie sich die Pflege ihrer Tochter besser einteilen könne. Obwohl die Pflegebedürftigkeit ihrer Tochter sehr viel Zeit in Anspruch nimmt, bekomme sie nur Vollzeitstellen durch das AMS zugewiesen (10, 44-45). Ohne zu bedenken, dass Kinder abends schon zu müde für eine fordernde Therapie sind, habe man zu ihr gesagt: *„Es gibt Therapeuten, die am Abend auch behandeln“* (10, 240-252).

Eine andere Interviewpartnerin erzählt, dass sie nur während der Öffnungszeiten des Kindergartens arbeiten gehen könne, da sie sonst auch niemanden kennt, der ihr Kind unter der Woche außerhalb der Öffnungszeiten betreuen würde. Von AMS-MitarbeiterInnen wären daraufhin Bemerkungen geäußert worden wie: *„Ja dann musst Du Dir halt einen [Partner] suchen“* oder *„Sie haben doch eine Mutter“* (5, 379). Dass diese auch arbeiten müsse und es in vielen Familien nicht mehr die ‚typische Oma‘ gibt, die Aufgaben der Kinderbetreuung übernimmt, sei nicht in Erwägung gezogen worden (5, 63-68). Auch in diesem Beispiel zeigt sich, wie die klassische Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern in den Köpfen verankert ist: Den Frauen – sowohl der Mutter, als auch der Großmutter – wird automatisch die Aufgabe der Kinderbetreuung zugewiesen. Frauen werden in erster Linie für die Versorgung von Kindern verantwortlich gemacht. Als Alleinerzieherin fühlt sich diese Interviewpartnerin von AMS-MitarbeiterInnen als *„ein Mensch zweiter Klasse“* behandelt (5, 390-391). Sie beschreibt ihre Überlegungen dazu in einer Art und Weise, die vielleicht auch auf ihre eigene Form der Verarbeitung der Vereinbarkeitsproblematik von Beruf und Familie hinweisen und

daher weniger auf direkte Schuldzuweisungen von AMS-MitarbeiterInnen zurückzuführen sind: *„Weil Du bist zu blöd, dass Du Dir einen Mann behältst und Du bist so blöd, dass Du Dir überhaupt ein Kind anhängen hast lassen. Weil Du hättest es ja nicht bekommen müssen“* (5, 391-394).

AMS-MitarbeiterInnen haben einer anderen Interviewpartnerin zufolge auch unrealistische Vorstellungen von Tagesmüttern, da diese ihr Kind nicht vom Kindergarten abholen können bzw. auch nicht an Wochenenden arbeiten (16, 362-377). Die Verantwortung für die Organisation der Kinderbetreuung werde der Interviewpartnerin aufgebürdet: *„Ja wenn sie keine Stelle finden, müssen Sie zuerst eine Kinderbetreuung organisieren. Das ist nicht unser Job, das ist Ihr Job“* (16, 402-404). Eine angemessene Lösung zu finden, kann aber mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein.

Ein Interviewpartner beschreibt sein Gefühl der indirekten Schuldzuweisung folgendermaßen: *„Sie sagen es nicht, aber vom AMS kommt es einfach permanent rüber“* (14, 774-776). Er verweist dabei auf das Verdrehen der Augen und darauf, dass sie *„es Dich spüren“* lassen (14, 777-778). Wünschen würde er sich, durch die BetreuerInnen des AMS auch einmal bestärkende Worte zu hören, zum Beispiel: *„Ich wünsche Ihnen alles Gute“* (14, 781-786).

2.4.5 Erfahrungen mit Kursen

Die in den Interviews berichteten Erfahrungen mit Weiterbildungskursen sind sehr unterschiedlich: Zum einen beschreiben InterviewpartnerInnen, dass sie die durch das AMS zugewiesenen Kurse bzw. Schulungen als Druck und Zwang erleben. Die Zuteilung der Kurse wird auch nicht immer als den bisherigen beruflichen Erfahrungen und Qualifikationen oder den jeweiligen eigenen Interessen und Wünschen angemessen beschrieben. Zum anderen haben einige Personen aber auch sehr gute Erfahrungen mit den Weiterbildungsinstituten gemacht.

Positive Erfahrungen mit Kursen

Ein Interviewpartner besucht die AMS-Kurse gerne, im Moment bekäme er jedoch keinen Kurs durch das AMS zugewiesen, da seine Betreuerin erst eine für ihn passende Weiterbildungsmöglichkeit finden möchte. Er bedauert, dass das AMS ihm keine zweite Lehre zahlen kann (9, 149-151). Eine andere Interviewpartnerin ist der Meinung, dass die Kurse, die ihr durch das AMS zugewiesen wurden, sehr gut waren, auf einem hohen Niveau und mit angenehmen räumlichen Rahmenbedingungen (7, 116-119). Eine andere Interviewpartnerin weiß die TrainerInnen des Weiterbildungsinstituts sehr zu schätzen – diese seien kompetent, freundlich, motivierend, hätten Verständnis und gäben auch unmotivierten TeilnehmerInnen eine Chance (14, 671-677). Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass fast ein Viertel aller InterviewpartnerInnen mit der Zuteilung der Kurse durch das AMS, der Qualität der Schulungen und mit der Betreuung an den Weiterbildungsinstituten zufrieden sind.

Kritik an Kursen

Viele InterviewpartnerInnen betonen, dass sie die zugewiesenen Kurse als Zwang empfinden und sie sich unter Druck gesetzt fühlen. Dies veranschaulicht ein Interviewpartner folgendermaßen: *„[E]ntweder ich melde mich ab für einen Monat und ich bekomme kein Geld oder ich gehe in die Schulung. Das ist dann schon Druck. [...] Hat schon Spaß gemacht, nützt aber nichts – vom Beruf her“* (1, 409-410). Ein anderer Interviewpartner, der die Teilnahme an Kursen ebenfalls als Zwang empfindet, betont, dass man den Kurs *„durchziehen“* müsse,

selbst wenn die Teilnahme aus persönlichen Gründen schwierig ist. Er habe psychische Probleme und es werde für ihn kein passender Kurs angeboten. Die Möglichkeit einer Leistungssperre ist für ihn mit Angst verbunden (2, 296-312).

Ein weiterer Interviewpartner kritisiert eine seiner Meinung nach relativ willkürliche Zuteilung der Kurse durch das AMS. Er würde sich wünschen, dass er selbst entscheiden kann, welchen Kurs er besuchen will (11, 656-662). Ähnlich äußert sich eine Interviewpartnerin, die kritisiert, dass sie einfach in irgendwelche Kurse eingeteilt werde, die ihr persönlich und für die Jobsuche nichts bringen würden. Auf ihre Bedürfnisse und Fähigkeiten werde nicht eingegangen (10, 459-461). Zur Veranschaulichung dieser Problematik erzählte sie von einer anderen Schulungsteilnehmerin, einer 56-jährigen Frau, die ein Leben lang Putzfrau war und nun einen Kurs über „Schriftverkehr“ belegen müsse. Sie besuche den Kurs nur deshalb, damit ihr das Geld nicht gestrichen werde (10, 490-502). Des Weiteren ist sie der Meinung, dass diese Kurse nur dafür da seien, die Arbeitslosenrate zu verschleiern (10, 531-536). Diese Ansicht vertritt auch ein anderer Interviewpartner: *„Das ist mein vierter [Kurs]. Muss man sich vorstellen. Das ist ja nur, damit Du aus der Statistik raus kommst, und fertig. Das ist der einzige Grund“* (11, 652-653). Einer anderen Interviewpartnerin wurde durch das AMS ein Kurs vermittelt, der ebenfalls nicht ihrem Interesse entsprach. Sie wollte eine Ausbildung im sozialen Bereich machen, das AMS teilte ihr aber mit, dass die Kosten dafür nicht übernommen werden (4, 379-386).

Eine Interviewpartnerin kritisiert die Anwesenheitspflicht bei den Kursen als Bevormundung: *„Wer nicht da ist und wenn [Du] zum Arzt gehst oder was, dann musst Du eine Entschuldigung bringen, wie in der Schule“* (22, 256-257). Ein anderer Interviewpartner fragt sich, wie er sich während eines Kurses bewerben könne: *„Soll ich jetzt Arbeit suchen oder nicht?“* (11, 66-71). Die Auflage einer regelmäßigen Teilnahme an den Kursen wird von diesem Interviewpartner überzeichnet, als ob eine Kursteilnahme dem eigentlichen Ziel, eine Arbeit zu finden, entgegenstehen würde.

In Hinblick auf den empfundenen Zwang, einen Kurs besuchen zu müssen, zeigt eine Interviewpartnerin Alternativen auf: Sie betont, dass die Motivation der KursteilnehmerInnen durch eine Autonomie in der Auswahl der Kurse gefördert werden könnte:

Und da könnten sie, also das AMS oder der Staat, einen Haufen Geld sparen, wenn sie von Anfang an den Leuten das geben würden, wozu sie Lust haben. Weil wenn ich irgendetwas will, dann mache ich das auch fertig. Und nicht, wenn sie mich jetzt irgendwo hin zwingen, also zwingen tun sie nicht richtig, aber irgendwo dann schon, dann geh ich halt hin (10, 475-480).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass ein Viertel der InterviewpartnerInnen eine Unzufriedenheit mit den ihnen zugeteilten Kursen äußert. Diese werden als Zwang empfunden, da bei Nichtteilnahme das Geld gesperrt wird. Weiters seien sie nicht auf die Kompetenzen bzw. das Interesse der Personen abgestimmt. Gegenüber einem empfundenen Zwang oder dem Gefühl der Bevormundung treten bei einigen InterviewpartnerInnen jene positiven Aspekte der Teilnahme an Kursen in den Hintergrund, die auf eine Tagesstrukturierung abzielen.¹⁴

¹⁴ Vgl. dazu ausführlicher die Auswertung 2.1 „Darstellung der Situation arbeitsloser Menschen“.

2.4.6 Struktureller Druck auf AMS-MitarbeiterInnen

Ein Drittel aller InterviewpartnerInnen vermutet, dass die MitarbeiterInnen des AMS einem starken Druck von „oben“ ausgesetzt sind – dieses „oben“ (11, 529) benennen sie als „Struktur“ (1, 459), „Vorschriften“ (12, 522), „Apparat“ (15, 266) oder den „längeren Hebel“ (2, 490). Folgende Interviewpassagen verdeutlichen dies exemplarisch:

Aber es ist schon so, einmal hatte ich beim Arbeitsamt [Anm.: AMS] eine, die war sehr nett, also sehr freundlich und [ich] hab mich eigentlich doch gut aufgehoben gefühlt, weil sie hat irgendwo menschlich das Verständnis gehabt, hat aber gesagt, sie hat diese Vorschriften (12, 519-522).

[I]ch glaube nicht, dass die ganzen Leute, die dort arbeiten, hinter der ganzen Struktur stehen. Das glaube ich nicht, das kannst Du nicht. Das geht aber vielen so in so einer Firma. Die sagen sich, das mach ich halt, weil – irgendetwas musst Du ja tun (1, 458-460).

Es wird deutlich, dass der Druck von „oben“ auch für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen selbst spürbar wird: „Wahrscheinlich sind die ja auch unter Druck, die vom AMS, so ein bisschen und der hat das halt ziemlich so weitergegeben“ (13, 181-183). Ein Interviewpartner betont den Druck von oben, der auf den MitarbeiterInnen des AMS lastet und dazu führt, dass diese in kurzer Zeit viele Arbeitslose betreuen müssen und deshalb wohl „sehr schnell auf Durchzug“ stellen würden (3, 258-279).

Besonders hervorzuheben ist, dass ein Drittel der InterviewpartnerInnen, die selbst arbeitslos sind, die Rahmenbedingungen, Regeln und Vorschriften kritisch hinterfragt und reflektiert. Dieses vorhandene konstruktive Potenzial könnte in Form einer Partizipation Betroffener und deren Einbindung durch Feedback wichtige Anregungen für eine Weiterentwicklung der Institution AMS beinhalten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass aus vielen der in diesem Kapitel erwähnten Beispiele ersichtlich wird, dass Gefühle, Ängste und vorweggenommene Erwartungen des Gegenübers eine große Rolle in der Begegnung von arbeitslosen Menschen mit ihren AMS-BetreuerInnen spielen. Von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen treten dem AMS in einer Situation schwieriger finanzieller Existenzbedingungen und Abhängigkeit gegenüber. In vielen Fällen würden wahrscheinlich kleine Gesten der Freundlichkeit, Anteilnahme oder Bestärkung eigener Fähigkeiten ausreichen, um den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen das Gefühl zu geben, ihre Situation auch bewältigen und verändern zu können, was z.B. verstärkt in die Ausbildung der AMS-MitarbeiterInnen einfließen könnte.

2.5 Wahrnehmung von medialen Diskursen

Isabella Preindl

Individualisierende Schuldzuweisungen an arbeitslose Menschen werden auch über mediale Diskurse vermittelt und sind verbunden mit Begriffen wie „Sozialschmarotzer“ oder „soziale Hängematte“ und Sprichwörtern wie „Jeder ist seines Glückes Schmid“. Daher wurden die InterviewpartnerInnen dieses Forschungsprojektes auch zu ihrer Wahrnehmung dieser Diskurse und zu ihrem persönlichen Umgang mit vorurteilsbehafteten Zuschreibungen befragt. Hier werden dementsprechende Interviewpassagen zusammengefasst. In der Auswertung der Interviews kristallisierten sich drei dominante Themenbereiche heraus, die nachfolgend näher

beleuchtet werden. Im ersten Abschnitt geht es zunächst um die Einschätzung der Debatte zu sogenannten „Sozialschmarotzern“, wobei sich zeigt, dass die von Arbeitslosigkeit Betroffenen selbst auch eine Unterscheidung in legitime und illegitime Gründe für Arbeitslosigkeit und damit in gerechtfertigten und ungerechtfertigten Bezug von Sozialleistungen vornehmen. Interessant ist dabei auch die unterschiedliche Wahrnehmung und Beurteilung der eigenen Situation im Vergleich mit anderen SozialleistungsbezieherInnen. Im zweiten Abschnitt stehen Strategien der Zurückweisung medial vermittelter Schuldzuweisungen im Vordergrund. Abschließend wird der Frage nachgegangen, wie die InterviewpartnerInnen das Sprichwort „Jeder ist seines Glückes Schmied“ sehen.

2.5.1 Legitime versus illegitime Gründe für Arbeitslosigkeit

Wenn Menschen zur Wahrnehmung von öffentlichen Diskursen befragt werden, spielt gleichzeitig auch die Wahrnehmung der eigenen Situation bzw. deren persönliche Verarbeitung eine wichtige Rolle. Feststellen lässt sich, dass mehr als die Hälfte der InterviewpartnerInnen Erklärungen für allgemeine, strukturelle Gründe von Arbeitslosigkeit angeben. Zusätzlich werden in den Interviews immer wieder auch persönliche Erklärungs- bzw. Rechtfertigungsstrategien für die eigene Situation erwähnt. Dabei wird deutlich, dass die eigene Situation oft mit der anderer SozialleistungsbezieherInnen verglichen wird, für ähnliche Situationen und Ausgangslagen aber unterschiedliche Maßstäbe gesetzt werden.

So wird von einem Interviewpartner die sichtbare Tätowierung eines anderen Arbeitslosen, der denselben Kurs besucht, kritisiert, obwohl er selbst eine (nicht sichtbare) Tätowierung trägt, und hinzugefügt:

Wie gesagt, die sollen besser mal den Kopf einschalten und nicht einfach sagen, sie sind nicht vermittelbar, sie haben Probleme Arbeit zu finden, weil wenn ich da den Hals gestochen habe oder ich habe da die Innenarme gestochen [...], nein, bitte. Bitte, nein, da muss ich schon sagen, die nutzen [...] dann muss ich schon sagen: die, ja. Die nutzen es [Anm.: das Sozialsystem] schon aus (2, 459-464).

Ein Teil der InterviewpartnerInnen betont, dass sie sich selbst von Schuldzuweisungen nicht betroffen oder angesprochen fühlen, dies aber bei anderen für zutreffend halten. Hier zeigt sich eine unterschiedliche Bewertung des Rechts auf Leistungsanspruchnahme:

Da das mich persönlich jetzt nicht betrifft, weil ich von mir aus selber sagen kann, mit bestem Gewissen, dass ich mich echt bemühe, es ist jetzt nicht so, dass ich jetzt sage, ich nutze das jetzt aus, gut, in gewissem Sinn nutzt es jeder aus, der das in Anspruch nimmt, finde ich, aber wenn man kann, wenn man's braucht, wenn man dazu was tut, finde ich es in Ordnung. Also von dem her, hab ich kein schlechtes Gewissen (8, 221-225).

Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass der Vorwurf des „Missbrauchs“ von Sozialleistungen mitunter durchaus gerechtfertigt sei, die eigene Situation aber einen derartigen Vorwurf nicht rechtfertige. Fast alle Befragten stellen einen Bezug zu ihrem eigenen Leben her, wie auch die obige Passage zeigt.

Oft wird auch eine Unterscheidung zwischen legitimen und illegitimen Gründen für Arbeitslosigkeit und dem Bezug von Sozialleistungen getroffen. Die Befragten, die eine solche Unterscheidung vornehmen, zählen sich selbst aufgrund ihrer Geschichte zu legitimen Bezie-

herInnen von Sozialleistungen. Die Interviews zeigen sehr deutlich, dass der Diskurs um „Sozialmissbrauch“ sehr tief verankert ist und Menschen deshalb unter Druck sind, Rechtfertigungsgründe zu finden, um die eigene Arbeitslosigkeit zu legitimieren.

Der am häufigsten genannte nicht-legitime Grund für Sozialleistungsbezug ist Drogen- bzw. Alkoholabhängigkeit. Einer der InterviewpartnerInnen fordert sogar, dass drogen- bzw. alkoholkranken Menschen der Geldbezug gestrichen werden sollte. Diese werden auch eindeutig als „Sozialschmarotzer“ bezeichnet.

Das muss ich ganz ehrlich sagen, also das ist so, die könnten beide arbeiten, tun sie auch nebenbei, und es gibt keinen, der mir sagen kann, dass ihn jemand in die Sucht rein gezwungen hat. [...] Und da sage ich mir, das sind Sozialschmarotzer (2, 560-568).

Im Vergleich mit DrogenkonsumentInnen bzw. drogensüchtigen Menschen und in Abgrenzung zu Sucht mit ihren psychischen und physischen Folgen führt derselbe Interviewpartner seiner Meinung nach legitime Gründe für Arbeitslosigkeit an:

Aber [worüber] ich mir sicher bin, bei dem einen gibt es den Grund und den Grund, es gibt Leute, die psychisch krank sind, die Hilfe brauchen, die mit den Kindern überfordert sind. Das ist eine psychische Sache. Aber ich bin der Meinung: [...] einer, der gesund ist, der körperlich gesund ist und ein Alkoholproblem hat, da bin ich knallhart, da bin ich für Bezugsscheine. Und kein Geld mehr, kein Geld (2, 568-576).

Weiters hält dieser Interviewpartner fest, dass er selbst einen Antrag auf eine Invaliditätspension wegen Rückenbeschwerden gestellt hat. Hier findet eine Wertung statt: So werden gesundheitliche Gründe für Erwerbslosigkeit als gewichtige Gründe anerkannt, die körperlichen Folgen von Sucht als Grund für Erwerbslosigkeit allerdings nicht. Es entsteht der Eindruck, dass hier die Schuldfrage eine große Rolle spielt. Diese Schuldfrage bezieht sich darauf, dass drogenkranken Menschen ein Eigenverschulden an ihrer Situation unterstellt wird und diese somit kein Recht auf Leistungsbezug haben sollten.

Eine weitere Interviewpartnerin vergleicht ihre eigene Situation mit derjenigen von Menschen mit einer Suchtproblematik und ortet daraufhin eine Benachteiligung:

Aber es gibt so viele Leute, Alkoholiker, Drogensüchtige. Die kriegen Sozialhilfe, jeden Monat, Sonderzahlungen. [...]. Ich als alleinerziehende Mutter, kein Alkohol, keine Drogen, schau, dass ich durch komm durchs Leben, krieg keine Sozialhilfe. So, also, die fördern eigentlich Alkoholiker und Drogensüchtige, so wie es aussieht (16, 433-437).

Sie beschreibt sich selbst als alleinerziehende Mutter ohne Alkohol- und Drogenkonsum, die keine Sozialhilfe bekommt. Warum sie keine Grundsicherung ausbezahlt bekommt, geht aus dieser Textpassage nicht hervor. Sie sagt damit aber implizit, dass ihr eine Sozialleistung sehr viel mehr zustehen würde. Hier wird wieder eine Unterscheidung in legitime und illegitime Gründe für Arbeitslosigkeit und damit rechtmäßiges und unrechtmäßiges Beziehen von Sozialleistungen gemacht. Etwas später im Interview erzählt sie, welchen „Lösungsvorschlag“ sie für Drogen- und Alkoholsüchtige Menschen hätte, damit diese nicht mehr das Sozialsystem „ausnützen“ könnten:

Wieso kann man nicht irgendetwas machen für solche Leute, damit sie von solchen Sachen wegkommen. Sie irgendwo in eine Fabrik reinstellen, so heut tust Du arbeiten, täglich das Geld geben, nicht monatlich. So, wenn Du Deine Arbeit erledigt hast, kriegst Du Dein Geld. So, dann wird er wahrscheinlich arbeiten, damit er sein Geld kriegt. Und wenn er sich ein Bier kaufen will, kauft er sich ein Bier, aber am nächsten Tag hat er dann nichts. Er muss wieder arbeiten gehen, damit er was kriegt (16, 448-454).

Deutlich werden an diesen Aussagen Tendenzen einer Entsolidarisierung und Spaltung auch innerhalb – der sicher heterogenen Gruppe – der Arbeitslosen. Die für bestimmte Gruppen vorgeschlagenen Maßnahmen sind mitunter sogar sehr autoritär. Das verweist aber auch auf eine gesellschaftliche Grundstimmung, die von Entsolidarisierung, Ausgrenzung und Spaltung geprägt ist und dabei wenig Verständnis und Einfühlungsvermögen für bestimmte Gruppen erkennen lässt. Das reflektiert auch einen gesellschaftlichen Diskurs, in dem demokratische Grundrechte, wie soziale Rechte, immer mehr in Zweifel gezogen werden.

Eine weitere Personengruppe, der Leistungsbezüge weniger zugestanden werden und der ein Ausnutzen des Sozialsystems unterstellt wird, sind MigrantInnen. So wird etwa in einem Interview betont, dass v.a. diese Personengruppe das Sozialsystem in Österreich besonders „ausnützt“:

Sozialschmarotzer gibt es jetzt schon viele, also wenn ich da so zuschauen, Thema Ausländer, die wissen ja wirklich jeden Schlupfer, wo man etwas holen kann, wo ein Unsriger das nicht weiß, da denke ich mir schon, manche Leute sind auch von da, ich möchte jetzt nicht nur die Ausländer als Schnorrer betiteln, sondern auch die Unsrigen, es sind wirklich viele da, die vom Land abzocken (4, 303-307).

Dass MigrantInnen in Österreich tatsächlich in ihren sozialen Rechten oft beschnitten wurden und werden, wird kaum zur Kenntnis genommen oder als legitim betrachtet. So waren etwa bestimmte Gruppen von MigrantInnen in Österreich lange Zeit vom Bezug der Notstandshilfe ausgeschlossen. Trotzdem hält sich hartnäckig das Vorurteil, dass MigrantInnen mehr an Leistungen aus dem Sozialversicherungssystem beziehen oder gar bevorzugt werden würden. Im Hinblick auf die als legitim erachteten Gründe für Arbeitslosigkeit wird Arbeitslosen v.a. bei körperlichen und psychischen Erkrankungen Verständnis entgegengebracht, solange es sich nicht um Beschwerden aufgrund von Drogen- oder Alkoholmissbrauch handelt. Die InterviewpartnerInnen stellen auch hier einen Bezug zum eigenen Erleben und zur eigenen Gesundheit her:

Da meint man oft die Depression ist die Ursache, dass Du keine Arbeit hast, oder ist die Arbeitslosigkeit die Ursache für die Depression. Das weiß man ja dann nicht mehr. Und wenn man da einmal drinnen ist, ich kenne das ja von mir, wie es vor zwei Jahren noch intensiv war und jetzt noch hie und da auftaucht, dann hast Du auch nicht die Kraft, dass Du da so ohne weiteres herauskommst (1, 228-233).

Als weiterer legitimer Grund für den Bezug von Sozialleistungen werden fehlende Qualifikationen genannt, die die Chancen am Arbeitsmarkt reduzieren. Ein älterer Mann merkt im Interview an, dass die Anforderungen so gestiegen seien, dass er für sich nur wenig Chancen sieht:

Einzelne Jobs, die ich vor zwei Jahren, denke ich mal problemlos bekommen hätte, da [sind] jetzt ein abgeschlossenes Studium, drei Jahre Auslandsaufenthalt und drei Fremdsprachen [gefordert], ich kann aber nur zwei, ja und das ganze dann um 1.250 Euro brutto. (3, 81-84).

Eine 23-jährige Frau macht über zwar vorhandene Qualifikationen, aber fehlende Stellenangebote folgende, etwas ironische Aussage: *„Du kannst Frisör sein, so viel Du willst. Wenn in ganz Innsbruck alle glatzig wären, wärst Du trotzdem arbeitslos“* (14, 890-892).

2.5.2 Strategien der Zurückweisung medial vermittelter Schuldzuweisungen

Auch wenn viele InterviewpartnerInnen davon ausgehen, dass der Begriff „Sozialschmarotzer“ auf einige Menschen zutrifft, wird dennoch gleichzeitig relativ häufig in den Interviews das Argument angeführt, dass dieser Begriff zurückzuweisen ist, da Arbeitslosigkeit meist eine Situation ist, die man sich nicht freiwillig aussucht. Eine Interviewpartnerin dazu: *„Es wird sicher einige geben, die die Sozialleistungen ausnutzen, auf der anderen Seite denke ich mir, dass keiner freiwillig in der Arbeitslosigkeit ist und dass das sicher auch nicht ganz so toll ist“* (13, 199-201). Eine andere Interviewpartnerin dazu:

Ich glaube, ein vernünftig denkender Mensch hat keine Lust, Zuhause herumsitzen. Ich glaube, ein intelligenter Mensch hat das Bedürfnis, sein Wissen weiterzugeben, bei einer Firma zu arbeiten – gut, Bestimmte gibt es in jedem Land, die vom Sozialsystem profitieren (7, 180-189).

In Zusammenhang mit dem Argument der Unfreiwilligkeit von Arbeitslosigkeit wird auch von einem „Teufelskreis“ gesprochen, da arbeitslose Menschen zwar eigentlich arbeiten wollen, irgendwann aber den Antrieb und die Motivation verlieren, sich um Arbeit zu kümmern, und aus eigener Kraft daher nur mehr sehr schwer aus diesem Teufelskreis herauskommen.

Zwei InterviewpartnerInnen weisen den Begriff des „Sozialschmarotzers“ mit dem Argument zurück, dass es aufgrund der strengen Vorschriften und des niedrigen Geldbezuges gar nicht möglich wäre, Sozialleistungen auszunützen:

Also ich glaub, mit dem Geld was man da kriegt, da kann keiner ein Schmarotzer sein, also das geht vielleicht, wenn Du bei der Mama daheim wohnst und nichts zahlst, dann hast Du Taschengeld, aber wenn [Du] heut mit dem leben musst... (17, 426-428).

Oft nur indirekt angesprochen oder in einem Nebensatz mitschwingend, ist der Wunsch vieler InterviewpartnerInnen nach einer klaren „Trennung“: Nicht alle sollten ‚in einen Topf geworfen werden‘. Eine 50-jährige Frau dazu: *„Du kannst die Aussagen nicht ändern. Am liebsten würde man sagen, sie müssen das einfach trennen und das tun die Medien aber oft nicht. Die schmeißen alle in einen Topf, finde ich“* (22, 290-292). Eine solche Trennung in tatsächliche versus zu Unrecht beschuldigte „Sozialschmarotzer“ scheint für viele InterviewpartnerInnen eine wichtige Funktion der Abgrenzung von anderen und der Selbstaufwertung zu haben, wobei sie sich selbst immer in der Kategorie der zu Unrecht Beschuldigten verorten.

Eine weitere in den Interviews präsente Form der Zurückweisung von Schuldzuschreibungen findet sich in jenen Passagen, in denen Interviewte ihre Meinungen über PolitikerInnen äußern, obwohl es im Interviewleitfaden keine direkte Frage zur Wahrnehmung von PolitikerInnen gab. Hier fällt besonders auf, dass kein einziges positives Statement zu den österrei-

chischen PolitikerInnen gemacht wurde. Die Tendenz der Aussagen geht eher dahin, PolitikerInnen als realitätsfremd und phantasielos wahrzunehmen. Ein Interviewpartner äußert sich dazu folgendermaßen:

Ja, ich möchte noch einmal wirklich festhalten, dass es so wenig Phantasie gibt, so wenig Visionen gibt, die Politiker sind wirklich engstirnig, beschränkt möchte ich nicht wirklich sagen, aber es ist wirklich eine sehr bequeme Art und Weise, wie die Gesellschaft und die Politiker damit [Anm.: mit dem Problem der Arbeitslosigkeit] umgehen [...], ja diesen Eindruck habe ich, das man da einmal etwas mehr Phantasie und etwas mehr Mut in der Politik einfordern könnte (3, 330-342).

Derselbe Interviewpartner kritisiert etwas früher im Interview, dass PolitikerInnen über Missbrauch sprechen, weil sie selbst ihre Macht missbräuchlich einsetzen würden (3, 285-287).

Naja ich werde da ein bisschen unlustig, wenn ich solche Sachen höre, natürlich habe ich auch jetzt in dem Umfeld Leute kennen gelernt, wo ich sagen muss, na ja, ist irgendwie nicht ganz in Ordnung, was die machen, aber wie gesagt, wenn ein Politiker sagt, da wird Missbrauch getrieben, naja gut, dann fällt mir ein, dass Politiker auch [...] politische Macht missbräuchlich einsetzen. [...] [Ich] bin überhaupt empfindlich wenn es dann ins rechte Eck geht, wie „Die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg und dann haben sie auch noch alle Vorteile“ [...], ja da bekomme ich echt Bauchweh (3, 283-290).

Dieser Interviewpartner betont aber auch, dass es mit einer allgemeinen gesellschaftlichen Grundstimmung zu tun hat, dass Spaltungen und Schuldzuweisungen an bestimmte Gruppen möglich sind. Auch wenn er dies z.T. auf einen Gegensatz zwischen den Generationen zurückführt, betont er auch das Fehlen von gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung und Kritik:

Ja, da könnte ich gesellschaftspolitisch zum Philosophieren anfangen, weil ich denke, unser einer hat noch Häuser besetzt, heutzutage, wenn ich mir die Jugend anschau, na ja, da gibt es keine Aktionen mehr, da gibt es keine Kritik mehr, irgendwie ist unsere Gesellschaft kritik-müde, theorie-müde, [...], man nimmt einfach alles hin. Ja, solange die Kaufhäuser zum Shoppen bis 20.00 Uhr offen haben [...], aber gesellschaftspolitisch es tut sich nichts, habe ich den Eindruck. Vielleicht bin auch schon alters-starsinnig, aber ich habe echt den Eindruck, die Auseinandersetzung bei den Jugendlichen findet nicht mehr statt (3, 290-296).

Eine Aussage, die öfter auftritt, ist diejenige, dass PolitikerInnen realitätsfremd seien und zu wenig tun. Bei diesen Textpassagen wirkt es so, als wären die InterviewpartnerInnen wütend über Versäumnisse von PolitikerInnen. Ein Mann benennt dies ganz konkret im Kontext der Frage, wie er mit Begriffen wie „Soziale Hängematte“ und damit verbundenen Beschuldigungen umgeht:

Ja, da bekomme ich manchmal schon einen Zorn. Weil sie das ja eigentlich selbst verbockt haben. [...] Weil Politiker können Gesetze machen. Wirtschaftsbosse regieren mit ihrem Geld. Und im Endeffekt ist es die Gier der Großen, die die Armen arm hält. Und die Politiker tun nichts dagegen zum Ausgleich, weil sie alle zusammen unter einer Decke stecken (6, 343-349).

Neben der Wut über die Versäumnisse von PolitikerInnen nimmt er aber auch die Gesellschaft in die Verantwortung, etwas zu verändern. „*Wir alle. (lacht) War immer schon meine Meinung. Wenn, dann kann immer nur das Volk etwas ändern, weil die Regierungen kein Interesse haben, von ihrer Macht zu lassen*“ (6, 353-354).

Ein 56-jähriger Mann drückt sein Unverständnis über PolitikerInnen und seine Wahrnehmung der „Sozialschmarotzerdebatte“ folgendermaßen aus:

Ja mitbekommen schon [Anm.: die „Sozialschmarotzerdebatte“], aber denken, muss ich sagen, tu ich mir da... weil das einfach für mich so abstrakt ist, weil das nur jemand sagen kann, der keine Ahnung hat [...] Weil wie kann ein Mensch, der seinen sicheren Job hat, der sein gutes Geld verdient, so etwas sagen. Das ist für mich unverständlich (11, 742-747).

Die Aussagen zu PolitikerInnen sind oft von Wut und Zorn geprägt; sie können auch dahingehend interpretiert werden, dass die InterviewpartnerInnen damit versuchen, Schuldzuweisungen von PolitikerInnen gleichsam an diese zu retournieren, um sie damit wieder in die Verantwortung zu nehmen.

2.5.3 „Jeder ist seines Glückes Schmied“

Zum Abschluss wird noch der Frage nachgegangen, wie die InterviewpartnerInnen das Sprichwort „Jeder ist seines Glückes Schmied“ sehen. Es steht paradigmatisch für eine neoliberale Ideologie, die von einer vermeintlichen Gleichheit der Chancen aller ausgeht, bei gleichzeitig steigender sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung. Eine widerspruchslose Zustimmung zu diesem Sprichwort findet sich unter den InterviewpartnerInnen nur sehr selten. Ein 50-jähriger Mann meint dazu:

Ich habe eine Selbstverantwortung mir gegenüber und der Gesellschaft gegenüber [...] aber wie gesagt, ich habe eine Verantwortung mir gegenüber, meiner Familie gegenüber und ich habe eine Verantwortung der Gesellschaft gegenüber (2, 536-548).

Hier scheint es, als ob ideologische Diskurse reproduziert werden, denn gerade neoliberale Argumentationen gehen auch damit einher, dass Sozialstaatlichkeit mit der Aufgabe von Verantwortung und mit Bevormundung einhergehen würde. Auch wenn sozialstaatliche Bürokratie mitunter mit Bevormundung einhergeht – entsprechende Kritiken kamen aus den unterschiedlichen politischen Lagern –, so stellt sich dennoch die Frage, ob damit Sozialstaatlichkeit grundsätzlich in Frage gestellt wird oder nur bestimmte Ausformungen davon.

Die meisten InterviewpartnerInnen betonen demgegenüber die Zwiespältigkeit dieses Sprichwortes. Ein Interviewpartner äußert sich eher zynisch, indem er einerseits sagt, dass wahrscheinlich etwas Wahres dran ist, dieses Sprichwort aber gleichzeitig realitätsfremd sei:

Natürlich, das man für jede Situation selber die Verantwortung trägt, ist mir klar [...] ‚Jeder seines Glückes Schmid‘, ja, das ist einer von den vielen Sprüchen, die wahrscheinlich nur halb so blöd sind, wie sie klingen, aber wenn mir nur irgend jemand einigermaßen reflektiert sagen könnte, wie ich das anstellen kann, weil mir geht dazu der Verstand ab, ganz offensichtlich, manchmal auch der Humor (3, 305- 314).

Eine Interviewpartnerin stimmt dem Sprichwort zwar zu, relativiert dies dann aber wieder, da sie davon ausgeht, dass das Umfeld eine wichtige Rolle einnimmt:

Ich glaube, da muss ich fast übereinstimmen. Obwohl es natürlich, wie soll ich sagen, es fängt halt schon irgendwie an, wo man hineingeboren wird und das kann man sich auch nicht ganz aussuchen. Also ich glaube schon, dass es da manche leichter haben und andere weniger leicht. [...] Wobei, sicher, man kann viel aus sich machen, aber es gehört schon auch ein bisschen Glück dazu. Und die Chancengleichheit, das gibt es nicht ganz. Ich glaube schon, dass es jetzt unterschiedliche Chancen gibt (13, 230- 235).

Die Meinung, dass man nur bedingt für sein Glück verantwortlich sei, findet sich auch in der folgenden Passage: „*Bedingt würde ich sagen [trifft das Sprichwort zu]. Also ich glaube sicher, dass man mit seiner Einstellung sehr viel beitragen kann, aber es gibt auch einfach Phasen, wo es einfach nicht so läuft*“ (20, 221-223). Vor allem ungleiche Chancen und zu wenige Stellenangebote am Arbeitsmarkt kommen immer wieder als ein Faktor zur ‚Verhinderung von Glück‘ vor:

Das [Sprichwort] unterstreiche ich bedingt. Insofern, also man kann ja etwas daran ändern, an der Situation der Arbeitslosigkeit, man kann sich qualifizieren, dass man mehr Chancen hat oder wichtiger wird oder ja, man muss sich definitiv um eine Anstellung bemühen, das wird einem nicht in den Schoß gelegt und das betrachte ich auch als Schmieden am eigenen Glück. Aber das geht nur bedingt, weil ich kann der beste, produktivste, billigste Mitarbeiter überhaupt sein, aber wenn keiner Bedarf an mir hat, dann kann ich mich brausen gehen (18, 254-259).

Eine Interviewpartnerin kann diesem Sprichwort überhaupt keinen Wahrheitsgehalt entnehmen und äußert sich dazu folgendermaßen:

[D]as ist überhaupt der ‚Obertopfen‘, mit dem Sprichwort kann ich gar nichts anfangen. Das ist so wie mit der indischen Kaste. In der Kaste, in der Du auf die Welt kommst, [...] und dann kannst Du schmieden wie Du willst. [...] Das Kind kann schmieden wie [es] will, wenn es die Grundlagen nicht bekommt, dass es soziales Verhalten lernt, nicht nur Schulbildung und Geld, sondern, dass es weiß, wie man sich wo hineinfügt. Das sind die Ausnahmen, diese Hollywoodkarrieren, zum Beispiel der Elvis Presley, ist aus den Slums heraus, das ist jetzt der große Traum, aber da war viel Glück dabei, aber er hat es nicht geschmiedet, das Glück ist von außen gekommen (17, 450-459).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die InterviewpartnerInnen die öffentliche Debatte wahrnehmen, meist einen persönlichen Bezug herstellen und daher auch über eigene Erfahrungen erzählen. Die Unterscheidungen zwischen legitimen und illegitimen Gründen für Arbeitslosigkeit und damit zwischen gerechtfertigtem und ungerechtfertigtem Bezug von Sozialleistungen könnten auf eine Art Schutzmechanismus hindeuten, da sich die InterviewpartnerInnen durch eine solche Unterscheidung vor Beschuldigungen von außen zu schützen versuchen. Sichtbar wurde jedenfalls, dass einerseits zwar die „Sozialschmarotzerdebatte“ und damit verbundene Unterstellungen und Schuldzuweisungen für die eigene Person zurückgewiesen werden, andererseits aber auch eine breite Zustimmung vorherrscht zu der Annahme, dass es sehr wohl Menschen gebe, die das Sozialsystem ausnützen würden.

3 Politiken gegen Armut und soziale Ausgrenzung

3.1 Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – Teil der Lösung oder Teil des Problems?

Martina Hirner & Dominika Rödiger

Seit den 1980er Jahren und verstärkt seit den 1990er Jahren ist Europa mit dem Phänomen der Massenarbeitslosigkeit konfrontiert. Arbeitsmarktpolitik bewegte sich zu diesem Zeitpunkt aber noch mehr oder weniger ausschließlich auf nationalstaatlicher Ebene, erst mit dem Vertrag von Amsterdam 1997 kam es zu einer primärrechtlichen Verankerung von Beschäftigungspolitik auf der Ebene der Europäischen Union und damit zu einer Koordinierung der nationalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Die 1990er Jahre sind eine Dekade, die in Österreich sowohl von Fort- als auch Rückschritten in der sozialen Sicherung geprägt war, dennoch setzt hier eine Verschärfung der Restriktionen (Leistungskürzungen, Erschwerter Zugang etc.) gegenüber Arbeitslosen ein. Verantwortlich dafür war nicht zuletzt auch ein gesellschaftlicher Diskurs, der Arbeitsunwilligkeit und den „Missbrauch“ von Sozialleistungen ins Zentrum rückte. Die Dominanz neoliberaler Politik führte letztlich auch dazu, strukturelle Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut zunehmend in individuelle Defizite der betroffenen Personen umzudefinieren. Eine in diesem Sinn „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik trägt aber mitunter mehr dazu bei, die Probleme von Arbeitslosigkeit und Armut zu verschärfen als zu bekämpfen. Denn die damit verbundene Strategie der Flexibilisierung und Deregulierung von arbeitsrechtlichen Normen führte zur Atypisierung von Beschäftigungsverhältnissen und in der Folge zur Zunahme der „working poor“, also jener Menschen, die ihre Existenz trotz Erwerbsarbeit nicht sichern können. Ob nun „Aktivierung“ mehr als Disziplinierungsinstrument oder als Förderinstrument eingesetzt wird, ist ausschlaggebend dafür, ob Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik dazu geeignet sind, Armut und Ausgrenzung zu bekämpfen, oder ob sie sie befördern. Im folgenden Kapitel wird ein Überblick über die Entwicklung der europäischen Beschäftigungspolitik sowie deren Umsetzung und Auswirkungen auf österreichische Politik unter Bezugnahme auf wesentliche nationale Dokumente und jene der Europäischen Union gegeben.

3.1.1 Meilensteine europäischer Sozial- und Beschäftigungspolitik bis 2000

Ab den 1970er Jahren setzten in westeuropäischen Gesellschaften eine Liberalisierung des Welthandels sowie eine Privatisierung staatlicher Unternehmen und öffentlicher Dienstleistungen ein. Dies hatte eine Schaffung neuer Märkte zur Folge, die ursprünglich nicht der Marktlogik unterlagen, und führte zu einer entfesselten Marktwirtschaft (Hermann/Mahnkopf 2009, 7). Im Zuge dieses Prozesses haben sich in den 1980er Jahren die Staaten der Europäischen Gemeinschaft auf wirtschaftlicher Ebene in einer langwierigen und kontroversen Debatte politisch angenähert und sich schlussendlich auf das EG-Binnenmarktprogramm und in weiterer Folge auf die Wirtschafts- und Währungsunion geeinigt. Bis in die 1990er Jahre unterlag der Arbeitsmarkt ausschließlich einer nationalen Regelung und wurde von Seiten der EU nicht direkt beeinflusst (Bieling 2006, 50). Es gab jedoch eine indirekte Beeinflussung durch das EG-Binnenmarktprogramm, welches grenzüberschreitenden Handel förderte und einen Rückgang der Arbeitslosenquote mit sich brachte. Durch das Binnenmarktprogramm

wurde außerdem der europäische Wettbewerb forciert, was eine Deregulierung und Flexibilisierung der nationalen Arbeitsmärkte mit sich brachte; dies schlug sich in Lohnflexibilität und der Ausweitung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen nieder (ebd., 51). Österreich wurde 1995 Mitglied der Europäischen Union, die Beitrittsverhandlungen begannen aber bereits 1993 (Demokratiezentrum Wien 2011). In Vorbereitung auf den Beitritt kam es auch in Österreich zu Anpassungen an die europäische Politik. Die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebauten europäischen Wohlfahrtsregimes, die einen hohen Grad an Dekommodifizierung¹⁵ aufwiesen, wurden so langsam wieder rekommodifiziert (Hermann/Mahnkopf 2009, 4).

Anfang der 1990er Jahre trat das Thema „Massenarbeitslosigkeit“ auf die europäische Agenda. Dadurch entstand ein Druck auf die Europäische Union, gemeinsame Strategien zu entwickeln, um die Arbeitsmarktkrise in Westeuropa zu bewältigen (Bieling 2006, 51, 53). In der Folge wurde 1993 von der Delors-Kommission das Weißbuch für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung entwickelt, worin gemeinsame arbeitsmarktpolitische Strategien als Ausgangsbasis für eine gemeinsame Beschäftigungspolitik angestrebt wurden. Viele EU-Staaten hielten vorerst an der nationalen Verantwortung für Arbeitsmarktpolitik fest, letztlich gab es aber doch eine arbeitsmarktpolitische Einigung, die allerdings nicht den Charakter einer gemeinsamen Beschäftigungspolitik hatte, sondern sich auf eine angebotsorientierte Arbeitsmarktpolitik beschränkte. Die „gemeinschaftlichen Dimensionen“ der Europäischen Union waren in Bezug auf die Arbeitsmarktpolitik also eher gering ausgeprägt (ebd., 51-53, 41).

Delors Weißbuch diente als Grundlage für den Essener Gipfel im Jahr 1994, auf dem der Europäische Rat folgende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen festlegte:

- Förderung von Investitionen in die Berufsbildung;
- Steigerung der Beschäftigungsintensität des Wachstums;
- Senkung der Lohnnebenkosten;
- Verstärkung der Wirksamkeit der Arbeitsmarktpolitik;
- Maßnahmen zugunsten von Arbeitslosigkeit besonders betroffener Gruppen (ebd., 54).

Auf den Essener Gipfel folgte 1997 der Amsterdamer Vertrag, in dem eine EU-weite Beschäftigungspolitik festgelegt wurde, die ab nun einen eigenen Teilbereich der EU-Politik darstellte. Im Amsterdamer Vertrag wurde eine primärrechtliche Verankerung und Definition von Beschäftigungspolitik festgelegt. Nationale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sollte ab diesem Zeitpunkt EU-weit koordiniert werden, um Arbeitslosenraten zu senken und ein höheres Beschäftigungsniveau zu erzielen. Dieser Koordinierungsansatz wurde auf nachfolgenden EU-Gipfeln präzisiert und ausgestaltet (ebd., 39, 53).

Zudem wurden zu diesem Zeitpunkt spezielle Gremien und Ausschüsse eingerichtet, die sich mit dem Thema Beschäftigungspolitik befassen sollten. Ebenfalls 1997 wurde der Luxemburger-Prozess initiiert, in dem die Maßnahmen des Amsterdamer Vertrages konkretisiert und Definitionen und Leitlinien für eine europäische Beschäftigungsstrategie (European Employment Strategie) erstellt wurden (ebd., 53-55). Diese stützte sich auf vier Teilbereiche:

¹⁵ Dekommodifizierung meint die Ausgestaltung sozialer Rechte, um die Abhängigkeit der unselbständig Beschäftigten in ihrer Existenzsicherung und Wohlfahrt vom Markt zu reduzieren. Dekommodifizierung wird als emanzipatorischer Kern des Wohlfahrtsstaates bezeichnet.

- Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit,
- Entwicklung des UnternehmerInnengeistes,
- Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und
- Unterstützung von Maßnahmen zur Chancengleichheit für Frauen und Männer (Atzmüller 2009, 166).

Zielsetzung des ersten Teilbereiches war es, Maßnahmen zu setzen, um die Qualifikationen beschäftigungsloser Personen zu verbessern und Arbeitsanreize zu schaffen. Hinter der zweiten Leitlinie stand das Ziel, administrative und sozialregulative Hürden auf dem Weg zur beruflichen Selbständigkeit zu vermindern. Die dritte Leitlinie verbarg im Konkreten den Abbau der Sozial- und Mitbestimmungsrechte von ArbeitnehmerInnen. Der vierte Teilbereich ist der einzige, der „marktkorrigierende“ Aspekte enthält (Bieling 2006, 55).

Die European Employment Strategie (EES) wurde von allen Mitgliedsstaaten der EU, also auch von Österreich, unterzeichnet und sollte in nationalen Aktionsplänen (NAPs) umgesetzt werden, um somit die Vorgaben der EES zu erfüllen. Diese Reformpläne wurden auf europäischer Ebene ausgewertet und im Anschluss arbeitsmarktpolitische Empfehlungen an die einzelnen Staaten erteilt (Atzmüller 2009, 166).

Im Cardiff-Prozess 1998 und dem darauf folgenden Köln-Prozess 1999 standen politische Leitlinien, die den Arbeitsmarkt betreffen, eher im Hintergrund. Der Cardiff-Prozess zielte auf eine strukturelle Reform des EG-Binnenmarktes, um die Effizienz und Wirksamkeit der europäischen Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte zu garantieren. Der Köln-Prozess bezweckte eine intensivere Zusammenarbeit der Geld-, Finanz- und Lohnpolitik zwischen der Europäischen Zentralbank, den Kommission, den Wirtschafts-, Finanz- und Sozialministern und den Tarifparteien in einem makroökonomischen Dialog (Bieling 2006, 55-56).

3.1.2 Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik

Der Begriff „Aktivierung“ fand Eingang in den europäischen, politischen und sozialwissenschaftlichen Diskurs und steht für einen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik. In Österreich wurde ein Grundstein für aktivierende Arbeitsmarktpolitik bereits 1968 im Arbeitsmarktförderungsgesetz gelegt. Die Reduktion von Arbeitslosigkeit sollte damit einerseits durch bessere Qualifizierung der Arbeitskräfte umgesetzt werden und andererseits durch Zugangsbeschränkungen zum Arbeitslosengeld, Sanktionen und tendenzielle Verringerung der Leistungshöhe. Seit Mitte der 1980er Jahre verfolgt die österreichische Arbeitsmarktpolitik verstärkt dieses Modell des „Forderns und Förderns“ (Stelzer-Orthofer 2011, 145).

In den 1990er Jahren wurde in Österreich ein arbeitsmarktpolitischer Kurswechsel eingeleitet, für den folgende Faktoren die Auslöser waren: Anstieg der Arbeitslosenquote, Ausgliederung der Arbeitsmarktverwaltung aus der hoheitsstaatlichen Verwaltung und Überführung in ein eigenständiges Arbeitsmarktservice (AMS) 1994, Budgetkonsolidierungsmaßnahmen, die Europäische Beschäftigungsstrategie und die v.a. von der FPÖ initiierte „SozialschmarotzerInnendebatte“. „Aktivierung und Restriktion“ waren die Schlagwörter der Leistungsgestaltung des Arbeitslosengeldes ab 1993. Wesentlichen Einfluss hatten dabei die Konvergenzkriterien des Vertrages von Maastricht 1992. Um diese einhalten zu können, wurden sowohl Einsparungen vorgenommen, als auch Budgets zusammengelegt. Diese Sparmaßnahmen wirkten sich wesentlich auf die Ersatzleistungen der Arbeitslosenversicherungen aus (ebd., 145).

Die 1990er Jahre sind zentral von dem Begriff der Aktivierung geprägt, der ein Schlüsselbegriff des Um- und Abbaus des Sozialstaates wurde. Er verweist auf ein neues Sozialmodell, den „aktivierenden“ Staat, dessen Ziel es ist, Wohlfahrtsabhängigkeit zu verhindern, Ausgrenzung zu vermeiden und Armut zu bekämpfen. Als Konzept, das mit der Entlastung öffentlicher Budgets in Zusammenhang steht, ist es aber auch ein restriktives Konzept. Denn die aktivierenden Maßnahmen sind oft so konzipiert, dass sie den Zugang zu Sozialleistungen verhindern oder erschweren. Insofern wird das Konzept auch als Disziplinierungsstrategie kritisiert (Stelzer-Orthofer/Weidenholzer 2011, 7-8).

Im Zuge dieser Aktivierungspolitik wurde, wie bereits erwähnt, die Arbeitsmarktverwaltung in Österreich reformiert. Anstoß dafür war u.a. eine Studie, die ergab, dass die Vermittlung arbeitsuchender Menschen aufgrund der Struktur der Organisation zu wenig effizient sei. Deshalb sollten die Informations-, Betreuungs-, Beratungs- und Vermittlungsangebote ausgebaut und verbessert werden. Die Ergebnisse der Studie brachten einige wesentliche Umstrukturierungen in der Arbeitsmarktverwaltung mit sich, wie beispielsweise die Zusammenführung von Leistungszuerkennung und arbeitsmarktpolitischen Aufgaben. Auf Basis dieser Studie wurde 1994 das Arbeitsmarktservicegesetz beschlossen, das die Ausgliederung der Arbeitsmarktverwaltung aus der staatlichen Verwaltung und die Organisation als eigene Körperschaft vorsieht (Atzmüller 2009, 154-156).

Die Neuregelung des Arbeitsmarktservice hatte eine weniger zentralistische Organisation zur Folge und förderte regionale Organisationsstrukturen, die den einzelnen Bundesländern individuelle Handlungsspielräume je nach regionaler Arbeitsmarktsituation ermöglichen sollten. Die Aktivitäten des AMS werden dabei über Zielvorgaben durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit bzw. für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz gesteuert (ebd., 157, 159), die sich wiederum auf die europäischen Beschäftigungsstrategien beziehen.

3.1.3 Europäische und österreichische Beschäftigungspolitik ab 2000

Mit der Lissaboner Agenda im Jahr 2000 kam es zu einer Aufwertung der Sozialpolitik auf europäischer Ebene, die sich zum Ziel setzte,

die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen (Europäischer Rat 2000, 2).

In der Lissabon-Strategie wurden vorangegangene Strategien und Prozesse zusammengeführt und eine gemeinsame Konzeption einer europäischen aktivierenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verfolgt (Bieling 2006, 56). „Auch wenn in der Lissabon-Strategie der Sozialpolitik ein deutlich höherer Stellenwert zukommt, so ist das eigentliche Ziel doch, die EU bis 2010 global zur wettbewerbsfähigsten Region zu machen“ (Weiss 2010, 20).

Die Leitlinienbildung für die gemeinsame Beschäftigungsstrategie war nicht mit innovativen Entwicklungen verbunden, sondern basierte maßgeblich auf der European Employment Strategie des Luxemburg-Prozesses. Das Durchführungsverfahren für die beschäftigungspolitischen Leitlinien, welche im Lissabon-Vertrag festgelegt wurden, sah konkrete Vorschläge für die Umsetzung der Strategie auf nationaler Ebene vor. Die Regierungen der einzelnen

Mitgliedsstaaten arbeiteten auf dieser Grundlage nationale Aktionspläne aus und versuchten diese gesetzlich zu verankern. Diese Aktionspläne wurden auf EU-Ebene auf ihre Wirksamkeit und Erfolgsquote hin ausgewertet und überprüft, um „best practices“ zu ermitteln. Fraglich blieb, ob dieses Verfahren tatsächlich zu verallgemeinerbaren und objektiven Resultaten führen würde, da zum einen die spezifischen Eigenheiten der nationalen Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsregierungen und zum anderen „die Positionen eines Landes in der europäischen und internationalen Arbeitsteilung“ nicht einbezogen wurden (Bieling 2006, 56-59).

Eingang finden in die europäische Debatte und Arbeitsmarktpolitik auch die Begriffe „Armutsminderung“ und „Soziale Inklusion“ und werden in der Lissabon-Strategie des Europäischen Rates festgeschrieben. Als Lösungsansatz für Armutsminderung wird die Strategie der „active inclusion“ verfolgt, die hauptsächlich Erwerbsarbeit fokussiert, da ein Arbeitsplatz als bester Schutz vor sozialer Ausgrenzung angesehen wird (Fink 2011, 31). In der Lissabon-Strategie werden Wachstum und Beschäftigung als „die“ zentralen Faktoren gehandelt, die Menschen eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen (Europäischer Rat 2000, 11). Beschäftigung firmiert in dem Dokument auch als Garant und Voraussetzung für die Förderung des regionalen Zusammenhaltes (ebd., 3).

In kapitalistischen Marktgesellschaften hat Beschäftigung insbesondere zwei integrative Aspekte: Einerseits bringt Arbeit monetäre Entlohnung und somit eine finanzielle Sicherheit und autonome Kaufkraft mit sich. Andererseits geht sie mit gesellschaftlicher Anerkennung einher, sie fördert soziale Kontakte und trägt zu Prestige und Selbstwertgefühl bei. Jedoch greift es zu kurz, die gesellschaftliche Integration ausschließlich über die Teilhabe am Arbeitsleben zu definieren, da so weitere relevante, vom Erwerbsleben unabhängige Formen der gesellschaftlichen Teilhabe unberücksichtigt bleiben, wie z.B. die Teilhabe an Bildung oder die politische Partizipation. Der Aktivierungsansatz als Instrument der Armutsminderung steht so ausschließlich mit der Integration in den Arbeitsmarkt in Zusammenhang, wodurch Erwerbsarbeit als Gesellschaftsnorm definiert wird und andere Lebensmodelle unzulässig erscheinen lässt (Fink 2011, 32). Die Dimension der immer ungleicheren Verteilung von gesellschaftlichen Ressourcen, die Einschränkung des Zugangs zu sozialen Diensten sowie deren Vermarktlichung werden als Faktoren, welche Armut hervorbringen, außer Acht gelassen. Zudem begünstigt die Steuerpolitik eine Umverteilung „von unten nach oben“.

In den entsprechenden Dokumenten des Europäischen Rates wird der neuen Wissensgesellschaft ein enormes Potenzial bei der Erhöhung der Beschäftigungsquote und somit bei der Reduzierung von Armut und sozialer Ausgrenzung zugeschrieben (Europäischer Rat 2000, 11). Hierbei wird dem Konzept des lebenslangen Lernens ein hoher Stellenwert für die Erfolgsstrategie einer neuen europäischen Gesellschaft zugeschrieben. Die beiden Variablen „lebenslanges Lernen und Anpassungsfähigkeit durch flexible Gestaltung der Arbeitszeiten und Wechsel zwischen Ausbildung und Beschäftigung“ (ebd., 10) sollen sich dabei gegenseitig ergänzen. Eine bessere Beschäftigungsfähigkeit und die Erhöhung der Qualifizierung sollen mit Unterstützung einer europäischen Datenbank, in der Arbeits- und Weiterbildungsangebote erfasst werden, erzielt werden (ebd.). Angestrebt wird somit eine auf Wissen basierende Gesellschaft, in der auch Beschäftigungslose hoch qualifiziert werden. Arbeitslosigkeit wird so in der europäischen Politik wesentlich als individuelles Qualifizierungsproblem betrachtet und weniger an strukturellen Gegebenheiten festgemacht.

Durch aktivierende Arbeitsmarktpolitik soll die „Beschäftigungsfähigkeit“ durch berufliche Aus- und Weiterbildungen gestärkt sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht werden. Beides dient primär der Zielsetzung einer Erhöhung der Beschäftigungsquote, die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse wird jedoch nicht definiert. Die Interventionen sollen überdies das Humankapital stärken und Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern herstellen, die Thematisierung eines „bedarfsgerechten monetären Sozialtransfers“ bleibt jedoch ausgespart (Fink 2011, 38). Obwohl andere Umsetzungsformen möglich wären, geht diese Aktivierung auch auf österreichischer Nationalstaatsebene weiterhin in eine liberale Richtung, die v.a. eine Reduktion monetärer sozialstaatlicher Leistungen mit sich bringt; eine andere Möglichkeit der Reform wird nicht angedacht (ebd. 2011, 44). Im Jahr 2008 betrug das für aktivierende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen veranschlagte Budget etwa 1,806 Millionen Euro (BMSK 2008, 25).

Die von 2000 bis 2007 regierende Mitte-Rechts-Koalition (ÖVP und FPÖ) in Österreich nahm in ihrem Regierungsprogramm explizit Bezug auf die Europäische Beschäftigungsstrategie und den Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung. Im Regierungsprogramm von 2003 wurde angeführt, dass die Ziele zur Hebung der Beschäftigungsquote auch den Rahmen für die österreichische Beschäftigungspolitik darstellen. Schwerpunkt der arbeitsmarktpolitischen Strategie war dabei eine Fortsetzung der Organisationsreform des AMS, mit der eine höhere Vermittlungsquote von Erwerbslosen angestrebt wurde. Dies beinhaltete etwa eine engere Zusammenarbeit mit Betrieben, die Erhöhung der Durchlässigkeit von Berufsbildern, eine Lockerung des Berufsschutzes bzw. die Flexibilisierung der Zumutbarkeitsbestimmungen (Atzmüller 2009, 167) und eine Erweiterung der Sanktionsmöglichkeiten (z. B. Beim Versäumen eines Kontrolltermins beim AMS) (Stelzer-Orthofer 2011, 149). Verfolgt wurde eine überwiegend restriktive Orientierung in der Arbeitsmarktpolitik und ein Zurückdrängen des Einflusses der Sozialpartner, v.a. der Arbeiterkammer und der Gewerkschaften (Atzmüller 2009, 168).

Eine wesentliche Ausrichtung dieser Regierung war auch die Verhinderung von „missbräuchlicher Inanspruchnahme von Sozialleistungen“, wie Arbeitslosenversicherung und Notstandshilfe, und die Erhöhung der „Treffsicherheit“ des Sozialsystems. Personen die von Arbeitslosigkeit betroffen waren, wurde verstärkt „Arbeitsverweigerung“ oder „Arbeitsunwilligkeit“ und somit Eigenverschuldung an ihrer Situation unterstellt, wodurch strukturelle Ursachen in den Hintergrund der Problematik rückten. Dadurch verstärkte sich auch der gesellschaftliche Druck auf arbeitslose Menschen; das verbreitete Bild des unwilligen Sozialschmarotzers bzw. der unwilligen Sozialschmarotzerin wurde ausgeschmückt und verfestigt (Stelzer-Orthofer 2011, 148).

3.1.4 Die Weiterführung und Umsetzung der Lissabon-Strategie

Die sozialpolitischen Agenden sind Teil des inkludierenden europäischen Ansatzes. In diesen regelmäßig erscheinenden Dokumenten soll die Lissabon-Strategie und ihre Umsetzung in Maßnahmen transformiert werden (Europäische Kommission 2000, 2). In der Sozialpolitischen Agenda 2000 wird die Wichtigkeit des „Policy-Mix-Ansatzes“, der die Integration von Sozial-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik beinhaltet, betont. Aus dieser Verbindung soll wirtschaftliche und soziale Modernisierung resultieren (ebd., 5). Die Interdependenz der drei Politikbereiche wird als Voraussetzung für fortschrittliche soziale und wirtschaftliche Ent-

wicklungen gesehen. Für die Zielerreichung bedarf es der Einigkeit aller politischen Akteure aus den verschiedenen Bereichen (ebd. 7, 6).

Europa soll das ganze Beschäftigungspotenzial ausschöpfen, die Beschäftigungsquote steigern und somit Beschäftigungsdefizite (z.B. im Dienstleistungsbereich) ausgleichen, um die Basis für eine dauerhafte Finanzierung der Sozialsicherungssysteme herzustellen (ebd., 2, 7, 10). Um dies zu bewerkstelligen, soll durch „Sozialausgaben für Gesundheit und Bildung“ in die Förderung von „Humanressourcen“ investiert werden, um so zu einer florierenden Wirtschaft beizutragen (ebd., 6). Herzstück der Beschäftigungsstrategie ist die Ausrichtung auf Vollbeschäftigung, wobei dies „bedeutet die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen“ (ebd., 15). Daneben wird der „wirtschaftlichen Dynamik sowie einem Mehr an sozialem Zusammenhalt und Fairness“, Beachtung geschenkt (ebd., 5). Obwohl in der Sozialpolitischen Agenda 2004 eingestanden wird, dass die Beschäftigungsziele zu hochgesteckt und außer Reichweite waren, weicht die Europäische Kommission auch in diesem Dokument nicht von dem übergeordneten Ziel der Vollbeschäftigung ab (Europäische Kommission 2004a, 4, 6).

Besonderes Augenmerk wird auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas gelegt. Um diese zu gewährleisten, braucht es eine Verbesserung der Qualität der Arbeit, welche zu verbesserten Arbeitsergebnissen führen soll (Europäische Kommission 2000, 7). In den Kommissionsvorschlägen wird unter dem Kapitel „Auf dem Weg zu mehr und besseren Arbeitsplätzen“ das Konzept des „lebenslangen Lernens“ als Teillösung für die Erreichung von höheren Beschäftigungsquoten genannt, das vertiefend ausgearbeitet werden soll (ebd., 31, 18). Die zwei Begriffe „Solidarität“ und „Wettbewerb“ werden in diesem Dokument in einem „Atemzug“ genannt und in Zusammenhang gestellt. Weiters wird angemerkt, dass dabei ein „Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Sicherheit sicherzustellen ist“ (ebd., 27). Die beiden Begrifflichkeiten „Flexibilität“ und „Sicherheit“ müssen sich nicht prinzipiell widersprechen, da flexible Arbeitsverhältnisse mit individuellen Bedürfnissen übereinstimmen können. Fraglich ist, ob die Realität in der heutigen Arbeitsgesellschaft auch die notwendigen Sicherheiten hierfür bieten kann und ob sich Flexibilisierung auch an den Bedürfnissen der Beschäftigten und nicht nur an jenen der Unternehmen orientiert. Gegenwärtig weist die Realität – v.a. in Bezug auf die zunehmenden atypischen Beschäftigungsverhältnisse – aber in eine entgegengesetzte Richtung.

Im Jahr 2003 wurden im Rahmen der Lissabon-Strategie in der Europäischen Kommission neue beschäftigungspolitische Leitlinien definiert (Bieling 2006, 59). Die im Luxemburg-Prozess entwickelte European Employment Strategie wurde nun endgültig aufgegeben. Nunmehr hieß die Leitlinie „Europäische Strategie für Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze für alle“ und war eher schlanker und allgemeiner gehalten (Atzmüller 2009, 166). Die neuen Ziele waren also „Vollbeschäftigung, Steigerung der Arbeitsplatzqualität und der Arbeitsplatzproduktivität sowie die Förderung des sozialen Zusammenhalts sowie der sozialen Integration“ (Europäischer Rat 2003, zit. n. Atzmüller 2009, 167). Angeregt wurde diese Neuorientierung von fortschrittlichen Regierungen und Gewerkschaften, die auf die im Zuge der Umsetzung der Lissabon-Strategie steigende, soziale Ungleichheit aufmerksam machten (Bieling 2006, 59).

Die zehn neuen Leitlinien dieser EU Beschäftigungsstrategie lauteten:

1. Aktive und präventive Maßnahmen für Arbeitslose und Nichterwerbspersonen;
2. Schaffung von Arbeitsplätzen und Unternehmergeist;
3. Bewältigung des Wandels und Förderung der Anpassungsfähigkeit in der Arbeitswelt;
4. Förderung des Aufbaus von Humankapital und des lebenslangen Lernens;
5. Erhöhung des Arbeitskräfteangebots und Förderung des aktiven Alterns;
6. Gleichstellung der Geschlechter;
7. Förderung der Integration und Bekämpfung der Diskriminierung benachteiligter Gruppen auf dem Arbeitsmarkt;
8. Arbeit lohnend machen und entsprechende Anreize schaffen;
9. Überführung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit in reguläre Beschäftigung;
10. Überwindung regionaler Disparitäten bei der Beschäftigung (ebd., 62).

Ein Jahr später erstellte die Europäische Kommission das Weißbuch Dienstleistungen, das sich vorrangig auf die Wettbewerbsfähigkeit im Bezug auf den Binnenmarkt konzentriert. Einen Teil dieser Befähigung zum wirtschaftlichen Wettbewerb soll die Öffnung der Dienstleistungsmärkte darstellen. Die Zugänglichkeit, Verfügbarkeit und Leistbarkeit von Dienstleistungen soll durch Konkurrenz hergestellt werden (Europäische Kommission 2004b, 5, 8). Allerdings behält sich die Kommission noch vor, die Auswirkungen der durch die Öffnung der Dienstleistungsmärkte entstehenden Liberalisierung auf die Bevölkerung zu beurteilen (ebd., 22).

Bildung und Investitionen in das Humankapital werden zum wiederholten Male auch in der Sozialpolitischen Agenda 2008 als eine bedeutende Voraussetzung für den Arbeitsmarktzugang, soziale Eingliederung und den Wettbewerb genannt (Europäische Kommission 2008, 10). In dieser Agenda werden die vorangegangenen Maßnahmen der EU gelobt und deren Wirksamkeit bestätigt, so wird betont, dass das Binnenmarktprogramm trotz Marktöffnung immer Rücksicht auf die sozialen Auswirkungen der damit verbundenen Liberalisierung genommen habe (ebd., 5). Ebenso trug, laut der Sozialpolitischen Agenda 2008, die Wirtschafts- und Währungsunion und der Euro als Gemeinschaftswährung zur „Schaffung von Arbeitsplätzen“ und zu „stabile[m] Wachstum“ bei (ebd., 5). Die Kommission betont, dass die „Beschäftigungs- und Sozialpolitik der EU zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen (z. B. In Bezug auf Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz) geführt [...] und die soziale Eingliederung verbessert“ habe (ebd., 9). In Anbetracht der Tatsache, dass schon in diesem Jahr die Wirtschafts- und Finanzkrise auch in Europa ihre Auswirkungen zeigte, ist dies ein sehr positiver Blick auf die Auswirkungen der EU-Maßnahmen. Im Rahmen der Dokumente zur Europa-2020-Strategie wird diese Sicht allerdings relativiert (Europäische Kommission 2010; Europäischer Rat 2010a).

In der Agenda von 2008 wird der Begriff „Flexicurity“¹⁶ genannt, der sich aus den englischen Begriffen „flexibility“ (Flexibilität) und „security“ (Sicherheit) zusammensetzt und später weiterverfolgt wurde, etwa auch in der Europa-2020-Strategie. Die Grundsätze dieser Idee lauten: „flexible und sichere Arbeitsverträge, lebenslanges Lernen, aktive Arbeitsmarktpolitik und moderne Sozialsysteme“ (Europäische Kommission 2008, 10). Lebenslanges Lernen ist nicht nur Teil des Flexicurity-Ansatzes, sondern ist im gesamten Dokument ein wesentlicher

¹⁶ Die Ausgewogenheit von Flexibilität und Sicherheit werden allerdings schon in der Sozialpolitischen Agenda von 2000 betont (vgl. Europäische Kommission 2000)

Bestandteil in Bezug auf das Beschäftigungspotenzial, wobei die angebotenen Weiterqualifizierungen „an den aktuellen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientiert sein müssen“ (ebd.).

3.1.5 Die Umsetzung der Lissabon-Strategie in Österreich

In Österreich schlug sich der von der EU verfolgte Flexicurity-Ansatz in der Veränderung der Zumutbarkeitsbestimmungen nieder und hatte z.B. eine Begrenzung des Berufs- und des Entgeltsschutzes zur Folge. Weitere Umsetzungsstrategien waren die Abfertigung Neu, der Dienstleistungscheck und der Kombilohn¹⁷ (Stelzer-Orthofer 2011, 149; BKA 2006, 29-30). 2008 wurden unter der SPÖ-ÖVP-Regierung die Zumutbarkeitsbestimmungen nochmals verschärft. Diese Verschärfung fand sich schon im nationalen Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung vom Jahr 2007, in welchem festgehalten wurde, dass die Zumutbarkeitsbestimmungen „im Hinblick auf Effizienz, Effektivität und Österreich weite Mobilität von Arbeitsuchenden modifiziert werden“ sollen (BKA 2007, 46). Der neutral klingende Punkt „Modernisierung der Zumutbarkeitsbestimmungen“, der im Reformprogramm 2008 vermerkt ist, meint eigentlich eine Lockerung der Zumutbarkeitsbestimmungen zulasten der Beschäftigten. Bewirkt werden soll, die „Anreize für die Arbeitsaufnahme zu stärken [damit sind] im Wesentlichen Regelungen zu Wegzeiten, Annahme von extern vermittelten Stellen und zeitlicher Mindestverfügbarkeit“ gemeint (BKA 2008, 43; Stelzer-Orthofer 2011, 149-150).

In die nationale Umsetzung der EU-Programme wurde auch in Österreich die bessere Qualifizierung von Arbeitslosen durch öffentliche und private Bildungsangebote aufgenommen (BKA 2006, 29). Das Konzept des lebenslangen Lernens, das auch die EU als zentral für die Qualifizierung von Arbeitslosen betrachtet, wurde in den Reformprogrammen festgeschrieben und in fünf Schwerpunkte unterteilt: „Lebenslang Lernen durch Lebensphasenorientierung“ stellt den ersten Schwerpunkt dar und beinhaltet etwa das Wegkommen von der Vorstellung von durchgängigen Bildungs- und Beschäftigungsverläufen. Der zweite Schwerpunkt heißt „Lernende in den Mittelpunkt stellen“ und soll z.B. durch die Verbreitung von Bildungsprogrammen die den Bedürfnissen Erwachsener und ihrer Lebenslage gerecht werden, umgesetzt werden. Die „Life-Long Guidance“ soll u.a. durch ein umfassendes berufliches Beratungs- und Orientierungsangebot gewährleistet werden. Vorletzter Schwerpunkt ist die „Kompetenzorientierung“, bei der es um informelles und nicht-formales Lernen geht, um die Übersetzung von Qualifikationen in Kompetenzen, die Anerkennung dieses nicht-formal erworbenen Wissens und die Entwicklung eines nationalen Qualifikationsrahmens. Als fünfter Schwerpunkt wird die „Förderung der Teilnahme am lebenslangen Lernen“ genannt, mit der Barrieren im Zugang zum lebenslangen Lernen abgebaut, eine stärkere Kooperation zwischen Bildungsinstitutionen und Arbeitsmarkt und eine Schaffung von regionalen Weiterbildungsbündeln initiiert werden sollen (ebd., 28-29).

Für 2007 wird das Konzept des lebenslangen Lernens konkret als zentraler Schwerpunkt der Arbeitsmarktförderung des AMS definiert. Allen ArbeitslosengeldbezieherInnen soll ein Zugang zu beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen ermöglicht werden. Im Reformprogramm 2007 wird festgehalten, dass sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die Strategien der vorangegangenen Programme „zu einer positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt“ (BKA

¹⁷ Ein Kombilohn besteht aus „Grundlohn und staatlichem Zuschuss, um gering qualifizierten Arbeitslosen oder Langzeitarbeitslosen eine Beschäftigung zu ermöglichen“ (bpb 2012).

2007, 32) und zur Hebung der Beschäftigungsquote in Österreich geführt haben (ebd., 40, 48): „Österreich lebt Flexicurity vor und hat das Prinzip Flexibilität durch Sicherheit auch im Regierungsprogramm verankert“ (ebd., 46), so das nationale Reformprogramm von 2007 für Wachstum und Beschäftigung. Der Flexicurity-Ansatz zieht sich wie ein roter Faden durch die Reformprogramme der letzten Jahre und wurde 2007 in einem Flexicurity-Paket nochmals konkretisiert und im Jahr 2008 durch spezifische Maßnahmen ergänzt (BKA 2008-2010, 40).

3.1.6 Neue Strategien für Europa

Das aktuelle Programm der Europäischen Union lautet Europa-2020 und löste im Jahr 2010 die Lissabon-Strategie ab. Die angestrebten Ziele der Lissabon-Agenda kamen im Kern nicht zur Umsetzung. Das Scheitern der Zielerreichung wurde mit einer ungenügenden Umsetzung der einzelnen Mitgliedsstaaten sowie mit der Wirtschafts- und Finanzkrise begründet. Ein eventueller direkter Zusammenhang zwischen der Lissabon-Strategie und der Finanzkrise wurde nicht angedacht, denn immerhin forcierte diese Strategie Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung und verschärfte auch die Einkommens- und Vermögensungleichheiten. Eine Evaluation innerhalb des europäischen Rates sowie eine öffentliche Auseinandersetzung zum Ausgang der Lissabon-Strategie fand nicht statt und war auch nicht beabsichtigt (Dräger 2010, 82).

Im Vergleich zur Lissabon-Agenda, welche mit zahlreichen unrealistischen Zielsetzungen überladen war, wurden in der Europa-2020-Strategie weniger und erreichbarere Ziele gesetzt. Die Schwerpunkte sind „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“. Die inhaltliche Ausrichtung zielt vordergründig auch auf „ökologische Modernisierung“ im Sinne einer schadstoffarmen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft ab. Konkret bedeutet dies etwa, dass die EU Mitgliedsstaaten die Klima- und Energierichtwerte der EU erreichen müssen (ebd., 82-83). Der Mitteilung der Europäischen Kommission zur Europa-2020-Strategie ist zu entnehmen, dass Europa wachstums- und wettbewerbsfähig bleiben soll, um einen wirtschaftsbedingten Niedergang zu verhindern, verbunden mit dem Anspruch, umweltfreundlich zu sein und die CO²-Emission zu verringern (Europäische Kommission 2010, 9, 18). Fraglich ist jedoch, wie Produktivitätssteigerung ohne die Ausbeutung von Rohstoffen möglich sein soll, denn in der historischen Entwicklung des Kapitalismus waren Restrukturierungsprozesse immer mit immensem Ressourcenverbrauch und einer intensivierten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft verbunden (vgl. Dörre 2009). Die Widersprüchlichkeiten, die die Begriffe „Ressourcenschonung“ und „Wirtschaftswachstum“ in sich bergen, werden aber tabuisiert. „Wachstum“ wird in diesem Zusammenhang als stabilisierend gesehen und ideologisiert, eine kritische Betrachtung des Begriffes bleibt aus, Alternativen werden nicht angedacht.

Eine weitere Ausrichtung ist die „Förderung von Wissen und Innovation“, die durch eine Steigerung der Forschungsausgaben erreicht werden soll. Auch das Erreichen eines „hohen Beschäftigungsniveau[s] mit sozialem und territorialem Zusammenhalt“, konkret die Erreichung einer EU-weiten Beschäftigungsquote von 75%, ist Inhalt von Europa-2020 (Dräger 2010, 83). Hier wird ausdrücklich die Notwendigkeit eines sozialen und territorialen Zusammenhaltes thematisiert, der durch eine Erhöhung der „Erwerbsbevölkerungs-Mitwirkung“ erzielt werden soll. Eine hohe Beschäftigungsquote soll zu Wachstum führen und Wachstum wiederum zu sozialem Zusammenhalt (Europäische Kommission 2010, 21). Schlussfolgernd kann gesagt werden, dass europäische Politik sozialen Zusammenhalt hauptsächlich durch die

Teilnahme am Erwerbsarbeitsmarkt herstellen möchte. Unter das „integratives Wachstum“ fällt die Modernisierung der Arbeitsmärkte, die in der „Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“ festgeschrieben wird. Diese Modernisierung soll „die Mobilität der Erwerbstätigen und [den] lebenslange[n] Erwerb von Qualifikationen erleichter[n], um die Beschäftigungsquote zu erhöhen und Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besser aufeinander abzustimmen“ (ebd., 37). Von der erwerbstätigen Bevölkerung wird erwartet, möglichst flexibel und mobil zu sein sowie sich lebenslang weiterzubilden. Dies impliziert, dass Menschen sich an die neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten in einem lebenslangen Prozess anpassen müssen – nicht umgekehrt.

Um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, wird immer wieder auf die Notwendigkeit von genügend, ausreichend qualifizierten Arbeitskräften und deren aktive Mitwirkung verwiesen. Deshalb sei es auch notwendig, Bevölkerungsgruppen beruflich zu aktivieren und zu qualifizieren, die dem Arbeitsmarkt bis dato noch nicht bzw. nicht hinreichend zur Verfügung standen. In diesem Zusammenhang werden Frauen, ältere Menschen und gering qualifizierte Personen genannt. Im Allgemeinen ist von einer prinzipiellen Erhöhung des Bildungsniveaus und der Schaffung besserer Beschäftigungspotenziale für die gesamte Bevölkerung die Rede (ebd., 13).

Letztlich sind die Leitziele der Europa-2020-Strategie jenen der Lissabon-Strategie sehr ähnlich, mit Ausnahme des ökologischen Schwerpunktes. „Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit“ als Etiketten der alten Lissabon-Strategie bleiben weiterhin in ihrer Bedeutung erhalten (Dräger 2010, 83, 85). Die Umsetzung der Europa-2020-Strategie auf nationaler Ebene soll, wie bei den vorangegangenen Strategien, anhand nationaler Reformprogramme erfolgen, welche wiederum von der EU kontrolliert und mit Empfehlungen und nun auch Warnungen zurückgegeben werden. Die einzelnen EU-Staaten sollen zudem nationale Ziele formulieren, um damit zur gemeinschaftlichen Zielsetzung der EU beizutragen (ebd., 85).

Bei all diesen Veränderungen bleibt als grundsätzliche Schwierigkeit die Verlagerung der Kompetenzen der Beschäftigungspolitik von der nationalstaatlichen auf die EU-Ebene, bei gleichzeitiger Belassung der sozialpolitischen, also auch arbeitsmarktpolitischen, Kompetenzen bei den Nationalstaaten. Fink merkt etwa kritisch an, dass die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise geschnürten Sparpakete in den EU-Mitgliedsländern den Trend der liberalen Interpretation von Aktivierung verstärken. Diese geht mit einer Kürzung von Sozialtransfers und einer stärkeren Liberalisierung arbeitsrechtlicher Normen und teilweise auch mit einer Reduktion der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik einher (z.B. durch eine Forcierung der kostengünstigeren „Kontrollmaßnahmen“ statt kostenintensiver Bildungsmaßnahmen). Das bedeutet, dass auf nationalstaatlicher Ebene insbesondere jene Elemente des europäischen Aktivierungskonzeptes eingesetzt werden, die mit geringen Kosten einhergehen, während andere Reformvorstellungen, die mit zusätzlichen Kosten einhergehen, kaum verfolgt werden (Fink 2011, 39, 44).

3.1.7 Resümee: Österreich in der Krise

Mit 3,3 Millionen Beschäftigungsverhältnissen ist Österreich eines jener EU-Länder mit der höchstens Erwerbsquote und einer vergleichsweise geringen Arbeitslosenrate. Hier wird aber nur die Quantität, nicht die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse berücksichtigt. Beleuchtet man diese genauer, dann wird sichtbar, dass sich auch in Österreich atypische Beschäfti-

gungsverhältnisse wie Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, eine nicht existenzsichernde Entlohnung (working poor), Leiharbeit, Zeitarbeit oder selbständige Tätigkeiten auf Werkvertragsbasis immer mehr auf dem Arbeitsmarkt breit machen (Stelzer-Orthofer 2011, 141). Auch in den österreichischen arbeitsmarktpolitischen Zielvorgaben 2010 werden die Risiken und Nebenwirkungen der Veränderungen am Arbeitsmarkt im letzten Jahrzehnt, nämlich Prekarisierung und Segmentierung, eingestanden: Zukünftig werden sich „arbeitsmarkt-, beschäftigungs- und sozialpolitische Problemlagen [...] schwieriger als in der Vergangenheit gestalten“ (BMASK 2011, 4), heißt es dazu.

Durch die Zugehörigkeit zur Europäischen Union kann sich ein Land wie Österreich mit einer verhältnismäßig kleinen Wirtschaftsmacht nicht von internationalen und europäischen wirtschaftlichen Zusammenhängen abschirmen. Diese Tatsache wurde durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise nochmals bekräftigt. Durch die Abhängigkeit von der Europäischen Union und deren Vorgaben wird die nationale Arbeitsmarktpolitik ständig diesen Veränderungen unterliegen (ebd., 5).

Davon, in welcher Weise diesen Herausforderungen begegnet wird, wird es abhängen, ob Armut und soziale Ausgrenzung weiter zunehmen oder tatsächlich ein Weg der sozialen Inklusion eingeschlagen wird, der eine gerechtere Verteilung von Einkommen, angemessene soziale Transferleistungen (über der Armutgefährdungsschwelle), einen Ausbau sozialer Dienste (der nicht nur eine Entlastung v.a. von Frauen in Pflege und Kindererziehung mit sich bringen, sondern auch Arbeitsplätze schaffen würde), eine gerechte Verteilung von bezahlter als auch unbezahlter Arbeit forciert.

Ein Rückblick in die Geschichte der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Österreich kann Anregungen für innovative Maßnahmen bieten, die im Rahmen des Paradigmas der sozialen Inklusion einen Gegentrend zu liberalen Interpretationen von Aktivierung liefern können. Sozialminister Alfred Dallinger legte Anfang der 1980er Jahre mit einer Novelle des Arbeitsmarktförderungsgesetzes den Grundstein für innovative Maßnahmen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Mit Hilfe neuer Ansätze und Experimenten sollten v.a. sogenannte Problemgruppen am Arbeitsmarkt unterstützt werden und individuelle wie strukturelle Möglichkeiten zur arbeitsmarktpolitischen Integration geschaffen werden. Zu nennen sind hier die Förderung bestimmter Betriebsformen, wie selbstverwaltete Betriebe oder Lohnsubventionierungen von gesellschaftlich notwendigen Beschäftigungsverhältnissen im Sozial-, frauenpolitischen, Umwelt- oder Kulturbereich. Das Programm „Aktion 8000“, mit dem Arbeitsplätze in diesen Bereichen geschaffen wurden, trug dazu bei, dass Sozialprojekte, Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfeeinrichtungen entstehen konnten. Auch wenn nicht alle diese Projekte erfolgreich waren, so kann doch davon ausgegangen werden, dass sie zu einer Erhöhung und Stabilisierung der Arbeitsfähigkeit und der sozialen Integration spezifischer Personengruppen beitrugen. Weiteres wesentliches Instrument der Arbeitsmarktpolitik waren die Arbeitsstiftungen. Initiiert im Zuge der Krise der verstaatlichten Industrie und des daraus folgenden Personalabbaus dienten sie der Abfederung des Strukturwandels und der Unterstützung der entlassenen Arbeitskräfte durch berufliche Neuorientierung und Möglichkeiten der Qualifikation (Stelzer-Orthofer 2011, 143-144).

3.2 Aspekte europäischer Sozialpolitik: Armutsbekämpfung und Gleichstellungspolitik

Katrin Tischler & Veronika Zangerle

Armutsbekämpfung und Gleichstellungspolitik sind wesentliche Elemente der europäischen Sozialpolitik. Die Europäische Union tritt in diesen Politikfeldern aber als ambivalente Akteurin auf: denn einerseits gelingt es mit verschiedenen Maßnahmen etwa in der Gleichstellungspolitik immer wieder, konservative nationale Geschlechterordnungen zu modernisieren, Beschäftigungsstrategie und Wirtschaftspolitik befördern aber atypische Beschäftigungsverhältnisse, in denen überwiegend Frauen arbeiten. Eine eigenständige Existenzsicherung ist ihnen (auch aufgrund der mangelhaften sozialen Dienste in Kinderbetreuung/-erziehung und Pflege) so meist nicht möglich. Folge davon ist entweder eine ökonomische Abhängigkeit von Partner oder Ehemann oder Armut bzw. Armutsgefährdung, insbesondere bei Alleinerzieherinnen. In Bezug auf die Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung ist festzuhalten, dass hier, ebenso wie in der Gleichstellungspolitik, v.a. auf eine Integration in den Erwerbsarbeitsmarkt fokussiert wird. Auch wenn in manchen politischen Dokumenten aktive politische Beteiligung betont wird, muss kritisch festgehalten werden, dass die Voraussetzungen dafür – im Sinn von Beteiligungsstrukturen – kaum gegeben sind. So bleiben diese programmatischen Äußerungen auf einer rhetorischen Ebene, der kaum konkrete Maßnahmen folgen. Im Folgenden wird ein Überblick über Konzeption, Entwicklung und Maßnahmen zu Politiken gegen Armut und Ausgrenzung sowie zur Gleichstellung der Geschlechter gegeben.

3.2.1 Konzepte und Strategien gegen Armut und Ausgrenzung

3.2.1.1 Konzeptionelle Überlegungen

Die Wirtschaftskrise der 1970er/80er Jahre hatte einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge, gleichzeitig kam es zu einem Paradigmenwechsel in Hinblick auf Wirtschafts-, Sozial-, Finanzpolitik, der soziale Gleichheit als gesellschaftlichen Grundwert immer mehr verdrängte. Damit wurden Entwicklungen eingeleitet, die zu einer Zunahme sozialer Ungleichheit, Armut und Ausgrenzung führten. Vor diesem Hintergrund kam es seit den 1990er Jahren wissenschaftlich und politisch zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit Armut und ihren Ursachen und der Institutionalisierung einer nationalen und europäischen „Armutsberichterstattung“. Selbstverständlich gibt es eine Reihe verschiedener Ansätze dazu, wie Armut und ihre Entstehungsursachen interpretiert werden können. Letztlich sind diese nicht von normativen Haltungen zu trennen und geben Auskunft über die vertretenen Menschen- und Gesellschaftsbilder. In der vorliegenden Studie wird die Individualisierung der Problematik von Armut und sozialer Ausgrenzung ins Zentrum gerückt, da davon ausgegangen wird, dass zum einen nicht individuelle, im einzelnen Individuum verankerte Eigenschaften für Armut und Ausgrenzung ursächlich sind, sondern gesellschaftliche Strukturzusammenhänge. Zum anderen gehen wir davon aus, dass der Staat im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, einer gerechten Verteilungspolitik und im Sinn einer (Re-)Regulierung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturen eine aktive Rolle in der Verminderung von Armut und Ausgrenzung spielen muss, um in diesem Politikbereich wirksam handeln zu können.

Bezogen auf die Politik der Europäischen Union ist festzuhalten, dass Aktivierung („active inclusion“) als zentrales Instrument der Armutsminderung betrachtet wird, d.h. dass Erwerbsarbeit als Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung betrachtet wird. Das bezieht sich einerseits auf die monetäre Absicherung und andererseits auf die inklusive Wirkung (soziale Kontakte, höheres Selbstwertgefühl), die der Teilnahme am Erwerbsleben zugeschrieben wird. Es handelt sich dabei um ein inhaltlich relativ enges Konzept, weil Dimensionen wie Sozialkontakte jenseits der Erwerbsarbeit, Gesundheit, Teilhabe an Bildung, Kultur oder politische Partizipation nicht bedacht werden (Fink 2011, 31-32).

Wie Marcel Fink betont, gibt es aber auch innerhalb dieses relativ eng gefassten Konzeptes Differenzierungen, wie Verursachungszusammenhänge einer so definierten Armut gedeutet werden, die hier in aller Kürze dargestellt werden. Unterscheiden lassen sich dabei zwei Zugänge: Der eine bezieht sich auf individualistische Erklärungsansätze, die den betroffenen Personen bzw. ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld die Verantwortung für Armut übertragen („blame the victim approaches“). Der andere zieht dem gegenüber strukturalistische Erklärungsansätze („blame the system approaches“) vor. Dabei werden zu umfassende Eingriffe des Staates, insbesondere das angeblich „zu generöse“ sozialstaatliche Sicherungssystem, das Eigeninitiative untergrabe und zu einer Abhängigkeitskultur führe, als Ursache für Armut und Ausgrenzung gesehen (ebd., 32-33). Übersehen wird in diesen liberalen und neoliberalen Erklärungsansätzen, dass geringe staatliche Regulierung historisch und aktuell zu dramatischen Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems führt, überdies finden gesellschaftliche und demokratiepolitische Dimensionen keine Beachtung.

3.2.1.2 Politik gegen Armut und Ausgrenzung auf europäischer Ebene

Die Auseinandersetzung mit Armut und sozialer Ausgrenzung auf europäischer Ebene begann nicht erst seit den 2000er Jahren. Anti-Armutsprogramme sind bereits seit den 1970ern auf der Ebene der europäischen Politik zu finden, jedoch hauptsächlich in Form von experimentellen Forschungs- und Armutsbekämpfungsaktivitäten (Daly 2010, 20). Schwerpunkte und Zielsetzungen wechseln allerdings, inhaltlich werden die Begriffe Armut und soziale Ausgrenzung unterschiedlich – enger oder weiter – gefasst. In der Lissabon- als auch in der aktuellen Europa-2020-Strategie ist jedoch eine starke Einengung dahingehend festzustellen, dass die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sehr stark mit Arbeitsmarktintegration in Zusammenhang gebracht wird. Im Folgenden soll ein knapper Überblick über die Entwicklung dieses Politikfeldes auf europäischer Ebene gegeben werden.

Der Begriff der sozialen Ausgrenzung tritt erstmals im Jahr 1989 auf EU Ebene in der „Gemeinschaftscharta über die sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“ („Sozialcharta“) in Erscheinung. Die Sozialcharta war eines der ersten hochrangigen EU-Dokumente zu Sozialpolitik und erwähnt den Begriff im Zusammenhang mit dem Plan zur Gründung eines gemeinschaftlichen europäischen Marktes. Auch in der ebenfalls 1989 veröffentlichten „Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Sozialfragen über die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung“ ist der Begriff zentral. Mit der Unterscheidung der Begriffe soziale Ausgrenzung und Armut sollten die strukturellen Faktoren der Problematik unterstrichen werden und insbesondere der Zugang bzw. der eingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt als Problem hervorgehoben werden. Trotzdem soziale Ausgrenzung in erster Linie hier als Phänomen der Makroebene definiert wurde, zielten die Lösungsvorschläge aber im

Wesentlichen auf die Mikro- oder individuelle Ebene: die Verbesserung des Zugangs zu Dienstleistungen und Ressourcen wie Bildung, Beschäftigung, Wohnraum, kommunale und medizinische Versorgung (ebd., 21).

Ein weiteres wichtiges Dokument war die Empfehlung des Rates vom Juni 1992 über „Gemeinsame Kriterien für ausreichende Zuwendung und Leistungen im Rahmen der Systeme der sozialen Sicherung“. Mit einem Bekenntnis zu Mindesteinkommen in den Mitgliedsstaaten wurde zwar mehr auf Armut denn auf soziale Ausgrenzung fokussiert, gleichzeitig wurde aber auch das Recht auf ausreichende Ressourcen durch eine Politik der sozialen und ökonomischen Integration bekräftigt. Ebenfalls im Jahr 1992 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung mit dem Titel „Auf dem Weg zur europäischen Solidargemeinschaft – Den Kampf gegen die soziale Ausgrenzung intensivieren, die Eingliederung fördern“, der bis dahin ausführlichsten und theoretisch fundiertesten Auseinandersetzung dazu. Im Jahr 1994 veröffentlichte die Kommission das Weißbuch zur Sozialpolitik, welches den Fokus schon sehr stark auf arbeitsmarktbezogene Maßnahmen legt. Die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt stellt hier einen zentralen Punkt in der Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung dar – Anklänge an das, was später als „Aktivierung“ bezeichnet wird, sind hier schon vorhanden. In diesem Zeitraum war (nicht nur) europäische Politik fast ausschließlich auf die Themen Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsfähigkeit, Flexibilisierung der Arbeitskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen konzentriert. Dementsprechend wurden auf dem Gipfel von Amsterdam der EU weitreichende Kompetenzen in der Beschäftigungspolitik übertragen. Aber auch soziale Ausgrenzung fand Eingang in den Vertrag von Amsterdam, auch wenn der Artikel dazu als relativ zahnlos eingeschätzt wird. Resümierend kann gesagt werden, dass die Befassung mit den Themen Armut und soziale Ausgrenzung in der europäischen Politik der 1990er Jahre kaum über die Ebene der Diskussion hinaus kam. Erst mit der Lissabon-Strategie wurden Armutsminderung und soziale Inklusion in den Zielkatalog der Europäischen Union aufgenommen (ebd., 22-23, Fink 2011, 30). Hintergrund dessen ist aber nicht zuletzt, der sich verschärfenden Legitimationskrise des europäischen Projektes entgegenzuwirken, denn die Hoffnungen der Bevölkerung, dass das europäische Integrationsprojekt mit mehr Wohlstand verbunden wäre, wurden enttäuscht. Die zunehmenden sozioökonomischen Krisenerscheinungen führten zu Protesten, wie z.B. die Euromärsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, sowie zur Ablehnung des Vertrags durch Dänemark (Hofbauer 2007, 41).

Der Lissabon-Prozess steht nun aber ebenso wie der Amsterdamer Vertrag in erster Linie unter dem Zeichen der Wettbewerbsfähigkeit, die Lissabon-Strategie soll demgemäß „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt [...] machen“ (Europäischer Rat, 2000). Der Lissabon-Prozess ist aber differenziert zu betrachten. Mary Daly bemerkt etwa, dass es tatsächlich „zwei soziale Lissabons“ (Daly 2010, 23) gab. Die erste Phase dauerte bis 2004, die zweite von 2005 bis 2010. Eine Unzufriedenheit mit den Resultaten (insbesondere bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum) mündete 2003 in einer Neubewertung des Prozesses. Vor allem wirtschaftsnahe Akteure zielten dabei auf eine Schwächung der sozialen Dimension. Eine Gegenüberstellung der beiden Phasen zeigt, dass im Zeitraum von 2000 bis 2004 eine relativ radikale Politik gegen soziale Ausgrenzung verfolgt werden sollte, die mit einer Betonung von sozialen Rechten einherging. Diese „starke“ Vision sollte aber nur ein paar Jahre überdauern. 2005

hatte der Entwurf bereits erhebliche Modifikationen durchlaufen – drei wesentliche Änderungen sollen hier hervorgehoben werden: (1) Der Prozess sollte weniger durch die Kategorien Armut und soziale Ausgrenzung als vielmehr durch Sozialschutz und soziale Eingliederung definiert sein. (2) Die zweite Veränderung betraf die Vorstellungen darüber, wie soziale Eingliederung zu bewerkstelligen sei – diese wurden nunmehr an das Erreichen der Wachstumsziele, der Schaffung von Arbeitsplätzen und die Reform des Europäischen Modells geknüpft, anstatt wie vordem als Ergebnis einer konzertierten Aktion von „staatlichen Stellen, Sozialpartnern, NRO [Nicht-Regierungs-Organisationen] und sonstigen betroffenen Akteuren auf allen Ebenen“ (Europäische Kommission 2000, 24); Aktivität und Engagement wurden damit eine Absage erteilt. (3) Die Ziele selbst wurden nun enger gefasst und von der Ausrichtung her liberaler: „Von ‚extremen‘ Formen der Ausgrenzung hatte sich die Betonung auf die Eingliederung in den Arbeitsmarkt verlagert“ (Daly 2010, 25). Die „Verhinderung“ von Armut und Ausgrenzung als Begriff verschwand völlig, der Terminus der „Involvierung“ ersetzte das „politische Engagement“ usw. (ebd., 23-25).

Auch wenn insbesondere seit der Lissabon-Strategie Armut und soziale Ausgrenzung verstärkt in der europäischen politischen Agenda Eingang gefunden haben, ist dennoch festzuhalten, dass vieles auf einer rhetorischen Ebene verblieben ist und wenig Auswirkungen in konkreter Politik zu bemerken sind. So kritisiert etwa Fink, dass die Papiere der Europäischen Kommission und die Schlussfolgerungen des Rates in Bezug auf die Bedarfsgerechtigkeit der Sozialsysteme nur sehr allgemeine Aussagen treffen. So wird etwa festgehalten, dass Transferleistungen „angemessen“ sein müssen, es wird jedoch nicht spezifiziert, was darunter zu verstehen sei; Entscheidungen über die Ausgestaltung liegen bei den Mitgliedsstaaten (Fink 2010, 62). Auch die von der Europäischen Kommission formulierten Ziele für das „Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ 2010 blieben einem neoliberalen Grundtenor verhaftet. Eine „verstärkte Identifizierung der Öffentlichkeit mit Strategien und Maßnahmen zur Förderung der sozialen Eingliederung unter Betonung der Verantwortung der Allgemeinheit und des Einzelnen [sic!] im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ sowie die „Förderung und Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit“ im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung wurden im „Europäischen Jahr“ als zentrale Ziele formuliert (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2008, 22-23). Die Zahl der von Armut und Ausgrenzung Betroffenen hat sich in Europa allerdings seit Beginn der Lissabon-Strategie nicht verringert. Die Zielformulierungen der Europäischen Kommission verblieben überdies in einer Rhetorik der Anerkennung, Politiken der Umverteilung und der konkreten Armutsbekämpfung wurden nicht thematisiert.

Die Ziele der Lissabon-Strategie konnten in vielen Punkten nicht erreicht werden. Das stellte zwar auch die Europäische Kommission fest, verantwortlich gemacht wurde dafür aber v.a. die globale Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/09. Kritisiert wird an dieser Erklärung von Seiten der Forschung, dass nicht reflektiert wird, wie auch durch die Lissabon-Strategie ein finanzmarktgetriebener Kapitalismus in der EU gefördert wurde, dass etwa auch u.a. eine Politik der Deregulierung der Arbeitsmärkte eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit und der ungleichen Verteilung von Einkommen befördert hat (Dräger 2010, 82).

Im Juni 2010 wurde die Lissabon-Strategie durch die Europa-2020-Strategie abgelöst. Auch hier bleibt die Teilnahme am Erwerbsleben eine zentrale Kategorie in der Bekämpfung von Armut bzw. der Beförderung sozialer Inklusion. In Bezug auf die Sozialsysteme kam es wie-

der zu keiner weitergehenden Konkretisierung der „Angemessenheit“ von Transferleistungen, zugleich bleibt finanzielle Unterstützung bei Arbeitslosigkeit mit einer Verpflichtung zur aktiven Arbeitssuche verbunden (Fink 2011, 42). Die formulierten Ziele sind so durchaus widersprüchlich, denn Europa-2020 hält weiter an der Orientierung auf mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Liberalisierung und Privatisierung im EU-Binnenmarkt und der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte fest, andererseits wurde als quantitatives Ziel festgehalten, dass mindestens 20 Millionen Menschen vor dem Risiko der Armut oder Ausgrenzung bewahrt werden sollen (Europäischer Rat 2010b, 12).

3.2.2 Gleichstellungspolitik auf europäischer Ebene

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Chancengleichheit von Frauen und Männern hat – in enger Verbindung mit der Sozialpolitik – im Rahmen der Europäischen Union bzw. der Europäischen Gemeinschaft eine lange Tradition. Bereits im Vertrag von Rom 1957 fand Chancengleichheit im Sinn des Grundsatzes des gleichen Lohns für Frauen und Männer Eingang (Lewis 2007, 48). Eingefordert wurde diese allerdings weniger unter dem Aspekt von Gerechtigkeitsforderungen, sondern aufgrund von Wettbewerbsverzerrung, da die Frauenlöhne in manchen Mitgliedsländern sehr gering waren und sind (etwa im Unterschied zu Frankreich, wo die Lohndiskriminierung von Frauen traditionell geringer ist). Festzuhalten ist, dass diese Verpflichtung der Europäischen Gemeinschaft über die sozialpolitische Ausrichtung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten hinauswies, deren Sozialsysteme ausschließlich auf den männlichen Arbeiter und sein Verhältnis zum Arbeitsmarkt bzw. den daraus für ihn entstehenden sozialen Risiken fokussierte. In den 1970er und 1980er Jahren sollte Chancengleichheit als politikfeldübergreifendes Konzept entwickelt werden, gleichzeitig schlugen aber Versuche fehl, eine Harmonisierung der Sozialpolitik auf europäischer Ebene zu etablieren (ebd.). Im Gegensatz zu Wirtschaftspolitik und Wettbewerbsrecht verblieb die Sozialpolitik weitestgehend in nationaler Kompetenz, was immer wieder dazu führt, dass Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Europäischen Union Gleichstellungspolitik konterkariert.

Die Politik in diesem Bereich ist zwiespältig, denn die Europäische Union ist hier zwar Vorreiterin der Gleichstellungspolitik und hat in diesem Sinn auch das Potenzial, nationale Geschlechterordnungen zu modernisieren. Mit dem Vertrag von Amsterdam (1997) sollte Gleichstellungspolitik als „Mainstream“ in allen Politikbereichen verankert werden (Weiss 2011, 98). Das Konzept der Gleichstellung wurde mit der Festschreibung von „Gender Mainstreaming“ im Amsterdamer Vertrag erheblich ausgedehnt. Auch für die „Beschäftigung“ wurde ein eigener Rechtstitel eingeführt, die damit erstmals den gleichen Status wie die „Wirtschafts- und Währungspolitik“ und die „Sozialpolitik“ erhielt. Allerdings wurden in der Folge Beschäftigung und andere Kernbereiche der Sozialpolitik zum Gegenstand der offenen Methode der Koordinierung (OMK). „Harte“ Richtlinien sollen hier durch „sanften“ Druck auf die Mitgliedsstaaten, Sanktionen durch ein gemeinsames Festlegen von Zielen und einem anschließenden Kontrollverfahren (peer review) ersetzt werden (Lewis 2007, 49).

Die Einschätzung dieser Entwicklung ist zwiespältig, die Ergebnisse nach 15 Jahren OMK deuten aber darauf hin, dass mit der Strategie des „sanften Regierens“ die „Sozialpolitik noch stärker als bisher zum Dienstmädchen der Wirtschaftspolitik wird“ (ebd.). So stellen viele ForscherInnen die Frage, ob die Einführung von Gender Mainstreaming eine Stärkung oder eine Verwässerung der Gleichstellungsbemühungen darstellt oder ob das Interesse an der

Vereinbarkeit von Beruf und Familie tatsächlich Fortschritte in diesem Bereich anstößt und eine ausgewogenere Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern fördert oder ob diese Initiative nicht vielmehr Ausdruck dafür ist, die Politik der Chancengleichheit für eine ökonomisch ausgerichtete Agenda (im Sinne der Erhöhung der Frauenerwerbsquote) nutzbar zu machen (ebd.).

Es spricht einiges für diese Interpretation, denn die mit Deregulierung und Flexibilisierung verbundene Arbeitsmarktpolitik zementiert oder verstärkt mitunter Geschlechterungleichheit. Aber auch die Formulierung von Gleichstellungszielen bleibt sehr unspezifisch, so wird mit der Lissabon-Strategie zwar das – wenig ambitionierte Ziel – einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote auf 60% angestrebt, eine Spezifizierung der Arbeitsstunden ist aber ausgeblieben (Kommission 2006). Nun hat die Erwerbsquote von Frauen zwar zugenommen, dies ist aber überwiegend auf die Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen zurückzuführen, denn das Arbeitsvolumen ist nicht gestiegen, teilweise sogar zurückgegangen. Gemessen in Vollzeitäquivalenten ist die Beschäftigungsquote von Frauen in Österreich etwa im Zeitraum von 1995 bis 2004 von 53,4% auf 49% gesunken. Folge davon ist, dass Frauen kaum existenzsichernde Einkommen erzielen können (Weiss 2011, 99; Statistik Austria 2010, 43).

Deutliche Kritik entzündet sich v.a. daran, wie beschränkt das Konzept der Gleichstellung in der europäischen Politik definiert wurde. Die ungleiche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern in der Familie ist einer der zentralen Knackpunkte jeder emanzipatorischen Geschlechterpolitik und hat selbstverständlich Auswirkungen auf den Zugang, den Frauen zum Arbeitsmarkt haben. Wurden Ende der 1980er Jahre endlich die Unterschiede in den Positionen von Frauen und Männern thematisiert und damit die Implementierung von Fördermaßnahmen ermöglicht, so wurde in den 1990er Jahren deutlich, dass das Erreichen von Chancengleichheit (v.a. in Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben) notwendigerweise auch mit der Veränderung männlicher Verhaltensweisen einhergehen müsse (z.B. in der Beteiligung an Reproduktionsarbeit) (Lewis 2007, 53). Vor allem letzteres ist gänzlich von der politischen Agenda der EU verschwunden – sowohl die Lissabon-Strategie als auch die Europa-2020-Strategie fokussieren in erster Line auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen. War in der Lissabon-Strategie das Erreichen einer Erwerbsbeteiligung von 60% unter den Frauen als Ziel definiert, so sind es in der Europa-2020-Strategie 75%. Darüber hinaus sollen drei Schwerpunkte in folgenden Bereichen gesetzt werden:

- Geschlechtsspezifische Unterschiede in den Bereichen Beschäftigung und Sozialschutz sollen abgebaut werden;
- Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben soll für Frauen und Männer in allen Lebensphasen verbessert werden;
- Alle Formen von Gewalt gegen Frauen sollen bekämpft werden (ebd., 52; Amtsblatt der Europäischen Union 2011).

Man konnte sich offenbar nicht dazu durchringen festzustellen, dass sich die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Frauen und Männer sehr unterschiedlich darstellt oder dass ein stärkeres Engagement von Männern im Bereich von Kinderbetreuung und -erziehung sowie in der Pflege von Angehörigen Voraussetzung für mehr Geschlechtergerechtigkeit sei.

In Österreich leisten Männer etwa nach wie vor nur ein Viertel der unbezahlten Arbeit in Haushalt und Kinderbetreuung. Das traditionelle Familienerhaltermodell erodiert zwar – Jane

Lewis (2007, 52) spricht von einem „Eineinhalb-Ernährer-Modell“ –, es existiert aber modernisiert weiter: Selbst wenn Lebensformen partnerschaftlicher geworden sind und Frauen u.a. durch eigenständiges Einkommen mehr Autonomie erworben haben, ändert sich dies, sobald Kinder zu betreuen oder kranke, alte Angehörige zu pflegen sind. Hier übernehmen nach wie vor Männer die Familienerhalterrolle und Frauen die Pflege- und Erziehungsarbeit (Bundesministerium für Frauen und Öffentlichen Dienst 2010, 429, 434). Die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Reproduktionsbereich sorgt so nach wie vor dafür, dass Frauen am Arbeitsmarkt weniger konkurrenzfähig sind und von einem männlichen Familienerhalter abhängig bleiben oder – z.B. als Alleinerzieherinnen – arm oder armutsgefährdet sind. Geschlechterpolitik ist so nur oberflächlich in der Konzeption und politischen Programmatik der Europa-2020-Strategie verankert, die politische Rhetorik scheint vielmehr einen „Verdeckungszusammenhang“ (vgl. Wetterer 2003) zu konstituieren, hinter dem sich alte und neue Ungleichheiten verfestigen können.

4 Reflexion des Forschungsprozesses durch die Studierenden

(zusammengefasst von Tobias Rettenmeier)

Gerade im Kontext eines Lehrforschungsprojektes ist eine abschließende Reflexion des Forschungsprozesses wichtig. Die individuellen Überlegungen aller Studierenden wurden zusammengefasst und in der Gruppe diskutiert. Die Ergebnisse dieses Reflexionsprozesses werden im Folgenden kurz dargestellt.

Eine Kernfrage der Reflexion war, wie sich das Verständnis von Armut und sozialer Ausgrenzung durch den Forschungsprozess verändert hat und welche Lernprozesse die Interviews mit von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen ermöglicht haben. Der Forschungsprozess hat bei den StudentInnen v.a. Bewusstsein und de Sensibilität für die Thematik verändert. Viele StudentInnen gaben an, die Diskurse zum Thema in den Medien intensiver und bewusster zu verfolgen. Betroffen machten die Situation der InterviewpartnerInnen und die Gefühle der Hilflosigkeit und Ohnmacht. Besonders deutlich wurde dies z.B. bei InterviewpartnerInnen, die trotz hoher Qualifikation und intensiver Bemühungen keine Arbeit fanden. In diesem Zusammenhang wurde von den StudentInnen auch angegeben, dass ihnen die enorme Wichtigkeit von Arbeit für den Selbstwert und die soziale Integration von Menschen durch diese Forschungstätigkeit erst bewusst wurde. Durch die Forschungstätigkeit wurden Armut und soziale Ausgrenzung auch in den Kontext politischer Steuerung gesetzt und damit Zusammenhänge für viele deutlicher.

Das Forschungsprojekt beschäftigte sich auch mit geschlechtsspezifischen Unterschieden in Bezug auf Armut und soziale Ausgrenzung. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die Veränderung der Wahrnehmung und des Wissens über geschlechtsspezifische Differenzen bei den StudentInnen zu betonen. Die Beschäftigung mit der Thematik führte zu einer Steigerung der Sensibilität. Deutlich wurde auch, dass sich der Druck der Gesellschaft auf beide Geschlechter erhöht hat. Männer können den Anforderungen des (Allein-) Ernährers aufgrund der teilweise sehr niedrigen Löhne und der strukturellen Arbeitslosigkeit immer weniger gerecht werden. Frauen sind meist einer Mehrfachbelastung durch Familienarbeit und Berufstätigkeit ausgesetzt. Im Laufe des Forschungsprozesses hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die gesellschaftlichen Institutionen augenscheinlich auf diese Veränderungen nicht angemessen reagieren. Deutlich wird dies an den Problemen beim Wiedereinstieg von Müttern in den Beruf aufgrund mangelnder oder nicht geeigneter Betreuungsmöglichkeiten. InterviewpartnerInnen berichteten auch über eine zu geringe Rücksichtnahme seitens der AMS-MitarbeiterInnen bei Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine weitere Erkenntnis ist, dass sich Gleichstellungsbestrebungen oft nicht aus „humanistischen Idealen“, sondern auch aus ökonomischen Erfordernissen ergeben, so ist oft Arbeitskräftemangel eine Ursache für das Bemühen um eine bessere Arbeitsmarktintegration von Frauen.

Die Datenerhebung des Forschungsprojektes erfolgte zu einem großen Teil durch die Führung von Interviews; dabei stellten sich mehrere Fragen. Die StudentInnen mussten sich während der Interviews auf einen Rollenwechsel einlassen: Anstatt als SozialarbeiterInnen begegneten sie den InterviewpartnerInnen als ForscherInnen. Beim diesem Rollenwechsel gab die Mehrheit der StudentInnen zunächst an, keine Probleme gehabt zu haben. Hilfreich waren in diesem Kontext das Bewusstmachen der eigenen Rolle sowie die Vorerfahrung aus früheren

Interviewsituationen. Dennoch berichteten einige StudentInnen von dem Bedürfnis, die Neutralität aufzugeben und die InterviewpartnerInnen mit Informationen etc. zu unterstützen. Diese Spannung wurde teilweise dadurch gelöst, dass nach dem Interview das Gespräch gesucht wurde und Informationen oder Anlaufstellen kommuniziert wurden. Die professionellen (sozialarbeiterischen) Einstellungen und Verhaltensweisen scheinen allerdings fester verankert zu sein als zunächst erwartet. In den Interviews sind daher z.T. einige Elemente der sozialarbeiterischen Gesprächsführungspraxis vorhanden, die zeigen, dass das Einnehmen der neutralen distanzierten ForscherInnenposition ein schwieriges Unterfangen ist. Die Wahrnehmungen der StudentInnen hinsichtlich eines gelungenen Vollzugs des Rollenwechsels sind daher zu relativieren.

Die Erfahrungen mit den Interviewsituationen und den InterviewpartnerInnen wurden von den StudentInnen insgesamt positiv und bereichernd empfunden, auch wenn teilweise (kurzfristige) emotionale Belastungen durch Betroffenheit durch die Berichte der InterviewpartnerInnen rückgemeldet wurden. Ein bei den Interviews wichtiges Thema war das Finden einer Balance zwischen der Offenheit der Interviews sowie persönlichem und wissenschaftlichem Interesse auf der einen Seite und der Beschränkung auf für die Forschung relevante Themen (z.B. das „beim Thema bleiben“) und der Achtung der Privatsphäre der InterviewpartnerInnen auf der anderen Seite. Auch wurde den StudentInnen bewusst, dass die InterviewpartnerInnen selbstverständlich auch ein eigenes Interesse an den Interviews haben; die Interviews konnten als Ventil dienen, um Druck abzulassen, oder auch als Sprachrohr, um die eigene Situation und Interessen anbringen zu können und das Gefühl zu haben, gehört zu werden.

Ein letzter wichtiger Aspekt der Forschung, sind die Erfahrungen in Bezug auf die verfügbaren Ressourcen und den Arbeitsaufwand. Der Aufwand für die Forschungsarbeit wurde größtenteils unterschätzt, dies wurde von fast allen StudentInnen zurückgemeldet. Klar wurde in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer genauen zeitlichen Struktur sowie einer detaillierten Aufgabenverteilung. Auch der organisatorische Aufwand war sehr hoch, z.B. bei der Suche nach InterviewpartnerInnen oder der Terminvereinbarung. Der Arbeitsaufwand für die StudentInnen wurde aber überwiegend als angemessen empfunden, besonders positiv war dabei die Aufteilung nach Arbeitspaketen. Vereinzelt wurde der Input an Theorien und Hintergrundwissen als überfordernd wahrgenommen. Die Bildung von Teams für die Durchführung der Interviews wurde als sehr hilfreich empfunden, auch wenn die Terminfindung dadurch erschwert wurde. Im Laufe des Forschungsprozesses wurde ein Spannungsfeld zwischen der Teilhabe der StudentInnen am Forschungsprozess durch Mitbestimmung und Verantwortungsübernahme und dem bewältigbaren Arbeitsumfang deutlich. Der Balanceakt im Rahmen dieses Spannungsfeldes wurde aber überwiegend als gelungen wahrgenommen.

5 Resümee und Ausblick

Lisa Gensluckner & Alexandra Weiss

In dem vorliegenden Forschungsbericht wurden zahlreiche Facetten der Individualisierung sozialer Ausgrenzung im Sinne einer Verlagerung von strukturellen Problemen auf die individuelle Ebene und damit einhergehender Zuschreibungen von Eigenverantwortlichkeit und Schuld an arbeitslose Menschen sichtbar. Von besonderem Interesse war dabei auch die Frage, inwiefern politische und mediale Diskurse, die mit Begriffen wie „Sozialschmarotzer“ oder „soziale Hängematte“ und Sprichwörtern wie „Jeder ist seines Glückes Schmid“ verbunden sind, bereits bei den einzelnen, von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen verankert sind und wirksam werden.

Der erste Abschnitt des Forschungsberichtes, der sich mit der „*Darstellung der Situation arbeitsloser Menschen*“ befasst, vergegenwärtigt einleitend die existenziell schwierige und belastende Lebenssituation von arbeitslosen Menschen. Vor dem Hintergrund des Leistungsabbaus im Bereich der Arbeitslosenversicherung kämpfen viele darum, überhaupt ihre Grundbedürfnisse befriedigen zu können. Sichtbar wird hier aber auch, dass Armut nicht allein durch Erwerbsarbeit vermieden werden kann, was vor dem Hintergrund der in diesem Bericht eingangs dargestellten tirolspezifischen Zahlen und Fakten zu sehen ist. Insbesondere die geringen Einkommen von Frauen in Tirol verunmöglichen oft eine existenzsichernde Erwerbsarbeit, v.a. wenn zusätzlich Ausgaben für Kinderbetreuung anfallen und die Vereinbarkeit von Beruf und Betreuungspflichten schwierig ist.

Der Abschnitt, der sich der Darstellung der Situation von arbeitslosen Menschen widmet, veranschaulicht eindrücklich, mit welchen negativen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit die Betroffenen nicht nur in Bezug auf Existenzsicherung, sondern auch im Hinblick auf Tagesstrukturierung und soziale Beziehungen konfrontiert sind. Die InterviewpartnerInnen bringen hier viele Problematiken zur Sprache, die auch schon in der bahnbrechenden Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ (Jahoda et al. 1975) sichtbar wurden. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Bedeutung von Arbeit in einer erwerbsarbeitszentrierten Gesellschaft hat z.B. der Verlust einer Tagesstruktur gravierende Folgen, insbesondere im Hinblick auf Alltagsleben und Selbstwert, wenn das Gefühl der Sinnhaftigkeit des eigenen Lebens verloren zu gehen droht. Wie die Einzelnen diese Situation bewältigen, kann auch geschlechtsspezifische Unterschiede aufweisen. So zeigte sich, dass bei Frauen mit Kindern im betreuungspflichtigen Alter – wenn traditionelle geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen akzeptiert und gelebt werden – die unmittelbaren Notwendigkeiten und Bedürfnisse, die mit Kinderbetreuung einhergehen, eine tagesstrukturierende Funktion ausüben. Nicht zu unterschätzen ist hier auch die strukturierende und Halt gebende Funktion, die mitunter von den vom AMS vermittelten Weiterbildungskursen ausgeht.

Hinsichtlich der Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf soziale Beziehungen zeigt sich in den von uns geführten Interviews, dass sich soziale Kontakte oft reduzieren, da einerseits mit einer Arbeitsstelle verbundene Sozialbeziehungen entfallen und andererseits die Möglichkeiten sozialer Begegnungen eingeschränkt werden. Viele soziale und kulturelle Angebote und Freizeitaktivitäten mit FreundInnen, Bekannten etc. sind mit Kosten verbunden. Soziale Teilhabe wird aufgrund der prekären finanziellen Situation daher erschwert oder verunmöglicht.

Angesichts der mit Arbeitslosigkeit einhergehenden belastenden Lebensumstände erhalten Verständnis und Rückhalt im sozialen Netzwerk eine besondere Bedeutung. In den Interviews wird immer wieder zum Thema gemacht, wie wichtig gelebte Solidarität und konkrete – auch materielle – Unterstützung im sozialen Umfeld sein kann. Gleichzeitig bringen unsere InterviewpartnerInnen aber auch zur Sprache, mit wie viel Unverständnis, Entsolidarisierung und damit Vereinzelung sie konfrontiert sind. An den Schilderungen der InterviewpartnerInnen zu den Reaktionen aus dem sozialen Umfeld wird deutlich, inwieweit sich die Veränderungen von Diskursen über arbeitslose Menschen, die seit den 1980er Jahren im Zeichen der „Sozial-schmarotzerdebatte“ stehen, niederschlagen. Die Konfrontation mit dem auch im sozialen Umfeld präsenten Stigma des „Sozial-schmarotzers“ und den damit verbundenen Unterstellungen kann die Reduktion sozialer Kontakte und den – erzwungenen – Rückzug aus dem Sozialen verstärken.

Der stigmatisierende mediale und politische Diskurs wird – wie auch in dem Abschnitt *„Persönliches Erleben und Umgang mit der Situation“* gezeigt wird – auf individueller Ebene aber nicht durchgängig und widerspruchlos wirksam. In dem in diesem Forschungsbericht herausgearbeiteten dominanten Erklärungsmuster unserer InterviewpartnerInnen für die eigene Arbeitslosigkeit zeigt sich sehr klar, dass aus der Perspektive der Betroffenen Zuschreibungen von Eigenverantwortlichkeit und Schuld für die eigene Situation eine geringe Rolle spielen. Arbeitslosigkeit wird daher nicht auf individuelles Versagen zurückgeführt. Die jeweils angeführten Gründe für die eigene Situation werden in den Interviews oft ausführlich beschrieben und in den Erzählkontext eines kohärenten, plausiblen Erklärungsmusters eingebunden. Eine Individualisierung in Bezug auf die Ursachenzuschreibung bei den von uns interviewten arbeitslosen Menschen ist somit nicht oder nur sehr begrenzt zu erkennen.

Im Unterschied dazu manifestiert sich die Individualisierung sozialer Ausgrenzung sehr wohl in der Art und Weise, wie Betroffene mit ihrer Situation umgehen. Viele InterviewpartnerInnen kämpfen mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf den Selbstwert und artikulieren Gefühle der Hoffnungslosigkeit, Scham oder Schuld. Sie bedienen aber auch Schuldzuweisungen an andere: In Abgrenzung zum Klischee des „typischen Arbeitslosen“ wird das eigene Selbstbild entgegen gängigen stigmatisierenden Zuschreibungen entworfen. Eine mögliche Funktion dieser Strategie könnte eine Rechtfertigung vor sich selbst und dem sozialen Umfeld sein, um nicht zu den „arbeitsunwilligen“ und „das Sozialsystem missbrauchenden“ Arbeitslosen zu gehören. Diese Strategie kann allerdings nicht nur als Erklärung und/oder Rechtfertigung verwendet werden, sie dient auch zur eigenen Motivation, als „aktive Abgrenzung“ im Sinne von: „Ich will nicht so sein wie die anderen“.

Ganz ähnlich ist eine weitere, in der Auswertung der Interviews identifizierte Strategie, die ebenso von der Abgrenzung von anderen Arbeitslosen ausgeht, diesen aber zusätzlich unterstellt, besonders begünstigt zu sein. Entsprechend dem Motto: „Andere bekommen noch viel mehr als ich“ erscheint das eigene Angewiesensein auf staatliche Unterstützungsleistungen in einem von der „Sozial-schmarotzerdebatte“ geprägten gesellschaftlichen Klima möglicherweise vertretbarer. Eine weitere Strategie im Umgang mit der eigenen Arbeitslosigkeit ist vom Versicherungsgedanken getragen, der den Leistungen auch zugrunde liegt: Durch das Einbezahlen in die Sozialversicherungen „verdient“ man sich das Recht, auch Leistungen zu bekommen. Das Faktum des Einbezahlens und der daraus erwachsene Anspruch dienen den Betroffenen selbst als Bewältigungsstrategie und als Rechtfertigungsargument gegenüber dem

sozialen Umfeld. Mediale und politische Diskurse zeitigen also ihre Auswirkungen im Umgang mit und im eigenen Erleben der Arbeitslosigkeit. Wie der dritte Abschnitt aber auch zeigt, wird das persönliche Erleben der eigenen Situation sehr stark vom persönlichen Wohlbefinden und der Verarbeitung psychischer, körperlicher und psychosomatischer Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und den unterschiedlichen Sichtweisen eigener Handlungsfähigkeit oder aber auch von Ohnmachtsgefühlen und Hoffnungslosigkeit geprägt.

Zentrale Anlaufstelle für Menschen in der Arbeitslosigkeit ist das Arbeitsmarktservice. Die von den InterviewpartnerInnen geschilderten „*Erfahrungen mit dem Arbeitsmarktservice*“ und mit den Weiterbildungskursen zeigen ein durchwegs differenziertes Bild: Einerseits werden viele positive Erfahrungen mit MitarbeiterInnen des AMS oder auch mit Weiterbildungskursen berichtet, andererseits aber auch in Form von Kritik Schwierigkeiten, Wünsche und Anliegen angesprochen. Aus der Auswertung des Datenmaterials ergaben sich v.a. folgende Schwerpunkte der Kritik an der Institution AMS und seinen MitarbeiterInnen: das Gefühl, in einem Apparat abgewickelt zu werden; mangelndes Feingefühl und Verständnis für arbeitslose Menschen; Missachtung von Bedürfnissen, Wünschen und individuellen Möglichkeiten; unzureichende Unterstützung bei der Suche nach Stellenangeboten; häufiger Wechsel von BetreuerInnen; Hierarchie und abwertende Haltungen von BetreuerInnen.

Einige der Frauen berichten über Vermittlungen zu Stellen, die in ihrer Lebenssituation als ungeeignet oder unmöglich angesehen werden. Wenn z.B. alleinerziehenden Müttern Vollzeitstellen angeboten werden, die zeitliche Flexibilität erfordern, gleichzeitig aber keine adäquate Kinderbetreuung zur Verfügung steht oder nicht leistbar ist. Anhand solcher Schilderungen von Frauen mit Kindern im betreuungspflichtigen Alter wird die immer noch Frauen zugemutete, individuell zu lösende Problematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sichtbar. Betroffene Frauen fühlen sich dementsprechend von den MitarbeiterInnen des AMS in ihren Bedürfnissen missachtet und vor ein für sie unlösbares Problem gestellt. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass einige der interviewten Frauen von Schuldzuweisungen seitens der AMS-MitarbeiterInnen berichten, die sich auch auf dieses Problem bzw. sogar auf das Faktum, überhaupt ein Kind zu haben – eine traditionell-konservative Rollenerwartung an Frauen – beziehen. Vor dem Hintergrund dieses Dilemmas unerfüllbarer Erwartungen spielen möglicherweise auch eigene Anteile der konkreten Verarbeitung der oftmals kaum zu lösenden Vereinbarkeitsproblematik von Beruf und Familie eine wichtige Rolle. Ersichtlich wird in diesem Abschnitt somit auch, dass vorweggenommene Erwartungen des Gegenübers ebenso wie auch Gefühle und Ängste ebenso wie das gesellschaftliche Klima und die dominanten politischen und medialen Diskurse eine große Rolle in der Begegnung von arbeitslosen Menschen mit ihren AMS-BetreuerInnen spielen. Von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen treten dem AMS in einer Situation schwieriger finanzieller Existenzbedingungen und Abhängigkeit gegenüber. In vielen Fällen würden wahrscheinlich kleine Gesten der Freundlichkeit, Anteilnahme oder Bestärkung eigener Fähigkeiten ausreichen, um den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen das Gefühl zu geben, ihre Situation auch bewältigen und verändern zu können, was z.B. verstärkt in die Ausbildung der AMS-MitarbeiterInnen einfließen könnte, ebenso eine Sensibilisierung in Bezug auf die vorherrschenden Diskurse zu arbeitslosen Menschen.

Der letzte Abschnitt des empirischen Teils des Forschungsberichtes beleuchtet nochmals dezidiert die „*Wahrnehmung von medialen Diskursen*“ mit seinen individualisierenden

Schulduweisungen von arbeitslosen Menschen selbst. Hier zeigt sich auf sehr eindrucksvolle Weise, dass sehr oft eine Unterscheidung zwischen legitimen und illegitimen Gründen für Arbeitslosigkeit und dem Bezug von Sozialleistungen getroffen wird. Die Befragten, die eine solche Unterscheidung vornehmen, zählen sich selbst aufgrund ihrer Geschichte zu legitimen BezieherInnen von Sozialleistungen. Hierbei wird deutlich sichtbar, dass der Diskurs um den „Sozialmissbrauch“ sehr tief verankert ist und Menschen deshalb unter Druck sind, Rechtfertigungsgründe zu finden, um die eigene Arbeitslosigkeit zu legitimieren. Aber auch wenn viele InterviewpartnerInnen davon ausgehen, dass der Begriff „Sozialschmarotzer“ auf einige Menschen zutrifft, werden von den InterviewpartnerInnen gleichzeitig dennoch aufschlussreiche Argumente angeführt, um diesen Begriff und damit verbundene Unterstellungen zurückzuweisen.

Eine geschlechtersensible Perspektive liegt der Auswertung aller in diesem Forschungsbericht festgelegten Kategorien zugrunde. Den geschlechtsspezifischen Aspekten von sozialer Ausgrenzung widmet sich aber auch ein eigener Abschnitt. Im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse wird sehr deutlich, dass die traditionelle Rollenzuteilung, in der Männer die Familienerhalterrolle und Frauen die Pflege- und Erziehungsarbeit übernehmen, nach wie vor vorherrschend ist. Dass die Verteilung der unbezahlten Arbeit in Haushalt und Erziehung zulasten von Frauen geht, zeigt sich insbesondere an der Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Traditionelle Vorstellungen spiegeln sich auch in den Selbstbildern der InterviewpartnerInnen. Von Arbeitslosigkeit betroffene Frauen weichen auf die „Alternativrolle“ der Hausfrau und Mutter aus, wohingegen auf Männern, die die „Ernährerrolle“ nicht einnehmen können, ein enormer gesellschaftlicher Druck lastet.

Im dritten Kapitel des Forschungsberichtes wird der Frage der politischen Steuerung in den Politikfeldern Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik und Gleichstellungspolitik nachgegangen. Eine Gruppe von vier Studentinnen hat sich mit den entsprechenden Dokumenten zu diesen Politikfeldern auseinandergesetzt und sie vor dem Hintergrund der Rezeption der Forschungsliteratur zum Thema analysiert.

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik spielen neben Sozial- und Gleichstellungspolitik eine zentrale Rolle im Umgang mit sozialer Ausgrenzung und Armut. Im Zuge der neoliberalen Transformation von Politik, Gesellschaft und Ökonomie wurde aber die Problematik von Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut zunehmend als individuelles Problem diskutiert, was sich schließlich auch in die politische Programmatik und politische Maßnahmen einschrieb. Die Analyse von Dokumenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates wie auch nationaler Dokumente zu Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gleichstellungspolitik machen diesen Paradigmenwechsel deutlich. Auch dass auf der Ebene der Europäischen Union Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik mit „harten“ Richtlinien gemeinsam koordiniert wird, während in der Sozial- und Gleichstellungspolitik mit dem Instrumentarium der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) nur „sanfter“ Druck ausgeübt werden soll, zeigt den Stellenwert der verschiedenen Politikbereiche in der Europäischen Union deutlich auf. So wird vorwiegend der Weg einer negativen Integration über die Deregulierung von politischen Vorschriften und einer Optimierung von Wettbewerbsbedingungen beschritten, während eine Politik, die die demokratisch-politische Legitimation der Union stärken könnte, unterbleibt.

Begriffe wie „Aktivierung“, „aktive Inklusion“, „Beschäftigungsfähigkeit“ oder „lebenslanges Lernen“ stehen so für eine Politik der Disziplinierung und der Zuschreibung von mangelnden Fähigkeiten; damit werden Menschen in einem Zustand des „immer nicht Genügens“ gehalten. Gleichzeitig wird deutlich, dass Flexibilität eine Eigenschaft ist, die ausschließlich von Beschäftigten verlangt wird, während ihre Bedürfnisse in politischen Maßnahmen kaum zum Tragen kommen. Das zeigt sich in der Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ebenso deutlich wie in der Gestaltung sozialstaatlicher Leistungen. Auch auf nationaler Ebene ist eine Zurückdrängung der Interessen sowohl von Erwerbstätigen als auch von Arbeitslosigkeit und Armut betroffenen Menschen festzustellen. Breite Diskurse über „Sozialmissbrauch“ haben zu Verschärfungen von Zumutbarkeitsbestimmungen und zur Beschränkung von Leistungen geführt.

Auch wenn auf europäischer Ebene Sozialpolitik, Gleichstellungspolitik und der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung mit der Lissabon-Strategie von 2000 und der Europa-2020-Strategie von 2010 ein größeres Gewicht bekamen, so bleibt die neoliberale Orientierung (auf Wachstum und Wettbewerb) in Hinblick auf die Wirtschaftspolitik nach wie vor dominant. Obwohl die sozialen und ökologischen Grenzen der Wachstumsgesellschaft inzwischen mehr als deutlich sind, hat europäische wie nationale Politik diese Problematik allenfalls rhetorisch aufgegriffen. Quantitative Zielsetzungen, wie die Reduktion der Zahl der armen oder armutsgefährdeten Personen von 80 auf 60 Millionen bis zum Jahr 2020 erscheinen dann eher als Strategien der Beruhigung, solange die konkreten politischen Maßnahmen in eine gegenteilige Richtung weisen. Damit Sozial- und Gleichstellungspolitik nicht „Dienstbotinnen“ der Wirtschaftspolitik bleiben, brauchen Ziele wie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und die politische Beteiligung der Menschen – wie sie etwa in dem Dokument „Die neue Strategie und Aktionsplan des Europarates für soziale Kohäsion“ 2010 formuliert wurden – Strukturen, die Beteiligung ermöglichen. Das könnte ein Verständnis von „Aktivierung“ befördern, dem nicht Disziplinierung, sondern aktive Gestaltung von Arbeits- und Lebensbedingungen zugrunde liegt.

Literatur:

- AK-Tirol (2010). Armut und soziale Ausgrenzung. Die Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Tirol 2010, Innsbruck.
- Atzmüller, Roland (2009). Aktivierung statt Vollbeschäftigung. Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. In: Christoph Hermann/Roland Atzmüller (Hg.): Die Dynamik des „österreichischen Modells“. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem. Berlin, 135-185.
- Atzmüller, Roland (2011). Überlegungen zur Krise der Solidarität. Thesen zur Entwicklung des Wohlfahrtsstaates. In: Christine Stelzer-Orhofer/ Josef Weidenholzer (Hg.): Aktivierung und Mindestsicherung. Nationale und europäische Strategien gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Wien, 13-29.
- Becker-Schmidt, Regina (1987). Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung: Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften. In: Lilo Unterkircher/Ina Wagner (Hg.): Die andere Hälfte der Gesellschaft. Österreichischer Soziologentag 1985. Soziologische Befunde zu geschlechtsspezifischen Formen der Lebensbewältigung, Wien, 10-25.
- Bieling, Hans-Jürgen (2006). Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der Europäischen Union – Problemlagen, Krisendiagnosen, Strategieelemente. In: Stelzer-Orhofer, Christine (Hg.): Arbeitsmarktpolitik im Aufbruch. Herausforderungen und innovative Konzepte, Wien, 39-72.
- BMASK (2011). Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010, Sozialpolitische Studienreihe, Bd. 8, Wien.
- Bundeskanzleramt (BKA) (2006). Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung. Erster Umsetzungsbericht 2006.
- Bundeskanzleramt (BKA) (2007). Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung. Zweiter Umsetzungsbericht 2007.
- Bundeskanzleramt (BKA) (2007). Zweites Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung 2008-2010.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) (2011). Arbeitsmarktpolitische Zielvorgaben 2010. Wien.
- Bundesministerium für Frauen und Öffentlichen Dienst (2010). Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008, Wien.
- Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (BMSK) (2008). Österreichischer Bericht über Strategien für Sozialschutz und soziale 2008-2010. Wien.
- Daly, Mary (2010). Lissabon und die Folgen. Der europäische Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung in den letzten zehn Jahren. In: Kurswechsel, Heft 3/ 2010, Wien, 19-33.
- Dörner, Klaus/Ursula Plog/Christine Teller/Frank Wendt (2002). Irren ist menschlich. Lehrbuch der Psychiatrie und Psychotherapie, Bonn.
- Dörre, Klaus (2007). Prekarisierung und Geschlecht. Ein Versuch über unsichere Beschäftigung und männliche Herrschaft in nachfordistischen Arbeitsgesellschaften. In: Brigitte Aulenbacher et al. (Hg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog, Wiesbaden, 285-301.
- Dörre, Klaus (2009). Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Frankfurt a.M., 21-86.

- Dräger, Klaus (2010). EU 2020 – realistischer als die Lissabon- Strategie?. In: Kurswechsel, Heft 2/ 2010, 82-86.
- Europäische Kommission (2000). Mitteilung der Kommission. Sozialpolitische Agenda. KOM (2000) 379 endgültig, 28.6.2000, Brüssel.
- Europäische Kommission (2004a). KOM(2004) 137 endg. Umsetzung der Sozialpolitischen Agenda – Übersicht, 1.3.2004, Brüssel.
- Europäische Kommission (2004b). KOM(2004) 374 endg. Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Brüssel
- Europäische Kommission (2008). KOM(2008) 412 endg. Eine erneute Sozialagenda: Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität im Europa des 21. Jahrhunderts, 2. Juli 2008, Brüssel.
- Europäische Kommission (2010). KOM(2010) 2020 endg. Mitteilung der Europäischen Kommission. Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, 3. März 2010, Brüssel.
- Europäischer Rat (2000). Europäischer Rat 23.-24.3.2000, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Lissabon.
- Europäischer Rat (2010a). Schlussfolgerungen, EUCO 13/10, CO EUR 9, CONCL 2, Brüssel, 17.6.2010, Brüssel.
- Europäischer Rat (2010b). Die neue Strategie und Aktionsplan des Europarates für soziale Kohäsion, verabschiedet vom Ministerkomitee des Europarates am 7. Juli 2010, <http://www.coe.int/t/dg3/socialpolicies/source/DieneueStrategieundAktionsplandesEuroparatesfürsozialeKohäsiondt-Version.pdf>. (15.11.2011).
- Europäisches Parlament und Rat (2008). Beschluss über das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010), 22. Oktober 2008.
- European Commission (2010). Employment in Europe 2010, Brussels.
- Fink, Marcel (2010). Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Österreich vor dem Hintergrund der europäischen Strategie zur sozialen Eingliederung. In: Kurswechsel, Heft 2/ 2010, 60-72.
- Fink, Marcel (2011). Armutsminderung durch arbeitsmarktpolitische „Aktivierung“. In: Christine Stelzer-Orthofer/ Josef Weidenholzer (Hg.). Aktivierung und Mindestsicherung Nationale und europäische Strategien gegen Armut und Arbeitslosigkeit, Wien, 30-49.
- Flick, Uwe/Ernst von Kardorff/Ines Steinke (Hg.) (2007). Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Reinbek bei Hamburg.
- Friedman, Milton (1984 [1962]). Capitalism and Freedom, Chicago/London.
- Geisberger, Tamara/Käthe Knittler (2010). Niedriglöhne und atypische Beschäftigung in Österreich. In: Statistische Nachrichten 6/2010, 448-461.
- Gildemeister, Regine/Angelika Wetterer (1992). Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung, in: Gudrun-Axeli Knapp/Angelika Wetterer (Hg.): Traditionen Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie, Freiburg 1992, 201-254.
- Guger, Alois et al. (2009). Umverteilung durch den Staat in Österreich, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wien.
- Hagen, Cornelia von/Gisela Röper (2009). Resilienz und Ressourcenorientierung – eine Bestandsaufnahme. In: Insa Fookon/Jürgen Zinnecker (Hg.): Trauma und Resilienz – Chancen und Risiken lebensgeschichtlicher Bewältigung, Weinheim-München.
- Hayek, Friedrich August von (1945). Der Weg zur Knechtschaft, Erlenbach/Zürich.

- Hermann, Christoph; Mahnkopf, Birgit, (2009). Vergangenheit und Zukunft des Europäischen Sozialmodells. In: Mario Candeias/ Rainer Rilling/ Katharina Weise (Hg): Krise der Privatisierung, Rückkehr des Öffentlichen. Berlin, 123-142.
- Hofbauer, Ines (2007). Das „Europäische Sozialmodell“ als transnationales Modernisierungs- und Legitimationskonzept. Auftakt zur Auseinandersetzung um eine post-neoliberale politische Agenda. In: Kurswechsel, Heft 1/ 2007, 38-47.
- Jäger, Siegfried (2009). Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster.
- Jahoda, Marie/Paul Lazarsfeld/Hans Zeisl (1975). Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch, Frankfurt a.M.
- Jenson, Jane (1997). Die Reinstitutionalisierung der Staatsbürgerschaft. In: Steffen Becker/Thomas Sablowski/Wilhelm Schumm (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Berlin, 232-247.
- Jenson, Jane/Susan Phillips (1996). Staatsbürgerschaftsregime im Wandel – oder: Die Gleichberechtigung wird zu Markte getragen. Das Beispiel Kanada. In: Prokla, Jg. 26, H 4, 515-542.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte (2006). AK Frauenbericht 1995-2005. Arbeit – Chancen – Geld, Wien.
- Keller, Rainer/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (2006). Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden, Wiesbaden.
- Kern, Anton (2012). Veränderungen des Arbeitsmarktes in Tirol – prekäre Beschäftigungsformen. In: Alexandra Weiss (Hg.): Soziale Frage im Wandel. Probleme und Perspektiven des Sozialstaates und der Arbeitsgesellschaft, Wien, 57-68.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006). Ein Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006-2010, Brüssel.
- Lewis, Jane (2007). Arbeit, Familie und Gleichstellung. Politikentwicklungen auf europäischer Ebene. In: Kurswechsel Heft 1/ 2007, 48-61.
- Maderthaler, Wolfgang/Lutz Musner (2007). Die Ära Kreisky zwischen Moderne und Postmoderne – Ökonomie, Politik, Kultur. In: Wolfgang Maderthaler/Siegfried Mattl/Lutz Musner/Otto Penz (Hg): Die Ära Kreisky und ihre Folgen. Fordismus und Postfordismus in Österreich, Wien, 17-53.
- Mayring, Philipp (2007). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim.
- OMG (Österreichische Gesellschaft für Marketing) (2009). Reale Kaufkraft 2008. Einkommen unter Berücksichtigung des regionalen Preisniveaus. Österreich. Bundesländer und Bezirke, Wien.
- Patzelt, Werner J. (1993). Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studiumbegleitende Orientierung, Passau.
- Penz, Otto (2007). Zur ökonomischen, politischen und sozialen Regulation der Kreisky-Ära. In: Wolfgang Maderthaler/Siegfried Mattl/Lutz Musner/Otto Penz (Hg): Die Ära Kreisky und ihre Folgen. Fordismus und Postfordismus in Österreich, Wien, 55-119.
- Peters, Helge (2009). Devianz und soziale Kontrolle – eine Einführung in die Soziologie abweichenden Verhaltens, Weinheim-München.
- Rechnungshof (2010). Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung (für die Jahre 2008 und 2009), Allgemeiner Einkommensbericht 2010, Wien.

- Sandgruber, Roman (2005 [1995]). *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Wien.
- Sauer, Birgit (2003). „Gender makes the world go round“. *Globale Restrukturierung und Geschlecht*. In: Albert Scharenberg/Oliver Schmidtke (Hg.): *Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen*, Münster, 98-126.
- Sauer, Birgit (2006 [2001]). „Feminisierung“ eines männlichen Projekts? *Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung*. In: Erna Appelt/Alexandra Weiss (Hg.): *Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten*, Hamburg, 67-83.
- Schmidt, Christiane (2007). *Analyse von Leitfadeninterviews*, in: Uwe Flick/Ernst von Kardorff/Ines Steinke (Hg.) (2007). *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, Reinbek bei Hamburg, 447-456.
- Schröder, Markus (1997). *Österreich: Zwischen Transformation und Kontinuität*. In: Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hg.): *Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich*, Opladen, 121-154.
- Senf, Bernd (2001). *Die blinden Flecken der Ökonomie. Wirtschaftstheorien in der Krise*, München.
- Statistik Austria (2010). *Arbeitsmarktstatistik. Jahresergebnisse 2009*, Wien.
- Statistik Austria (2011). *Kindertagesheimstatistik 2010/11*, Wien.
- Statistik Austria (2011). *Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Modul der Arbeitskräfteerhebung 2010*, Wien.
- Stelzer-Orthofer, Christine (2011). *Mindestsicherung und Aktivierung – Strategien der österreichischen Arbeitsmarktpolitik*. In: Dies./Josef Weidenholzer (Hg.): *Aktivierung und Mindestsicherung. Nationale und europäische Strategien gegen Armut und Arbeitslosigkeit*, Wien, 141-156.
- Stelzer-Orthofer, Christine (2011). *Mindestsicherung und Aktivierung- Strategien der österreichischen Arbeitsmarktpolitik*. In: Dies./Josef Weidenholzer (Hg.): *Aktivierung und Mindestsicherung. Nationale und europäische Strategien gegen Armut und Arbeitslosigkeit*. Wien. 141-154.
- Stelzer-Orthofer, Christine/ Josef Weidenholzer (2011). *Aktivierung – wo bleibt die Mindestsicherung?* In: Dies./Ders. (Hg.): *Aktivierung und Mindestsicherung. Nationale und europäische Strategien gegen Armut und Arbeitslosigkeit*. Wien, 7-12.
- Tálos, Emmerich/Karl Wörister (1998). *Soziale Sicherung in Österreich*. In: Emmerich Tálos (Hg.): *Soziale Sicherung im Wandel. Österreich und seine Nachbarstaaten. Ein Vergleich*, Wien/Köln/Weimar, 209-288.
- Völkerer, Petra/Sybille Pirklbauer (2010). *Auf dem Weg zur Dienstbotinnengesellschaft? Migrantinnen in der haushaltsnahen Dienstleistung*. In: Alexandra Weiss/Verena Simetzberger (Hg.): *Frauen im 21. Jahrhundert: Herausforderungen – Situationen – Perspektiven*, Innsbruck, 129-144.
- Weiss, Alexandra (2010). *Solidarität versus Marktorientierung. Sozialstaaten zwischen Funktionswandel und Funktionsverlust – das österreichische Beispiel*. In: Sedmak, Clemens (Hg.): *Solidarität. Vom Wert der Gemeinschaft, Grundwerte Europas*, Bd. 1. Darmstadt, 269-295.
- Weiss, Alexandra (2011). *Arbeit und Geschlecht*. In: Christine Stelzer-Orthofer/Josef Weidenholzer (Hg.): *Aktivierung und Mindestsicherung. Nationale und europäische Strategien gegen Armut und Arbeitslosigkeit*, Wien, 95-108.
- Wetterer, Angelika (2003). *Rhetorische Modernisierung: Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen*. In: Gudrun-Axeli Knapp/Dies. (Hg.):

Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II, Münster, 286-319.

Wolff, Stephan (2007). Dokumenten- und Aktenanalyse. In: Uwe Flick et al. (Hg.) Qualitative Forschung ein Handbuch, Reinbeck bei Hamburg, 502-513.

Zimbardo Philip G./Richard J. Gerrig (2008). Psychologie, München.

Sonstige Quellen:

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2012). Kombilohn,
http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=LPCS4X. (06.01.2012).

Demokratiezentrum Wien, <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissensstationen/eu-beitritt-oesterreichs.html> (13.11.2011)

<http://www.das-burnout-syndrom.com/ursachen.htm> (27.10.11).

Statistik Austria (2010). Teilzeit und Teilzeitquote im Zeitvergleich seit 1974, erstellt am 06.12.2010, <http://www.statistik.at/> (04.01.2011).

Statistik Austria (2011a). Brutto- und Nettojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen 2010 nach Bundesländern,
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/personen-einkommen/jaehrliche_personen_einkommen/index.html (30.01.2012).

Statistik Austria (2011b). Armutsgefährdungsschwelle 2010 bei 60% des Medians für unterschiedliche Haushaltstypen,
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/022861.html (30.01.2012).

Anhang

Übersicht über die InterviewpartnerInnen

Nummerierung	Geschlecht	Alter	Migrations- hintergrund	Kind(er)	Bildung
Interview 1	m	59	ja	ja	BMS
Interview 2	m	50	nein	ja	Lehre
Interview 3	m	55	ja	ja	AHS
Interview 4	w	23	nein	ja	Pflichtschule
Interview 5	w	31	nein	ja	BMS
Interview 6	m	50	ja	ja	AHS
Interview 7	w	55	nein	nein	Lehre
Interview 8	w	44	nein	ja	AHS
Interview 9	m	21	nein	ja	Lehre, BMS
Interview 10	w	37	ja	ja	BHS
Interview 11	m	56	nein	ja	Pflichtschule
Interview 12	w	50	nein	nein	AHS, Universitätslehrgang
Interview 13	w	50	nein	ja	BHS, Sozialakademie
Interview 14	w	23	nein	nein	BMS
Interview 15	w	40	nein	ja	AHS
Interview 16	w	30	ja	ja	Lehre
Interview 17	w	52	nein	nein	AHS
Interview 18	m	38	ja	ja	Lehre
Interview 19	m	24	nein	nein	Lehre
Interview 20	w	45	nein	nein	Universität
Interview 21	m	49	ja	ja	BMS
Interview 22	w	52	nein	ja	Pflichtschule

Leitfaden für qualitative Interviews

Themenbereich	Detailfragen	Anmerkungen
Schilderung der jetzigen Situation	Wir möchten jetzt gerne mit Ihnen über ihre derzeitige Situation sprechen.	
Dauer	<ul style="list-style-type: none"> • Seit wann sind Sie arbeitslos? 	
Ursachen/Erklärungen/Biografie	<ul style="list-style-type: none"> • Wie kam es dazu? Worauf führen Sie Ihre Arbeitslosigkeit (Situation) zurück, wie erklären Sie sich ihre jetzige Situation? • Waren Sie schon einmal arbeitslos? Wenn ja, wie war das damals? Können Sie das kurz schildern? 	
Existenzsicherung	<p>Sie bekommen jetzt Arbeitslosengeld (Notstandshilfe, Bedarfsorientierte Mindestsicherung).</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wie kommen Sie damit aus? (Miete, Strom Heizung, Lebensmittel, Zeitung, Kaffeehausbesuch, Sonderausgaben im Haushalt, z.B. Waschmaschinenreparatur, ...?) • Müssen Sie im Moment auf etwas verzichten, das Sie sich früher leisten konnten oder dass Sie sich gerne leisten würden? • Machen Sie derzeit irgendwelche zusätzlichen Jobs, stundenweise bezahlte Tätigkeiten etc.? 	
Tagesablauf (Tätigkeiten, Hobbys, Hausarbeit...)	<p>Wir möchten Sie auch dazu fragen, wie Sie ihren Tag verbringen, was Sie so tun.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wie gestaltet sich Ihr Tagesablauf? • Was hat sich verändert durch die Arbeitslosigkeit? • Wie organisieren Sie ihren Haushalt bzw. die Hausarbeit? • Teilen Sie sich mit ihrem Partner / mit ihrer Partnerin die Hausarbeit bzw. Kindererziehung auf? Wer (Frau/Mann) ist wofür zuständig? Wie ist das jetzt für Sie? • Hat sich in dieser Hinsicht aufgrund ihrer derzeitigen Situation etwas verändert? Wie war das früher? (Frage an Männer: Übernehmen Sie mehr in der Hausarbeit bzw. Kindererziehung, seit Sie nicht mehr erwerbstätig sind?) 	

Themenbereich	Detailfragen	Anmerkungen
Reaktionen aus dem sozialen Umfeld	Wir möchten jetzt mit Ihnen darüber sprechen, wie ihr Umfeld (zum Beispiel: Partner/Partnerin, Verwandte, Nachbarn oder Nachbarinnen, Freunde/Freundinnen, Bekannte,...) auf ihre derzeitige Situation reagiert.	
Soziale Beziehungen, Familiäre Situation, PartnerInnenschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Wie gestalten sich derzeit Ihre Beziehungen innerhalb der Familie / außerhalb der Familie (zur Partnerin/zum Partner, zu Kindern, Verwandten, Freunden und Freundinnen, Bekannten...)? • Haben sich ihre sozialen Beziehungen (zur Partnerin/zum Partner, zu Kindern, Verwandten, Freunden und Freundinnen, Bekannten...) verändert? • Was glauben Sie, wie das für Ihre Partnerin/Ihren Partner ist, dass Sie arbeitslos sind? • Was glauben Sie, wie das für Ihre Kinder / Ihre Eltern ist? • Wissen ihre Freunde/Freundinnen, NachbarInnen, Bekannten oder Verwandten, dass Sie arbeitslos sind? Können Sie mit ihnen darüber reden? Was sagen Sie dazu? • Sind Sie in ihrer derzeitigen Situation mit Unverständnis, Vorurteilen oder negativen Bemerkungen konfrontiert? • Erhalten Sie von Freunden bzw. Freundinnen, Verwandten, Bekannten oder NachbarInnen Unterstützung? Wenn ja, welche? • Gibt es in ihrem Freundes- oder Bekanntenkreis Personen, die auch arbeitslos sind? Was würden Sie sagen, wie es diesen damit geht? Wie gehen diese damit um? 	<p>Frage nur für Menschen, die in Beziehungen leben.</p> <p>Zeitverlauf beachten – wie war das am Anfang, wie hat sich das verändert?</p>

Themenbereich	Detailfragen	Anmerkungen
Eigenerleben sozialer Ausgrenzung	Wir möchten jetzt mit Ihnen darüber sprechen, wie es Ihnen in ihrer derzeitigen Situation geht.	
Wohlbefinden	<ul style="list-style-type: none"> • Wie fühlen Sie sich? Fit/gesund? Sind Sie öfter krank als früher? Sind Sie manchmal deprimiert? 	
Handlungsfähigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Glauben Sie, dass Sie Ihre Situation verändern können? Wie könnte das gehen? 	
Geschlechterrollen/Selbstbilder (als Ernährer/Hausfrau und Mutter...)	<ul style="list-style-type: none"> • Wie ist es für Sie, dass Sie ihre Familie (bzw. sich selbst) nicht mehr so erhalten können wie früher? • Glauben Sie, dass Sie es einfacher hätten, wenn Sie ein Mann/eine Frau wären? 	Nachfragen bei geschlechtsspezifischen Unterschieden.
Umgang der Unterstützungssysteme/ Institutionen mit Betroffenen (AMS, Sozialamt, soziale Einrichtungen)	Einleitend: Bezug nehmen auf Institutionen bzw. Einrichtungen, an die sich der jeweilige Interviewpartner/die Interviewpartnerin wendet, um Unterstützung zu erhalten (siehe Fragebogen/bisheriges Interview).	
	<ul style="list-style-type: none"> • Was bedeutet es für sie, auf diese Unterstützungsleistungen angewiesen zu sein? • Wie geht es Ihnen mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen (vom AMS, Sozialamt,...)? • Wird auf ihre Situation und ihre Bedürfnisse eingegangen (z.B. Kinderbetreuung, Pflege, chronische Krankheit,...)? – Können Sie uns ein Beispiel erzählen? • Ist Ihnen das Arbeitslosengeld schon einmal gestrichen worden? Oder der Zuschuss/Sozialhilfe nicht zuerkannt worden? Wie war das für Sie? • Hat man Ihnen schon einmal gesagt, dass Sie selber schuld sind an Ihrer Situation? 	

Themenbereich	Detailfragen	Anmerkungen
Wahrnehmung von Medien/ öffentlichen Diskursen	In den letzten Jahren war in den Medien und in der Politik immer wieder von „Sozialmissbrauch“, „Sozialschmarotzern“ oder der „sozialen Hängematte“ die Rede.	
	<ul style="list-style-type: none"> • Wie geht es Ihnen damit? • Waren oder sind Sie auch dieser Meinung? • Manche sagen „Jeder ist seines Glückes Schmied“ – Wie sehen Sie das? 	
Abschlussfrage	Gibt es etwas, dass Sie uns am Schluss noch unbedingt mitteilen möchten?	